This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Hornung - Neu-Österreich - 1830

Aus 2557 12

AUS 2557.12

Harvard College
Library

FROM THE FUND BEQUEATHED BY

Archibald Cary Coolidge

Class of 1887

PROFESSOR OF HISTORY
1908–1928

DIRECTOR OF THE UNIVERSITY LIBRARY
1910–1928

205

Neu-Österreich.

Von

Otto Horning.

Inhalt:

I. Die Orientmission Österreich-Ungarns.
II. Das System Taaffe.
III. Die Rechnungsfehler des Systems.
IV. Die Deutschen Österreichs.
V. Neue Bahnen.

Zürich 1890.
Verlags-Magazin
(J. Schabelitz).

Im Verlags-Magazin (J. Schabelitz) in Zürich ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das Menschen-Ideal und seine Erfüllung. Von Otto Spielberg. — 2 Mk. 40 Pf. = 3 Fr.

Der Kampf gegen die bestehende Ordnung. Von Otto Spielberg. — 1 Mk. 20 Pf. = 1 Fr. 50 Cts.

Die Menschen-Rechte. Ein Wegweiser für diese Welt der Komödie. Von Otto Spielberg. — 1 Mk. = 1 Fr. 25 Cts.

Die Grundsätze des natürlichen Menschen. Von Otto Spielberg. — 1 Mk. 60 Pf. = 2 Fr.

Gegen unsere Kolonialpolitik. Ein ruhiges Wort in bewegter Zeit. Von Jens L. Christensen. — 70 Pf. = 80 Cts.

Die Bibel der Gottlosen. Zwanglose Bekenntnisse eines konfessionslosen, königstreuen Sozialisten von Max Alihausen. — 2 Mk. 80 Pf. = 3 Fr. 50 Cts.

Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Von August Bebel. 4 Mk. = 5 Fr.

Das Recht der Frau. Das Vermächtniß einer Unglücklichen an ihre Mitschwestern. Gedanken und Vorschläge aus dem Nachlaß einer Verstorbenen. — 1 Mk. 50 Pf. = 1 Fr. 85 Cts.

Das Maschinenalter. Zukunftsvorlesungen über unsere Zeit. Von Jemand. — 4 Mk. = 5 Fr.

Die Familie Obnoskow. Roman von Michailow. Aus dem Russischen übersetzt von Ed. Gottheiner. — 2 Mk. = 2 Fr. 50 Cts.

Rauhe Zeiten. Geschichtlicher Roman von S. Kemeny. Aus dem Ungarischen übersetzt von Th. Opitz. 3 Bände. — 4 Mk. = 5 Fr.

Im Lande der Teutonen. Nach dem Französischen des Pierre Voisin. — 1 Mk. 40 Pf. = 1 Fr. 75 Cts.

Die patriotischen Schwänzler. Ein dämonischer Maskenscherz. Von Alexander Vulcanus. — 2 Mk. = 2 Fr. 50 Cts.

Glücklich? Roman. Von C. Reuling. — 1 Mk. 60 Pf. = 2 Fr.

Gesammelte Erzählungen. Von Malwida v. Meysenbug, Verfasserin der „Memoiren einer Idealistin". — 3 Mk. = 4 Fr.

Schlimme Geschichten. Drei Novellen. Von Gustav Adolf. — 1 Mk. 60 Pf. = 2 Fr.

In der besten der Welten. Naturalistisch-soziales Lebensbild aus unsern Tagen. Von Walther Friedheim. — 80 Pf. = 1 Fr.

Neu-Österreich.

Von

Otto Hornung.

Inhalt:

I. Die Orientmission Österreich-Ungarns.
II. Das System Taaffe.
III. Die Rechnungsfehler des Systems.
IV. Die Deutschen Österreichs.
V. Neue Bahnen.

Zürich 1890.
Verlags-Magazin
(J. Schabelitz).

Ams 2557.12

HARVARD COLLEGE LIBRARY
FROM THE
ARCHIBALD CARY COOLIDGE
FUND
June 26, 1935

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von J. Schabelitz in Zürich.

Vorwort.

Vor einiger Zeit beschäftigte die österreichische Presse eine unter dem Titel „Neue Bahnen" erschienene, an die deutsche Opposition des österreichischen Abgeordnetenhauses gerichtete Broschüre auf das lebhafteste, nicht so sehr wegen der in dieser Broschüre niedergelegten politischen Meinungen als vielmehr wegen der vermutlichen Quelle, aus welcher diese geheimnisvolle Stimme eines wolmeinenden Ratgebers in schwerer, drangvoller Zeit stammen mag.

Das zehnjährige Jubiläum der sogenannten Taaffeschen Ära wird in der oberwähnten Abhandlung zum Anlasse einer Kritik der deutschen Opposition in Österreich genommen, welche zu folgenden vier Kardinalsätzen sich zuspitzt:

1. Das durch den Grafen Eduard Taaffe repräsentierte System der inneren Politik Cisleithaniens ist durch die Existenzbedingungen der Gesamtmonarchie und durch deren übernommene Orientmission unabweislich bedingt.
2. Die Deutschen Cisleithaniens, besonders deren liberale Parlamentsgruppe, bilden für diese der habsburgischen Monarchie erwachsene neue Aufgabe der äußeren Politik ein Hindernis, das um jeden Preis beseitigt werden muß.

3. Diese deutsche Opposition ist innerhalb der ersten zehn Jahre des Taaffeschen Regimes nicht nur nicht im Stande gewesen, die innere Politik an ihrem Fortgange zu hindern, sondern hat thatsächlich Dank der gewandten Führung Taaffes allen Einfluß auf den Gang der Dinge in Österreich völlig verloren.
4. Die deutsche Opposition hat angesichts der Unklarheit ihrer Ziele, des Mangels jeder Errungenschaft im Parteikampfe, und der vollkommenen Aussichtslosigkeit künftiger Erfolge ihre Daseinsberechtigung überhaupt eingebüßt.

So der Verfasser.

An die Aufstellung dieser vier Thesen knüpft derselbe nun eine Reihe von Ratschlägen an die deutsche Opposition, auf die wir in der Folge zurückkommen wollen und kaptiviert das Vertrauen des Lesers durch die Versicherung seiner „unverfälscht deutschen Gesinnung", die er durch die Apostrophe an „unsere deutschen Stammesgenossen in Österreich" betätigt. Wir werden ja hören, was er unseren deutschen Stammesgenossen in Österreich für Ratschläge zu erteilen hat.

Uns aber möge es gestattet sein, den Abschluß des ersten Dezenniums Taaffescher Regierung ebenfalls zu einer Beleuchtung der innerösterreichischen Zustände, der durch dieselben hervorgerufenen Lage der Deutschen Österreichs und der neuen österreichisch-ungarischen Orientpolitik zu benützen.

I. Die Orientmission Österreich-Ungarns.

Die erste These des genannten Verfassers stellt die orientale Mission der habsburgischen Monarchie als eine unabweisliche, durch die Existenzbedingungen des Kaiserstaates gebotene Aufgabe hin und leitet aus dieser durch die veränderte äußere Lage bedingten neuen europäischen Sendung Österreichs die Notwendigkeit slavophiler innerer Politik, wie sie das Kabinett Taaffe inaugurirt hat, ab.

Es wird gesagt, die österreichisch-ungarische Monarchie hätte nach den Ereignissen der Kriegsjahre 1866, 1870 und 1878 keine andere Wahl mehr gehabt, als ihren Schwerpunkt nach dem Osten zu verlegen, wie ihr von dem größten Staatsmanne der Zeit geraten wurde. Allerdings müßte diese totale Frontveränderung der äußeren Politik Österreichs dasselbe in Konflikt mit einer Großmacht ersten Ranges bringen, auf deren traditionellem, durch konfessionelle und Rassenaffinität begünstigtem Interessengebiete sich nunmehr das Habsburgerreich als Mitbewerber anmeldete.

Man hatte also eigentlich nur die ehemalige Feindschaft Preußens gegen die Rußlands eingetauscht. Ob das gerade so ein guter Handel war, wird die Folge lehren. Item — die Weisen des Ballplatzes zu Wien fanden, daß — nachdem in Deutschland nichts mehr zu holen war — man eiligst ein neues Gebiet ausfindig machen müsse, um Konflikte mit gewaltigen Nachbarmächten heraufzubeschwören. Die Erfahrungen mit Italien und dem deutschen Bunde bösen Andenkens genügten ja nicht, man mußte auch noch den bisher wolwollendsten, zu Zeiten sogar hilfreichen Nachbar durch geschickte politische Kombinationen in einen feindlichen Nachbar verwandeln.

Der Rat hiezu kam von so geistig überragender Seite, daß man sich nicht erst den eigenen Kopf anstrengte, zu prüfen, wem diese neueste Wendung der Dinge eigentlich den wirklichen Vorteil bescheren würde. Genug an dem, Österreich mußte seine Orientpolitik haben und darum auf den Charakter eines „deutschen Staates" für immer verzichten. Das letztere scheint die Hauptsache gewesen zu sein. Da uns ja Gott nicht den Verstand gegeben, der zu jedem Amte — auch dem eines Ministers auswärtiger Angelegenheiten — gehört, müssen wir für wahr und unumstößlich annehmen, wessen uns das auswärtige Amt der Monarchie und mit ihm der offenbar besser unterrichtete erwähnte Verfasser versichert.

Wir hätten sonst geglaubt, daß ein Großstaat von nahezu 40 Millionen Seelen in der kulturellen und volkswirtschaftlichen Entwicklung seiner Reichsangehörigen, deren diametrale nationale Strömungen ohnedies genug zu schaffen geben, eine hinlänglich umfangreiche, die ganze Umsicht zweier Regierungen jetzt schon beschäftigende Aufgabe erblicken könnte, um jeder gefährlichen äußern Komplikation sorglich aus dem Wege zu gehen. Wir fürchten sehr, daß die europäische Mission, welche Österreich übernommmen hat, Rußland an der Verwirklichung seiner angestammten, mehr als ein Jahrhundert verfolgten Pläne auf die europäische Türkei zu hindern, ihr ebensowenig Segen bringen wird, als der Versuch, die italienische und deutsche Einheit in ihrer Entwicklung aufzuhalten.

Uns will darum bedünken, daß ein österreichischer Staatsmann, dem die Aufgabe zu Teil wird, die Monarchie in ihrem Besitzstande zu erhalten, vor allem mehr seiner auf genügender Kenntnis der Weltlage gestützten spezifisch österreichischen Empfindung zu folgen hätte als den Einflüsterungen auswärtiger Politiker. An der Verhinderung Rußlands, den Seeweg ins Mittelmeer zu gewinnen, haben doch die Seemächte par excellence, England an der Spitze, ein viel aktuelleres Interesse noch als die österreichische Monarchie.

Auch dem gewaltig anwachsenden deutschen Seehandel könnte der Durchbruch Rußlands an der Dardanellenstraße nicht gleichgiltig sein. Alle diese großen Welthandelsmächte

sind vielmehr interessirt, dem großen nordischen Kolosse so lange als möglich den Weg in die macht- und gewinnbringenden Welthandelsstraßen zu verlegen. Daher der Berliner Kongreß und die seltene Einigkeit daselbst — gegen Rußland! Warum nun gerade Österreich der erste Sturmbock sein soll, an dem sich die Wut des racheschnaubenden, um die Erfolge eines großen Feldzuges gebrachten nordischen Riesen das erste Opfer zu suchen hat, das geht über unseren Verstand; für das Bischen „Bosnien" hat Österreich da eine schlimme Kommission übernommen.

Die Aufgabe des verantwortlichen Ministers eines seiner topografischen Lage, seiner geschichtlichen Entwicklung und inneren Organisation nach mehr auf Erhaltung des Bestehenden angewiesenen Reiches wird eben eine wesentlich andere sein müssen als die von leitenden Staatsmännern expansionslustiger Mächte. Letztere brauchen Allianzen, Kombinationen auf Kriegsfall, erstere eine Politik der freien Hand und Stabilität. In einer Epoche „nationaler Conglomerationsbestrebungen, die bereits zwei große Nationalstaaten geschaffen haben, hätte ein bestehender polyglotter Staat eigentlich alle Ursache, die Angliederung neuer fremdartiger Volkstypen, die Patronage über Nationalbewegungen in einem befreundeten Nachbarreiche von der Hand zu weisen.

Österreich hatte umsoweniger Grund, sich der südslavischen Nationalbewegung als Protektor aufzudrängen, als es sowol in konfessioneller wie ethnologischer Richtung eines gewaltigen Angliederungszentrums für diese Bewegung entbehrt, dagegen aber die zwei bisher ergebensten und mächtigsten Faktoren des österreichischen Staatsgedankens vor die Frage des „Sein oder Nichtsein" stellt und dies sind die

Deutschen und die Ungarn.

Österreich hat nun aber einmal seinen Rubicon, welcher für dasselbe durch die Sawe repräsentirt wird, überschritten, es hat den schicksalsschweren Entschluß gefaßt, auch bei einem dritten nationalen Conglomerationsprozesse Pathenstelle zu vertreten.

Die Kämpfe um die italienischen Provinzen von 1849—1866 führten endlich zur Bildung des italienischen Nationalstaates, die Kämpfe um die Hegemonie über die deutschen Bundesstaaten führten zur Wiederherstellung des deutschen Kaiserreiches, aber statt unter dem Hause Habsburg unter dem Hause Hohenzollern, und schon sehen wir den österreichischen Kaiserstaat wieder an der Arbeit, für Andere Kastanien aus heißen Kohlen zu kratzen.

Es wird einen Kampf um seine slavische Mission ebenso sicher zu bestehen haben wie früher um seine italienischen und deutschen Missionen uud zwar einen Kampf mit dem als slavische Haupt- und Vormacht anerkannten und historisch hiezu berufenen Rußland, und in diesem Kampfe werden alle jene slavischen Kleinstaaten, um deren willen heute Österreich seine Großmachtstellung, vielleicht auch noch mehr als das aufs Spiel setzt, ihm nicht nur nicht zur Seite stehen, sondern — wir glauben uns nicht zu täuschen — im gewaltigen Slavenheerlager ihres Zarbefreiers zu finden sein. Österreich wird wie immer bei seinen kriegerischen Unternehmungen dieses Jahrhunderts einem Doppelangriffe ausgesetzt sein. Die vereinigte Macht der gesamten neugebildeten Balkanstaaten, — auch eine neue Erhebung Bosniens und der Herzegowina ist dabei mehr als wahrscheinlich — eine Macht, welche gar nicht zu unterschätzen ist im Kriegsfalle, wird demnach Rußland, dem Schutz- und Schirmherrn des Slaventums und des griechischen Kreuzes, gegen das katholische zur Hälfte deutsch-magyarische Österreich Heerfolge leisten. Wir wollen darum auch im Interesse der Intelligenz der österreichischen Staatsmänner annehmen, daß sie mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe das Reich in seine fatale Orientmission verwickelt haben.

Ebenso pflichten wir gerne dem Verfasser des „Neue Bahnen" bei, wenn er die Ziele der österreichischen Orientpolitik als um vieles selbstlosere im Vergleiche zu denen Rußlands hinstellt. Aber das ist ja der gröbste Fehler, welchen man einer Politik vorwerfen kann, daß sie den eigenen Staat den gefährlichsten Konflikten aussetzt, Riesenopfer au Gut und Blut den eigenen Reichsangehörigen auferlegt und im besten

Falle gar nicht die Aussicht hat, das Gewonnene festzuhalten und zu genießen.

Selbst der Verfasser des „Neue Bahnen", welcher ein überzeugungstreuer Anhänger des auf neuen Bahnen wandelnden österreichischen Staatsgedankens ist, muß zugeben, daß Rußland eigentlich bei dem Wettbewerbe um die Sympathien der Balkanvölker den Vorteil der religiösen Suprematie für sich hat. Uns will erscheinen, daß es nicht der religiöse Moment allein ist, so sehr wir den Einfluß eines solchen bei Völkern niederer kultureller Entwicklung in Anschlag bringen.

Zwischen „Russen und Balkanslaven" besteht entschieden seit lange schon eine tief in den Volksgeist eingedrungene nationale Affinität, während Österreich bei den Volksstämmen tief unten hinter der wilden Wallachei vermöge seiner Jahrhunderte langen westeuropäischen politischen Gravitation sich niemals besonderer Sympathien zu erfreuen hatte. Erst seit dem letzten Jahrzehnt, seit Österreich sein slavisches Herz entdeckt hat, bemühte man sich, dies nachzuholen, versuchte man in den Balkanländern austrophile Strömungen auf dem diplomatisch künstlichen Wege zu züchten.

Mit welchen Erfolgen dies geschah, dazu haben gerade die jüngsten Ereignisse in den Balkanstaaten die sprechendste Folie geliefert: der einzige südslavische Herrscher, König Milan von Serbien, welcher aufrichtig eine Anlehnung seines jungen Staates an Österreich anstrebte, mußte diese mit den Gefühlen der serbischen Nation im Widerspruch stehende Kabinetspolitik mit dem Verluste der Krone bezahlen. In Rumänien siegte nach langen Kämpfen und Umtrieben die russophile Bojarenpartei und der Hohenzoller auf rumänischem Throne, König Carol, sah sich genötigt, den russenfreundlichen Katargiu an die Spitze der rumänischen Staatsgeschäfte zu berufen. Oder ist die Vertreibung des kühnen Battenbergers, der allmälig wieder um sich greifende Zankovistische Einfluß im Bulgarenlande nicht ein ebenso starker Beweis der den verlorenen Einfluß allmälig wieder gewinnenden russischen Propaganda in den Balkanländern? Auf dem Wege stiller aber rastloser Agitation, mit Hilfe seiner panslavistischen Emissäre und seines

Rubels auf Reisen, mit Hilfe seiner orthodoxen Priesterschaft und der russophilen Parteiführer in den südslavischen Ländern gewinnt Rußland langsam zurück, um was es von der europäischen Diplomatie auf dem Berliner Kongresse geprellt worden war — die Früchte seines letzten Türkenkrieges.

Wer vermöchte heute dafür gut zu stehen, daß nicht des Koburgers Tage in Bulgarien bereits gezählt sind, daß nicht in Sophia bald genug der russische Einfluß seinen siegreichen Einzug halten wird.

Die Erfolge der österreichischen Liebeswerbung bei den Südslaven des Balkans werden übrigens noch besser illustriert durch die Strömungen unter den Südslaven des eigenen Reiches selbst. Ein katholischer österreichischer Erzbischof mit dem unverfälscht slavischen Namen Stroßmayer beglückwünscht die Säkularfeier des ersten großen Schisma in der katholischen Kirche nur darum, weil der griechische Kultus heute zu einem slavisch-nationalen Agitationsfaktor geworden ist. Man sieht daraus, wie sehr der panslavistische Fanatismus jede andere Empfindung, jedes andere Pflichtgefühl erstickt hat. Wenn Kirchenfürsten ihren nationalen Chauvinismus höher stellen als ihre Pflicht gegen Kaiser und Reich, ja sogar als ihre Pflicht gegen die eigene Kirche, wie mag es da mit der Gesinnungstreue der südslavischen Volksmassen gegenüber dem angestammten österreichischen Vaterlande bestellt sein?

Es hieße angesichts solcher Erfahrungen sich selbst betrügen und andere gute Patrioten täuschen, wollte man verhehlen, daß bis zur Stunde Rußland thatsächlich Herr auf dem Balkan ist, daß die Mehrheit der dortigen Slavenstämme in Rußland ihren gottgesandten Schirmer und Befreier, im Zaren ihr natürliches Oberhaupt erblickt.

Wir sind ja auch überzeugt, daß die russische Politik auf dem Balkan dieselben egoistischen Ziele des Zarismus verfolgt wie allerwärts; wir sind ebenso überzeugt, daß Österreich als Schutzmacht der jungen Balkanstaaten für deren zivilisatorischen Aufschwung mehr zu leisten im Stande und gewillt wäre, aber was nützt dies alles gegenüber einer traditionellen Stimmung breiter, nur ihren Instinkten zu folgen gewohnter, halb barbarischer Volksmasse?

Die Knute ist solcher Art anheimelnder als das Lineal.

So wie die Sachen heute liegen, ist freilich Österreich bereits in seiner Orientmission so tief engagiert, daß wir eine Umkehr mit der Staatsraison nicht mehr für vereinbar halten, sie zum mindesten für ein ebenso gefährliches Experiment ansehen müßten als das Unternehmen selbst, dagegen muß der Boden, auf dem sich diese Kultursendung dereinst verwirklichen soll, als vorläufig noch in den Händen der Konkurrenzmacht befindlich bezeichnet werden.

Wir wollten in unseren bisherigen Ausführungen vorerst nur die Anschauung begründen, daß Österreich im eigenen Interresse nicht gut daran gethan hat, die Rolle einer slavischen Vormacht für die Balkanstaaten zu übernehmen, weil dabei die schwersten inneren und äußeren Verwicklungen unvermeidlich sind.

Dagegen hätten wir es im spezifisch österreichischen Interesse ganz gerechtfertigt gefunden, wenn Österreich die Aufrollung der Orientfrage im Jahre 1876 um jeden Preis verhindert hätte. Das wäre spezifisch österreichische Politik gewesen. Eine Schwächung des Österreich ungefährlichen türkischen Nachbars hätte verhütet werden müssen aus derselben Staatsraison, die man heute für Slavenmissionen ins Feld führt. Damals wäre es bei gut gemachter Politik vielleicht noch gelungen, gewaltsam eine Bewegung zu unterdrücken oder zum eigenen Vorteile zu leiten, die in ihrer weiteren Entwicklung an den südlichen und nördlichen Reichsgrenzen neue große Gefahren für die Monarchie in sich birgt. Damals lag die Leitung der äußeren Politik des Kaiserstaates in den Händen eines magyarischen Staatmannes, des Grafen Andrassy. Nun hatten doch gerade die Ungarn alle Ursache zu einer turkophilen Politik — denn keine Nation, kein Staatswesen in der alten österreichischen Monarchie erscheint von dem Wandel der Dinge auf dem Balkan, von der slavischen Bewegung ganz besonders, mehr bedroht als gerade der — ungarische Nationalstaat. Allerdings wird das Magyarentum von den Folgen der slavischen Mission Österreichs erst zuletzt, dafür aber am verhängnisvollsten

berührt werden. Nichtsdestoweniger war es ein ungarischer Staatsmann, welcher den Grund zur nachherigen slavischen Politik der Gesamtmonarchie gelegt hat.

Als die damalige deutsch-österreichische Verfassungspartei später mit aller Energie, aber angesichts vollzogener Thatsachen und bindender Staatsverträge zu spät gegen die Erwerbung südslavischer Gebietsteile auftrat, begieng sie allerdings einen vom Parteistandpunkte aus unverzeihlichen taktischen Fehler, aber so paradox dies klingen mag, sie dachte und fühlte österreichischer als die entscheidenden Faktoren des Staates. Dieser patriotische Aufschrei der Besorgnis um die Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes ehrt jene, denen die Liebe zum Vaterlande höher stand als ihr Parteiegoismus, und bildet gleichzeitig ein Kabinettsstück allergetreuester Opposition.

Leider zahlt sich nur derlei im politischen Leben nicht aus.

Die Deutschen Österreichs büßten diesen Akt von Hyperpatriotismus mit dem Verluste ihrer politischen Stellung im österreichischen Staatsleben und gerieten zum Danke für ihr Übermaß von Staatsbürgertreue in den Verdacht des Gegenteils.

Ja selbst der große Staatsmann an der Spree konnte sichs zum Jubel der ganzen slavischen Welt nicht versagen, das Verhalten der Deutschösterreicher mit der Äußerung zu brandmarken, sie wüßten nie zur rechten Zeit, was sie zu thun haben. In einem gewissen Sinne mag er Recht haben. Das Eine aber steht fest, als Deutsche mögen die Herbstzeitlosen gefehlt haben, als Österreicher haben sie ihre Pflicht gethan.

Der Verfasser des „Neue Bahnen" führt weiter aus, daß „die slavische Mission gewissermaßen eine Bedingung der Bündnisfähigkeit des österreichischen Staates mit dem deutschen Reiche bilde". Das heißt schon deutlicher gesprochen, man sieht doch wo und wie. Ein „deutsches" Österreich würde also den Interessen des neuen deutschen Nationalstaates zuwiderlaufen und eine innigere Verbindung beider Großmächte zu angeblich gemeinsamen Zwecken nicht zulassen. Ein slavisches Österreich — was sagt da Ungarn dazu? — als Gegengewicht gegen das bedenklich deutschfeindliche, allen panslavistischen Wühlereien als Hort

dienende Rußland ist dagegen heute für Deutschlands Sicherheit zur politischen Notwendigkeit geworden.

Die große slavische Völkerfamilie, welche politisch vereinigt der westeuropäischen Kultur gefährlich werden könnte, soll in — zwei feindliche Lager gespalten werden, deren eines zu bilden Österreich von Deutschland den Beruf erhielt. Unter diesem Beding sichert Deutschland seines Verbündeten Existenz und Zukunft und sich selbst die eigenen Ostgrenzen vor barbarischen Einbrüchen.

Dieses Österreich neuesten Rezeptes wird allerdings von dem historischen Charakter der alten Monarchie nicht viel mehr behalten als die Dynastie, aber was thut das. Wie die nichtslavischen Völker Österreichs dabei wegkommen, ist ja ganz gleichgiltig. Die Magyaren, der politisch mächtigste nichtslavische Volksstamm des Reiches, dessen Protest gegen eine Slavisirung der Monarchie allenfalls ins Gewicht fiele, sehen in ihrer chauvinistischen Revanchebegier nur die antirussische Richtung der umgestellten Reichspolitik und freuen sich auf den Tag der Rache für Vilagosz. Diese heldenmütige Nation, die sich doch sonst auf Politik besser versteht als irgend eine, wenn nicht gerade die Leidenschaft ihren gewohnten Scharfblick blendet, scheint über den möglichen Fall eines Sieges des Slaventums und die Folgen, welche ein solcher für Ungarn haben müßte, gar nicht nachgedacht zu haben. Sie wird vielleicht später einmal Anlaß genug haben, darüber nachzudenken.

Genug an dem, die hohe Politik, das gemeinsame Interesse der beiden verbündeten mitteleuropäischen Großmächte verlangt diese Kombination, folglich muß sie mit allen verfügbaren Mitteln durchgeführt werden. Allerdings giebt es besonders in der cisleithanischen Reichshälfte, wie uns der wolunterrichtete Verfasser des „Neue Bahnen" anvertraut, noch sehr, sehr einflußreiche Kreise — damit sind natürlich nicht Volkskreise gemeint, denn die kommen ja dabei nicht in Betracht — die von einer tiefen Abneigung gegen das deutsche Bündnis und den damit verbundenen Umwälzungsprozeß aller spezifisch österreichischen uralten Traditionen erfüllt sind. Es fehlt also nicht an Stimmen maßgebendster Bedeutung in Österreich,

welche es bedenklich finden, einen alten Staat sozusagen in eine neue Form umzugießen. Aber das neue System ist stärker als alle die Warnstimmen altösterreichischen Patriotismus und so entfernt sich denn immer weiter und weiter das Staatsschiff der Habsburgischen Flagge von seiner jahrhundertelang eingehaltenen Bahn. Diesem, wie der Verfasser lobend hervorhebt, erprobten und bequemen Systeme verdankt Krone und Reich die Möglichkeit, jene Voraussetzungen erfüllen zu können, welche die deutsche Reichspolitik als Conditiones sine quibus non des Bündnisses aufzustellen für gut befunden hat.

Österreich muß im Interesse dieses Bündnisses seinen Schwerpunkt nach dem Osten verlegen, d. h. ein halborientalischer Staat werden; es muß darum die Balkanländer in seinen Machtbereich zu ziehen sich anstrengen, es muß sich darum zu einem entscheidenden Waffengange mit Rußland unter Aufopferung der ganzen Reichskraft rüsten, — denn dieses Rußland wird von der österreichischen Orientmission ins Herz getroffen und bereitet sich zum Kampfe um sein bedrohtes Interessengebiet vor — Österreich muß als Nebenbuhler des großen Slavenprotektors nun selbst die Rolle einer slavischen Großmacht aufnehmen, muß im eigenen Staatsgebiete den slavisch-nationalen Chauvinismus nach Kräften von Amts wegen unterstützen, muß sogar die gegen den einheitlichen Reichsgedanken verstoßenden staatsrechtlichen Aspirationen seiner slavischen Provinzen schonungsvoll dulden, und diesen zentrifugalen Gelüsten Konzessionen auf Kosten der Reichseinheit machen, ja mehr als das, es muß unter der von niemandem ernst genommenen Maske eines Versöhners gegen das die traditionelle österreichische Staatsidee jahrhundertelang vermittelnde deutsche Volkstum einen nationalen Vernichtungskrieg führen helfen.

Und was muß nicht auch Deutschland alles thun um der fatalen Orientmission seines Verbündeten willen?

Es muß ruhig zusehen, wie sich an seinen Reichsgrenzen die Neugestaltung eines mitten in deutsches Reichsgebiet hineinragenden Nordslavenstaates vorbereitet, welcher aus seiner deutsch-feindlichen künftigen Mission gar kein Hehl macht.

Es muß ruhig zusehen, wie ehemalige deutsche Erblande, in denen heute noch Millionen deutscher Stammesbrüder ein wenig beneidenswertes politisches Dasein fristen, vom Slavismus wie ein Baum vom Borkenkäfer mit Windeseile durchsetzt werden, es muß ruhig zusehen, wie knapp an des deutschen Reiches Grenzen deutsche Stammesbrüder unter wolwollender Förderung der bundesgenössischen Regierung national vergewaltigt werden, wie sie endlich der Übermacht einer auf alle mögliche Weise geförderten feindlichen Rasse hilflos erliegen.

Ohne nur eine Miene zu verziehen, muß Deutschland unter seinen Augen einen verzweifelten Nationalkampf Deutscher gegen Slaven mit dem Untergange eigener Stammesbrüder enden sehen und muß diesen Schimpf nicht nur ertragen, sondern geradezu sanctioniren. Deutschland — der gewaltigste Nationalstaat der Welt und gerade durch die nationale Idee zu seiner Macht und Größe gelangt — muß seine nationale Ehre durch eine Versündigung an dieser Idee beflecken. Wahrhaftig ein unverhältnismäßig hoher Preis, welchen es für diesen Schachzug seiner äußeren Politik bezahlt.

Wenn dies wirklich die unerbittliche Staatsraison der reichsdeutschen Politik so und nicht anders zuläßt, wenn Deutschlands Sicherheit nur um den Preis der Opferung ganzer, Millionen Deutsche zählender Länder zu erzielen war, dann sinkt der Barometer der Begeisterung und des Respektes für das neu creirte Deutsche Reich auf ein Niveau tiefster Ernüchterung herab. Dann bleibt von dem stolzen Kolossalgemälde eines alle Deutschen des Erdballes mit Enthusiasmus erfüllenden großen nationalen Werkes nichts übrig, als das oft dagewesene Genrebild einer dynastischen Hausmacht, welche ihre Eroberungen um jeden Preis sicher zu stellen sucht. Große Ideen, welche Einem zur Erreichung großer Ziele gedient haben, sollte man nicht wie falsches Geld wegwerfen, wenn man ihrer gerade nicht vonnöten hat. Es könnten Zeiten kommen, wo man die Geister wieder rufen möchte. Sie werden dann verschwunden sein. Deutschland betreibt heute die gleiche Politik wie die Franzosenkönige der Reformationszeit. Diese schickten auch Heere den deutschen Protestanten zu Hilfe und bereiteten zu Hause

den eigenen Hugenotten Bartholomäusnächte. Deutschland macht es heute ähnlich. Im eigenen Lande kauft es die Slaven aus (Posen), im Bundesstaate protegirt es die Verschlingung deutscher Stammesgenossen durch dieselben Slaven.

Mit der nationalen Brüderlichkeit sieht es demnach bei den guten Deutschen, beiläufig gesagt, noch so aus, wie vor Grundlegung des deutschen Nationalstaates.

Die auswärtige Politik eines Nationalstaates sollte bei aller Anerkennung von Zwangslagen, in welche derselbe durch eigenthümliche Komplikationen geraten kann, doch nicht bis zur Verleugnung der Grundidee gehen, auf welcher derselbe aufgebaut ist. Wie es scheint und die Thatsachen lehren, muß es aber doch Kombinationen geben, wo derlei notwendig wird, sonst hätte sich der gewiegteste, mächtigste und auch praktischeste Staatsmann der Zeit nicht hiezu entschlossen. Wie bei allen Dingen dieser Welt wird auch wol hier erst der Erfolg der berufene Richter sein. Diesem Staatsmanne aber wünschten wir nur Eines. Er möge nur vier Wochen als einfacher deutscher Staatsbürger in einer der exponirten Provinzen Österreichs leben, um an sich zu erfahren, welches Loos seine Politik den Deutschen Österreichs bereitet hat.

Es mag vermessen klingen, wenn wir sanktionierte Verträge zweier gewaltiger Großmächte und deren hohe Politik mit unserem beschränkten Unterthanenverstande zu messen wagen. Wolan, so seien denn die Deutschen Österreichs das Opfer, welches gebracht werden muß, um Deutschland vor dem Doppelangriffe Frankreichs und Rußlands zu bewahren. Aber auf Eines möchten wir doch jede Wette getrost eingehen, daß bei der endgiltigen Konsolidirung der Balkanstaaten dort entweder russische Satrapien oder selbständige Staatengebilde (Großserbien, Großbulgarien, Großrumänien, Großgriechenland), aber niemals österreichische Sekundogenituren entstehen werden. Für slavische Nationalstaaten aber würden jene gewiß mehr Attraktionskraft auf österreichische Südslaven ausüben als umgekehrt.

Dies dürfte der große Staatsmann an der Spree ebenso gut wissen wie wir, aber seine Million kontraktlich verbundener Bajonette wiegt mehr in der Not des Augenblicks als nationale

Gewissensbisse, als problematische Betrachtungen über die Aussichten des Bundesgenossen nach der Entscheidung.

Wir wollen uns nun nicht weiter die Köpfe der gottbegnadeten Schicksalslenker der Nationen zerbrechen. Diese flüchtigen Streiflichter, geworfen auf ein verworrenes und verwirrendes diplomatisches Kunstgewebe, mögen genügen, darzuthun, daß, so einfach und klar das Bündnisprogramm lauten mag, doch so manches dahinter steckt, was viel zu denken gäbe.

Doch würde dies den Zweck unserer Erörterungen überschreiten, die sich mehr mit den Konsequenzen zu beschäftigen haben, welche sich aus der beschriebenen, unserem Verstande vorläufig nicht ganz einleuchtenden europäischen Lage für die Deutschen Österreichs ergeben.

II. Das System Taaffe.

Der Verfasser des „Neue Bahnen" bezeichnet in seiner zweiten These als Kardinalaufgabe der Taaffeschen inneren Politik die Beseitigung des Widerstandes, welchen die Deutschen Österreichs, resp. deren liberale Parteigruppe, der Orientpolitik des Gesamtstaates dadurch entgegensetzen, daß sie die durch die äußere Politik diktierte slavophile Richtung der inneren Verwaltung auf das Äußerste bekämpfen.

Hiemit giebt der Verfasser indirekt zu, daß die Slavisierung Cisleithaniens resp. die Verwandlung Österreichs, so weit es geht, in einen slavischen Staat das Leitmotiv des Taaffeschen Systems ist und nicht die Versöhnung der bestehenden nationalen Gegensätze.

Denn selbst ein Österreich, dessen verschiedene nationale Elemente im Stande friedlichen Ausgleiches lebten, könnte zur Grundlage einer politischen Mission von der weitausgreifenden Intention und Bedeutung, als welche die Umwandlung Öster-

reichs in einen Orientstaat angesehen werden muß, nicht dienen.

Das numerisch und politisch starke deutsche Element des Reiches würde sich in den Rahmen einer slavischen Donaugroßmacht nur schwer einfügen lassen. Weder der gegenwärtige Dualismus noch die cisleithanische Verfassung wäre mit der organischen Angliederung südslavischer Staatswesen in Einklang zu bringen.

Da nun aber diese Mission als etwas Unabänderliches anzusehen ist, folgere die österreichische Regierung daraus die unerbittliche Notwendigkeit, die gesamte innere Organisation der Monarchie allmälig für die neue Weltstellung derselben umzuformen, alle dem neuen Zwecke hinderlichen alten Institutionen langsam zu beseitigen und jene politischen Parteien, welche sich diesem Prozesse feindlich in den Weg stellen, unschädlich zu machen.

Darin besteht also das System Taaffe.

Unserem Ermessen nach werden von den Folgen einer austro-slavischen Orientmission zwei Nationen des Reiches in ihrer nationalen und politischen Existenz auf das äußerste bedroht, und dies sind die Magyaren und die Deutschen. Wenn erstere vorläufig von den Konsequenzen des überhandnehmenden Slavismus der Monarchie verschont bleiben, so ist daran der Umstand schuld, daß der ungarische Nationalstaat bisher genügenden Schutz bietet gegen das Vordringen der slavischen Idee auf seinem Machtgebiete.

Die Deutschen, welche sich in Österreich keines solchen Schutz- und Trutzmittels ihrer nationalen Eigenart erfreuen, sind darum auch seit Beginn der slavischen Ära dem vollen Angriffe auf ihr Volkstum ausgesetzt. Sie sind es darum auch, welche vorläufig allein die Kosten des Nationalkampfes zu tragen haben, auf deren völlige politische Entwaffnung das System Taaffe hinarbeitet.

Vergebens mag man seitens eines Systems, welches bis zum heutigen Tage bereits dem Deutschtum Österreichs einen horrenden nationalen Besitzstandsverlust eingetragen hat, versichern, man sei von keinen feindseligen Absichten gegen das

deutsche Volkselement des Reiches geleitet. Das erinnert uns an die bekannte Methode jenes Zahnarztes, welcher seinen Patienten versicherte, daß er die Zähne schmerzlos ziehe.

Wenn das System Taaffe sich in Dienst der Idee stellen muß, aus Österreich eine zweite slavische Vormacht als Gegenstaat Rußlands zu schaffen, dann ist es, auch wenn es wirklich ehrlich wollte, nicht im Stande, das Deutschtum der gemischten Provinzen vor der völligen Überflutung durch das politisch erstarkte slavische Element zu schützen.

Dies Schicksal würde sich an den Deutschen Österreichs unabhängig vom Zuthun der Regierung, ja sogar auch trotz derselben vollziehen, wenn erst die Entwicklung slavophiler Gesetzgebung genügend weit gediehen ist.

Das System Taaffe scheint zur Erreichung seines Zieles sich eines doppelten Programmes bezüglich der Mittel zu bedienen. Das eine Programm besteht in der Slavisierung der cisleithanischen Reichshälfte. Mit Hilfe der möglichst raschen sprachlichen Ausbreitung des Slavismus über alle im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder soll das neue Staatsbürgertum für das geplante Neuösterreich schleunigst geschaffen werden. Jene Volkselemente, welche in dieses Neuösterreich nicht mehr recht passen wollen, sollen auf dem Wege der Entnationalisierung in farbenechte Neuösterreicher umgewandelt oder aber verdrängt werden.

Der schwierigere Theil der Aufgabe besteht aber darin, daß dieses Neuösterreich in seinem altösterreichischen Staatsrahmen erhalten werden soll. Die historische Einheit der Monarchie soll unter dem Umnationalisierungsexperimente nicht leiden.

Für diesen Theil seiner Aufgabe hat Graf Taaffe ein zweites Mittel auf dem Programme, die Reaktion.. Durch allmälige Rückkehr zu einem Regierungssystem streng konservativer Richtung hofft Graf Taaffe den großösterreichischen Staatsgedanken vor — staatsrechtlichen Sondergelüsten sichern zu können. Es gäbe das ein neues „Altösterreich" — nur mit dem Unterschiede, daß das Slaventum an die Stelle des Deutschtums getreten wäre. Da es nun der Regierung eines polyglotten

Reiches so ziemlich einerlei ist, auf welches Volkstum sie ihre Herrschaft stützt, da eigene Sympathien oder Antipathien das Herz eines nationallosen Staatsmannes nicht verwirren können, so würde gedachter Ausgang der neuesten österreichischen Staatskrise — nach oben die höchste Befriedigung in jeder Beziehung hervorrufen.

Das ganze Regierungsprogramm zeichnet sich durch eine überaus spitzfindige Kombination aus.

Für dessen ersten Programmpunkt, slavophile Richtung der inneren Politik und Verwaltung, sind die Slaven die regierungstreuesten Anhänger und Stützen des Systems, für das Prinzip der Erhaltung der staatlichen Einheit stehen wieder die Deutschen aller Parteirichtungen ein und bilden gegen slavische centrifugale Pläne das nötige Gegengewicht.

Für die — reaktionären Pläne des Ministeriums verbinden sich wieder die klerikalen deutschen Parteigruppen mit den Slaven — gegen den verhaßten Liberalismus.

Für jeden seiner Programmpunkte verfügt der regierungsgewandte Minister über eine durch den Partei- oder Nationalhaß geeinigte, ihm ergebene Majorität.

Mit weiser Verteilung der Zugeständnisse an die einzelnen Gruppen seiner nur durch ein negatives Moment verbündeten Majorität schiebt er bald dies, bald jenes Motiv seines kombinierten Regierungsprogrammes in den Vordergrund, je nachdem die parlamentarische Lage für die Lancierung des einen oder anderen Regierungsprogrammpunktes günstiger sich zeigt.

Auf diese Art gelingt der Regierung sowol die successive Verslavung der gemischten Länder trotz alles Zeter und Mordio der davon betroffenen Deutschen, als auch die schrittweise von Novelle zu Novelle anmutig tänzelnde Beseitigung der liberalen Institutionen.

Und so könnte denn, wenn nichts dazwischen kömmt, ein hochkonservativer, der Bevölkerung nach slavischer, großösterreichischer Orientstaat die Krönung dieses Gebäudes der Zukunft bilden.

Vorläufig ist freilich der vielseitige Staatsmann der cisleithanischen Reichshälfte noch gezwungen, sein abwechslungs-

weises Spiel zwischen scheinbarem Freund und scheinbarem Gegner nach verschiedenen Seiten hin geduldig fortzusetzen.

Glücklicherweise halten sich auf der parlamentarischen Wage die centrifugalen und centripetalen Kräfte so ziemlich das Gleichgewicht, so daß der staatliche Einheitsgedanke vorläufig keine ernste Gefahr läuft.

Graf Taaffe kann also wolgemut das Zünglein dieser Wage spielen und in dieser Kunst parlamentarischer Equilibristik hat er sich auch als Meister bewiesen.

Wir möchten im Sinne dieses Gleichnisses dem System Taaffe die Bezeichnung „Schaukelpolitik" geben.

Wir sind mit dieser Charakteristik seines Systems gewiß galanter und zartfühlender im Ausdrucke als er selbst, welcher seine Regierungsmaxime „durchfretten" nennt.

Unter Durchfretten versteht nämlich der Wiener Lokalwitz jene Art von Lebensführung, wobei die eigene Existenz im Kampfe gegen äußere Schwierigkeiten nur auf jammerhafte und, was die Hauptsache ist, für den Kämpfer nicht sehr ehrenvolle Weise erhalten werden kann. Man sieht, es fehlt dem gegenwärtigen leitenden Staatsmanne nicht an Humor und Selbsterkenntnis. Nur will, deucht uns, zu so groß angelegtem Plane eine so kleinliche Auffassung nicht gut passen. Das mag indeß der Herr Graf mit sich selbst abmachen.

Jedenfalls ist derselbe nicht nur ein vorurteilsfreier Kenner seiner persönlichen Position, sondern er ist, was mehr wiegt und den Schlüssel zu seinen bisherigen Erfolgen neben der allerhöchsten Gunst, deren er sich in unbegrenztem Maße erfreut, bildet, in der That auch ein vorzüglicher Kenner der innerösterreichischen Parteizustände und Verhältnisse. Auf dieser Kenntnis und klugen Abwägung des politischen Machtbereiches und Interessengebietes jeder einzelnen Gruppe der Mehr- sowie Minderheit des österreichischen Abgeordnetenhauses beruht der Erfolg seines Systems.

Sobald irgend eine Parlamentsgruppe von bei Abstimmungen in Betracht kommender Kopfzahl ernstlich seine zum Regieren leider nötige Majorität gefährden will, beginnt das Manöver der Schaukelpolitik. Der findige Direktor unserer

Parlamentsschaukel sucht zuerst der widerspenstigen Parlamentsgruppe plausibel zu machen, daß er sie eigentlich vom Schaukelbrette der Tiefseite hinwegschnellen könnte, d. h. ins Praktische übersetzt, er droht der Majorität mit dem Verluste derselben und bringt ihr die Vorteile zum Bewußtsein, welche sie aus dieser Stellung bereits gezogen. Dies sieht dann die betreffende Majoritätsgruppe regelmäßig ein, — während die Regierung wieder einsieht, daß sie eigentlich — durch diese Majorität regiert.

Sodann beginnt das im Parlamente von der Opposition oft bespöttelte Handeln. Die betreffende Gruppe verlangt möglichst viel, das Ministerium bewilligt möglichst wenig, aber endlich muß es doch irgend eine neue Konzession machen. Und so endet dann jeder solcher kleine taktische Feldzug zwischen Majorität und Regierung mit einem jener kleinen Geschenke, welche die Freundschaft erhalten. Die Kriegsentschädigung bei diesen regelmäßig vor jeder wichtigen Abstimmung wiederkehrenden „Striken" der Majorität zahlt immer die Regierung. Aber sie hat es ja und kanns thun. Sie hat von der abgewirtschafteten liberalen Ära ein reiches Erbe gesetzgeberischer Thätigkeit, zentralistischer und modernstaatlicher Organisation überkommen, von dem man bei einiger Zurückhaltung jahrzehntelang abkonzessionieren kann, ohne in Verfassungsverlegenheiten zu geraten.

Vorläufig schleppt jede staatsrechtliche Ländergruppe alljährlich irgend ein Ornamentsstück aus dem Prachtbau des Reichsgedankens mehr oder weniger befriedigt nach Hause, in der Hoffnung, aus all diesen Trümmern endlich doch noch eine neue Länderherrlichkeit bauen zu können.

Es muß jedoch anerkannt werden, daß die Regierung trotz des ihr vorschwebenden, von äußeren Rücksichten aufgedrängten Programmes sichtlich bemüht war, den staatsrechtlichen Gelüsten einzelner Majoritätsgruppen den Reichsbrodkorb hoch genug zu hängen. In allen Konzessionen auf Kosten der einheitlichen Reichsidee verstand es bisher die Regierung, eine weise Grenze einzuhalten, was ihr manchmal nicht leicht geworden sein mag. In der Wahrung jener Prinzipien, welche sie als durch die österreichische Staatsraison geboten ansieht, weiß die Regierung auch ihrer Majorität gegenüber den Herrn zu zeigen.

Minder skrupulös verhält sich dagegen das System gegen Versuche, das Ausmaß der konstitutionellen Freiheiten, den liberalen Charakter der einst in schwacher Stunde eingeräumten Verfassung auf demselben verfassungsmäßigen Wege langsam wieder einzuschränken. Jedes solche Begehren, das sich im Schooße der Majorität des Abgeordnetenhauses Geltung zu verschaffen weiß, findet ein bereitwilliges Ohr bei dem jetzigen Kabinetschef. Es kömmt dies ja seinem zweiten von uns angemerkten Programmpunkte zu Gunsten. Solche Begehren tauchen aber immer häufiger und intensiver auf, je weiter das System in seiner Entwicklung vorwärts schreitet. Diesem Teil des Regierungsprogrammes in die Hände zu arbeiten, ist die deutschklerikale Gruppe des Abgeordnetenhauses berufen und erfüllt diese Aufgabe mit ebenso viel Eifer als Geschick. Die Rollen in dem Taaffeschen politischen Drama sind eben vortrefflich besetzt.

Daß in dem wirren Durcheinander von lauter nationalen Gegensätzen, die ihrer Natur nach jeden parlamentarischen Verkehr unerquicklich machen, die „Pflege der modernen Staatsidee" undenkbar ist, liegt auf der Hand. Die Freiheit muß in einem Staate untergehen, dessen politische Faktoren im Zeichen des Nationalitätenkampfes stehen.

Wenn irgend etwas geeignet ist, den konstitutionellen Staatsgedanken, das Prinzip des Rechtsstaates, ad absurdum zu führen, so ist es die Auflösung eines Parlamentes in — nationale Lager. Zwischen diesen giebt es nichts ideal Gemeinsames mehr, ihre Gegensätze kann kein vermittelndes Prinzip lösen, für sie giebt es überhaupt kein Feld gemeinsamer politischer Arbeit zu frommer allgemeiner Wolfahrt, keinen Boden der Versöhnung, weil jeder Teil im Untergange des anderen die Bedingung der eigenen Wolfahrt erblickt. Solche Gegensätze heilen nicht, am wenigsten in Parlamenten, sie gehören nicht dahin, sondern — auf ein anderes Feld.

Wenn man also in einem Parlamente jede gedeihliche gesetzgeberische Thätigkeit illusorisch machen, den Parlamentarismus degenerieren und dadurch in der öffentlichen Meinung diskreditieren will, dann kann man kein genialeres Mittel hiezu wählen als die Zersetzung einer Volksvertretung durch den Nationalismus.

Mit Hilfe eines solchen Parlamentes kann man die idealste Verfassung verderben; mit Hilfe eines solchen Parlamentes kann man alle konstitutionellen Rechte — und bürgerlichen Freiheiten aus dem Staatsgrundgesetze nach und nach hinaus verordnen; mit Hilfe eines solchen Parlamentes kann ein halbwegs geschickter Minister sogar — absolut regieren.

In einem solchen Parlamente wird sich selbst im Momente höchster Bedrohung des konstitutionellen Staatsprinzipes keine Majorität finden, welche gewillt wäre, sich um das Banner der Verfassung brüderlich zu schaaren, die Ehre der Volksvertretung gegen einen kühnen Handstreich zu verteidigen.

Die Majorität des östereichischen Parlamentes ist überdies zum Teile aus Elementen gebildet, welche den Rechtsbestand desselben vom Standpunkte eigener Staatsrechte aus (a limine) bestreiten und dies Parlament überhaupt nur zu dem Zwecke beschickt haben, um dasselbe als „Reichsvertretung" lahmzulegen.

Die Bildung dieses sogenannten Vollparlamentes, welchem von der Regierung nachgerühmt wird, daß es die früher nie gelungene verfassungsmäßige Vertretung aller österreichischen Völker endlich verwirklicht habe, vollzog sich ja gerade nur um den Preis einer bewußten Täuschung. Das Compromiß mit dem deutschen liberalen Großgrundbesitze Böhmens, welches die Landesmajorität Böhmens in die Hände der Slaven spielte, entpuppte sich, wie der Führer dieses deutschen Großgrundbesitzes, Fürst Carlos Auersperg, später im Herrenhause öffentlich bekannte, als ein nicht näher zu bezeichnendes Manöver, wobei die bona fides deutscherseits einfach mißbraucht worden war. Man war eben in der Wahl der Mittel, ein zu Slavirungszwecken geeignetes Abgeordnetenhaus zustande zu bringen, nicht sehr engherzig. Eine ebensolche Täuschung war es, wenn man den Eintritt der verfassungsgegnerischen Slaven in den Reichsrat dadurch ermöglichte, daß man eine Rechtsverwahrung, d. h. einen Protest gegen den Rechtsbestand der Reichsverfassung als Einleitung der sonderbaren verfassungsmäßigen Thätigkeit entgegennahm. Das nannte Graf Taaffe ein „Sichstellen auf den Boden der Verfassung". Wir halten dafür, daß sich

die Regierung mit Annahme der provinziellen staatsrechtlichen Verwahrungen umgekehrt auf den Boden der Länderautonomie gestellt hat. Da wir aber im Ernste an ein föderalistisches Programm dieser Regierung nicht glauben, im Gegenteile gerade dem Taaffeschen System nichts weniger zutrauen als die Absicht, die Reichswahl zu dezentralisieren, so muß hier unserer Auffassung nach eine doppelte Täuschung vorliegen, auf der einen Seite eine Täuschung der auf dem Boden der Verfassung thatsächlich stehenden deutschen Opposition, die man unter der Versicherung bester Intentionen bezüglich der verfassungsmäßigen Reichseinheit in einen slavisierenden Reichsrat lockte, auf der anderen Seite eine Täuschung der Slaven, welche man mit scheinbar bereitwilligem Eingehen auf ihre staatsrechtlichen Pläne in die trügerische Hoffnung wiegte, ihr Eintritt in den verfassungsmäßigen Reichsrat sei nur eine leere, zu nichts verbindende Formalität, aber nötig, um daselbst an der voraussichtlichen Reichszersetzung mitwirken zu können.

Mit einem Wort- und Verfassungsbruche allein war es also möglich, ein System zu inaugurieren, das sich so vielseitige, umwälzende, verwickelte Aufgaben gesetzt hat.

Die Regierung und ihre neugeschaffene Majorität betraten den Boden der Reichsverfassung beide mit einer anderen Reservatio mentalis im Herzen. Daraus geht aber nur die eine allen Interessenten des gegenwärtigen Systemes gemeinsame Absicht hervor, die bestehende Reichsverfassung lediglich als das Stelldichein für gegen dieselbe gerichtete politische Pläne zu betrachten und zu benützen. Regierung und Majorität erblickten in der dem Reiche im Jahre 1867 gegebenen Verfassung einen Hemmschuh für die Erreichung ihrer endlichen Ziele, die Regierung wegen deren liberalen, die staatsrechtliche Majoritätspartei wegen deren zentralistischen Charakters. In der gemeinsamen Gegnerschaft gegen das von den Deutschen stammende Reichsfundamentalgesetz begegnen sich Regierung und Majorität, in allen übrigen Fragen gehen sie vielfach auseinander, geht jedes seine — eigenen Wege.

Die ganze Taktik des jetzigen Systemes und seiner parla-

mentarischen Majorität, aufgebaut auf einer doppelten Unwahrheit, beruht demnach auf dem Prinzipe gegenseitigen Mißbrauches, auf dem Prinzipe einer selbst im politischen Leben ans haarsträubende grenzenden — Unaufrichtigkeit. Kein Teil sympathisiert mit den Plänen seines parlamentarischen Alliierten oder billigt sie auch nur, aber jeder fördert doch widerwillig seines Partners Bestrebungen, um ein gleiches für die eigenen Wünsche zu erzielen.

Die Deutschen Österreichs haben sowohl als solche, wie als Anhänger der in der Verfassung ausgedrückten liberalen und staatseinheitlichen Grundsätze einem solchen Systeme die entschiedenste Opposition zu machen alle Ursache.

Graf Taaffe regiert darum auch gegen diese Deutschen, aber nicht etwa weil sie Deutsche sind, denn das sind ja die Alpendeutschen auch —, noch viel weniger wegen ihrer zentralistischen Auffassung des Reichsgedankens, denn diese teilt er im Stillen ja mit ihnen — er regiert gegen die Deutschen nur, weil er — die Slaven begünstigen muß und den Liberalismus einschränken will.

Jeder Verfolgungsakt gegen die Deutschen, jedes Zugeständnis an die Slaven war darum immer mehr als eine Balancierbewegung dieses von der Situation gebotenen politischen Schaukelsystems zu taxiren.

Wenn Graf Taaffe heute eine den slavischen nationalen Ausbreitungsgelüsten immer mehr Raum gebende Politik observieren muß, so ist daran neben den immer näher rückenden äußeren Verwicklungen die Logik der bereits geschaffenen Thatsachen schuld, welche auch einen Staatsmann zwingen können, auf einer betretenen Bahn weiter zu gehen, als man ursprünglich geneigt war.

Etwas anderes ist es mit den Konzessionen an die jede politische Situation mit gewohnter Geschicklichkeit uud Hinterlist ausbeutenden Klerikalen. Hier mischt sich in den Zug des rationellen Staatsmannes der Faktor persönlicher Befangenheit. Langsam aber sicher wußte Graf Taaffe sein Kabinett von allen Elementen zu befreien, welche auch nur einigermaßen als Schätzer freiheitlicher Staatsdoktrinen hätten gelten können. An der Stätte

der Schmerling, Hasner, Brestl, Glaser, Herbst, Unger u. s. w. schalten und walten heute die Schönborn, Falkenhayn, Gautsch und Konsorten, lauter Vollblutreaktionäre, welche nur mit Mühe ihr Wesen in das parlamentarische Gewand zu kleiden vermögen.

Daß dies dem Ministerpräsidenten eines parlamentarischen Staates gelungen ist, macht ihm alle, dem Parlament, keine Ehre. Auf diesen Zustand findet das geflügelte Wort des deutschen Parteiführers Herrn von Plener von dem „Niedergange der politischen Moral" seine wolberechtigte Anwendung.

Es ist eine ebenso bekannte wie charakteristische Erscheinung im politischen Leben aller Staaten und Nationen, daß der Verfall des öffentlichen Bewußtseins, der Niedergang nationaler Größe und staatlicher Macht immer durch das Auftauchen jener Gesellschaftsklassen gekennzeichnet wird, welche in der Geschichte der Menschheit die Rolle des Schwammes am kranken Baume zu spielen übernommen haben.

Adel und Klerus, die unzertrennlichen, sich immer verstehenden und ergänzenden Alba und Domingo der Weltbühne, sind stets zur Hand, wenn es irgendwo einen Posa zu verderben giebt.

Diese beiden Kasten kennen keinen anderen Aufbau der Gesellschaft als den, in welchem neben einer von ihnen abhängigen Krone die Herrschaft ihnen allein gehört. Die Weltgeschichte berichtet über das geistige und materielle Los, welches diese Art Volksbeglücker jenen bereitet hat, über deren Menschentum und Menschenrechte sie einer Anschauung huldigen, die zum geflügelten Worte für Bürger und Bauer geworden ist: „Der Mensch fängt erst beim Baron an."

Daß einem solchen Kastengeiste die Idee des modernen Rechtsstaates, der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze, der Freiheit der Meinungen, der geistigen Aufklärung, der Toleranz in tiefster Seele verhaßt sein muß, liegt ja in seinem Prinzipe.

Ein friedliches Nebeneinander aller Staatsbürger, ein gemeinsamer Wetteifer Aller zum Wohle des Allen gleich teuren Vaterlandes verträgt sich nicht mit dem Dogma, daß es nur wenige Herren und viele Knechte geben darf, mit dem Dogma des Oben und Unten im Staatsleben.

Es ist beschämend für das ganze lebende Geschlecht, daß die Aufwärmung der am Schlusse des vorigen Jahrhunderts befreiend ins Volk gedrungenen Lehren der Encyklopädistenschule am Ausgange dieses Jahrhunderts noch nicht zu den überflüssigen Bemühungen gehört. Es ist um so beschämender, weil der den ganzen alten europäischen Kontinent durchwehende reaktionäre Zug von jenen selbst verschuldet wird, gegen die er sich wendet.

Die Verflachung der politischen Fundamentallehre über Volksrechte, an deren Stelle opportunistische Staatstheoreme getreten sind, für die die Massen kein Verständnis haben, der um sich greifende Indifferentismus der Völker gegen jene hohen Güter der Menschheit, deren Erkämpfung einst so furchtbare Opfer die Vorväter gekostet hat, die im Sumpfe eines alle Schichten des Volkes durchdringenden Materialismus der Denkweise untergehende puritanische Bürgertugend — mit einem Worte, „der Niedergang der öffentlichen Moral" ist das selbstverschuldete Übel, zu dessen Heilung die bekannten „Retter der Gesellschaft" herbeieilen. In der That lagen seit lange die Aussichten für eine Rückwärtsstauung der Kulturbewegung nicht so günstig, wie im Augenblicke. Die Aufmerksamkeit aller bürgerlichen Stände ist vom Kampfe um nationale Rechte so gefangen genommen, daß ihr nicht Zeit übrig bleibt, das heranschleichende Gespenst der Reaktion, das alle gleich bedroht, ins Auge zu fassen. Was nicht im Banne des Nationalismus steht, treibt im trüben Wasser niedriger politischer Instinkte oder einer konfusen Demagogie. Sogar reaktionären Unterströmungen begegnen wir in den Schichten tiefster politischer Verkommenheit des Bürgertums.

Die Reaktion ist die gerechte Strafe, welche ein Volk trifft, das seinen eigenen Wert vergißt, sie ist das Fegfeuer, in welchem ein entartendes Volk Zeit findet, über das verlorene Paradies der Freiheit nachzudenken.

Die Reaktion ist das vom Himmel fallende Feuer, welches unter seiner Lava das Kulturwerk einer geschichtlich großen Zeit begräbt.

Über dem öden Felde kreisen dann die ahnenstolzen Geier,

während unten schwarze Maulwürfe eifrig nach verschütteten Schätzen graben.

Vielleicht liegt es im Plane der Weltgeschichte, daß das an seiner mittelalterlichen Erbsünde, krankende Europa noch eine Fieberkrise zu bestehen hat, noch einmal alle die schmachvollen Phasen menschenunwürdiger Zustände durchlaufen muß, die am Schlusse des vorigen Jahrhunderts mit einer greulichen Volkserhebung endeten, damit die Schaffung dauernder Rechtszustände, vernünftig organisirter Kulturstaaten doch einmal möglich wird. Begegnen wir doch sogar in dem auf seine konstitutionellen Rechte höchst eifersüchtigen ungarischen Staate leisen Anklängen reaktionärer Versuche. Die Straßenaufstände in Budapest anläßlich der letzten Wehrgesetzdebatte, der geharnischte Protest gegen den Versuch, Ungarn mit einer „Kalksburger" Jesuitenakademie zu beglücken, beweisen aber, daß das ungarische Volk sich besser auf den Schutz seiner Freiheit versteht.

Vorläufig werden indeß unsere Zeitgenossen Gelegenheit erhalten, noch einmal praktisch die verschwundene romantische Epoche der Mönch-, Ritter- und Zünftezeiten zu studieren. Wohlbekomms! Österreich wird am Ende die Ehre zu Teil werden, solch ein historisches Staatswesen für die Nachwelt zu konservieren, damit künftigen Geschlechtern anderer Nationen und Zonen eine Stätte des Studiums bleibe, da zu lernen, wie die Welt einmal ausgesehen hat.

Kehren wir von diesem erbaulichen Bilde, von dem wir hoffen wollen, daß es ein solches bleibt, zu unserem Gegenstande, der Definition des Systems Taaffe, zurück.

Dem früher geschilderten Systeme einer Regierung, deren Programm sie zu einer unsicheren Schaukelpolitik verurteilt, und deren Anhängerschaft von dubioser Verläßlichkeit und auseinanderstrebenden politischen Zielen steht gegenüber die im Laufe der Oppositionsjahre öfter schon in sich gespalten gewesene, selbst über ihren Namen nicht einige — deutschliberale Partei.

Obwol diese augenblicklich den Namen „Vereinigte deutsche Linke" führende Opposition an Kopfzahl eine der mächtigsten Minoritäten repräsentirt, welche je in einem Parlamente ein herrschendes System bekämpft haben, obwol sie über die illu-

streften, geistig wie staaatsmännisch hervorragendsten Parlamentskapazitäten verfügt, obwohl diese Opposition allein numerisch viel stärker ist als jede der politischen Parteien, welche zusammen den „eisernen Ring" der Majorität, die Stütze des für den Gang der letzten österreichischen Geschichte so verhängnisvollen Systems bilden, trotz alledem hat noch keine parlamentarische Minderheit, am wenigsten eine solche, die lange Jahre regierende Partei desselben Staates war, sich zu so kläglicher Rolle verurteilt gesehen, und noch keine Regierung hat sich einer so platonischen Opposition zu erfreuen gehabt.

So wie wir die Situation kennen, ist dem System Taaffe mehr zu seiner Opposition als zu seiner Regierungsmajorität zu gratulieren. Wo wäre wohl das System und alles, was drum und dran hängt, bestände die Opposition ceteris paribus anstatt aus Deutschen — aus Magyaren?

Und wie weiß Graf Taaffe die Loyalität, die würdige chevalereske Haltung dieser in ihrer Art einzigen Opposition zu lohnen?

Vor allem dadurch, daß er von Anfang an bemüht war, dieselbe in den Verdacht der Reichsuntreue zu setzen, sie zu einer „factiösen" Partei zu stempeln, ihr das Kainszeichen des Irredentismmus auf die Stirne zu drücken. Aus dieser durch keinerlei Anhaltspunkte irgendwie begründeten Verdächtigung leitete man sodann die Berechtigung ab, dies angeblich reichsgefährliche Volkstum seinen nationalen Feinden zur Verfolgung auszuliefern, dessen politische Stellung im Reiche völlig zu untergraben.

Wie dankte Graf Taaffe seiner Opposition für die vielfach ihm gerade von derselben gewordenen Unterstützung bei wichtigen Staatsfragen?

Damit, daß er in das eigene Lager der Opposition den Zwiespalt einzuschmuggeln sich alle erdenkliche Mühe gab, daß er bestrebt war, unter demselben Präsente der Loyalitätsverdächtigung einen Teil der Opposition vom Parteilager loszureißen, um so die Opposition durch die Oppositionsabtrünnlinge zu deroutiren. Auch dabei wurde nicht ganz sauber manövriert. Man stellte ein echtes und ein unechtes Österreichertum als

These auf und wollte so gegenseitiges Mißtrauen im deutschen Lager großzüchten. Es fanden sich auch einige Ehrenmänner, welche dies Geschäft im deutschen Volke zu besorgen — wir wissen nicht um welchen Preis — übernahmen. Das war die Episode der Bauernbündelei und Wirtschaftspartei, mit Hilfe welcher man hoffte, jener einzigen politischen Partei den Garaus zu machen, welche den einheitlichen Staatsgedanken — niemals in Frage gestellt hat.

An der Gesinnungstüchtigkeit des deutschen Volkes in Österreich scheiterte übrigens dieses macchiavellistische Meisterstück.

Wir aber fragen, wie kommt das deutsche Volk in Österreich dazu, für die politischen Fehler seiner Parteileitung in einer zu den ernstesten Bedenken übrigens allen Grund bietenden Frage der äußeren Politik mit dem Verluste seiner politischen und nationalen Existenz zu büßen? Warum setzt man diese harte Bestrafung wegen eines aus Patriotismus entsprungenen Widerstandes auch dann noch fort, nachdem dieser Widerstand längst aufgegeben worden ist? Unversöhnlichkeit und eine alle Staatsklugheit überspringende Rancune scheinen da mit im Spiele zu sein. Man hätte ein so staatstreues Volk wie die Deutschen Österreichs nicht so tief in seinen Gefühlen verletzen und kränken sollen.

Die Wühlereien der wirtschaftsparteilichen Volksverführer waren kaum vom guten Geiste des deutschen Volkstums glücklich abgewehrt, als sich stellenweise neue ähnliche auf die Durchbrechung der Parteieinheit abzielende Bewegungen bemerkbar machten. So trachtete man an gewissen geeigneten Plätzen Nordböhmens eine deutsch-klerikale Partei großzuziehen (P. Opitz in Warnsdorf), das Deutschtum der Reichshauptstadt selbst soll dagegen durch den Antisemitismus und eine confuse Demagogie erstickt werden.

Zwiespalt ins deutsche Lager einschmuggeln, bleibt die Hauptsache.

Wenn wir auch nicht behaupten wollen, daß das System selbst an dem Auftauchen einer Bewegung vom Charakter der antisemitischen als geistiger Urheber betheiligt ist, so ist doch

diese Bewegung trotz ihres etwas anrüchigen Wesens der Regierung als Hilfsmittel zur Parteispaltung im deutschen Lager nicht unwillkommen. Für diese Annahme sprechen Beobachtungen, welche man gelegentlich der letzten Wiener Gemeindewahlen über das Verhalten der Behörden machen konnte. Der Zweck heiligt eben manches Mittel. Vom Antisemitismus bis zu den „vereinigten Christen", unter welchen auch Slaven Platz finden können — wodurch der deutsche Charakter der Partei überhaupt aufgehoben erscheint, — von solchen „vereinigten internationalen Christen" bis zu waschechten „ultramontanen Christen" ist ja der Sprung weder so weit noch unmöglich. Verriet doch Fürst Liechtenstein, dieser österreichische Windthorst, wenn der Vergleich mit dem hervorragenden reichsdeutschen Staatsmanne erlaubt ist, in einem unbewachten Augenblicke seiner letzten Reichsratsrede seine Sympathie mit dem antisemitischen Freischärlercorps der streitenden Kirche.

Zu dem aufs höchste hinauf versöhnten nationalen Kampfe hätte sich denn außer der Maulwurfsarbeit der Klerikalen, die indeß die Staatsschule fleißig unterminieren, auch noch ein kleiner Religionskrieg gesellt — jetzt nur rasch noch eine sozialistisch-communistische Parteibewegung heraufbeschwören und mit dieser vielleicht auch zwei bis drei Reichsratsmandate geschmückt, dann wäre die Quadratur des Zirkels für das Muster eines constitutionellen Ministeriums gefunden.

Es hat uns auf das Höchste belustigt, den Verfasser des „Neue Bahnen" mit naivem Ernste versichern zu hören, daß Graf Taaffe kein parlamentarischer Minister im eigentlichen Sinne sei. Das ist er bei Gott nicht. Er und seine ministeriellen Helfershelfer haben fürwahr ein ganz anderes Mandat als — liberale Staatsgrundsätze zu wahren und zu verteidigen, womit sich ja seine wackere Opposition zur Genüge beschäftigt, als den Hüter des Parlamentarismus zu spielen, welcher ihnen so viele schwere Stunden bereitet.

Wir wundern uns nur über die Gutmütigkeit aller der österreichischen Parlamentsgruppen, die gar nicht zu ahnen scheinen, daß sie eigentlich wie dazu geschaffen sind, ein echtes Taaffesches Parlament zu bilden.

Unbesorgt steht der schwindelfreie politische Schwarzkünstler auf seiner selbstgeschaffenen Parlamentsschaukel mit der reaktionären Balancierstange in der Hand, je nach Bedarf bald den einen, bald den anderen Wagebalken niederdrückend, dabei nur darauf bedacht, daß ja keine Volkspartei allzu mächtig werde und seine auf Zersplitterung der Kräfte basierende Herrschaft gefährde. Mit Recht darf der Verfasser des „Neue Bahnen" sagen, dies System sei bequem und erprobt. Es ist bequem, so lange die Parteien der Regierung den Gefallen thun, sich anstatt sie zu befehden, es ist erprobt, denn es beruht auf dem alten österreichischen Wahlspruche „Divide et impera".

Das System Taaffe hat sich auch, nach oben hin wenigstens, bewährt. Es hat dem Reiche keine Provinzen gekostet, sondern sogar um zwei Provinzen dasselbe bereichert (sic!), es hat auch dem äußeren Frieden sich förderlich erwiesen durch die Aufstellung einer zwar am Marke der Völker zehrenden, dafür aber bündnisfähigen großen Armee, es hat dem Reiche dadurch zu einem vorteilhaften Bündnisse verholfen, es hat auch ein Vollparlament zu Stande gebracht, das allerdings eher einem Konvent kriegführender Nationen ähnlich sieht als einer Reichsvertretung, dafür aber die gute Eigenschaft besitzt, zu jeder Einmischung in die eigentlichen Regierungsgeschäfte unfähig zu sein und nur als Bewilligungsmaschine für Geld- und Wehrbedürfnisse des Reiches zu dienen. Dies System hat die angestammte regierende Kaste endlich wieder in die Lage versetzt, autochtone Politik treiben zu können wie in der guten, alten Zeit.

Einem solchen Systeme müssen volkstümliche Parteien mit zielbewußtem Auftreten, mit einem zu Gesinnungshandel abgeneigten, unbeugsamen Aktionsprogramme, Parteien von streng parlamentarischem Charakter und von modernen Rechtsstaatsidealen erfüllt, sehr — — unbequem sein. Ein solches System rechnet mit der Prinzipienlosigkeit der Regierten, mit deren Geneigtheit, vom eigenen Parteistandpunkte, soweit ihn das Mandat umschreibt, so viel abzuweichen, als es der Regierung beliebt und paßt. Für die Verleugnung

der Parteistandpunkte erhält dann jede solche Partei ein kleines Zugeständnis zu Gunsten ihrer Sache. Die Summe aller dieser Zugeständnisse darf aber nicht geeignet sein, das eigentliche Staatsprogramm der autochtonen Regierung zu alterieren. Die Regierung selbst verfolgt ein Programm, welches von dem aller Parlamentsparteien zusammen und jeder einzelnen vollkommen unabhängig und verschieden ist. Wie die einzelnen parlamentarischen Parteiführer ihre mageren Erfolge vor ihren Wählerkreisen motivieren, darüber zerbricht sich die Regierung den Kopf nicht. Wenn nur die Regierungsvorlagen, deren Bewilligung durch das Parlament leider das konstitutionelle Prinzip vorschreibt, unter Dach und Fach gebracht sind, wenn nur das Budget und die stets neuen Heeresbedürfnisse gedeckt sind und man noch Zeit gewann, irgend ein kleines Gesetzchen rückschrittlicher Tendenz glücklich dem Parlamente zu entwinden, hat man ja wieder ein Jahr lang Muße, nach Mitteln zu sinnen, wie der Parlamentarismus noch gründlicher unschädlich gemacht werden könnte.

Allerdings wird ein solches System wenig Zufriedene schaffen — und dem ist auch so. Indeß rührt dies den Schöpfer dieses Systemes so lange nicht, als seine Kalkulationen von der allgemeinen Mißvergnügtheit unberührt bleiben, in welchem Falle er sich beeilt, den schlimmsten Mahner mit einem Brosamen zum Schweigen zu bringen. Im übrigen sieht er gleichmütig die zentrifugalen Kräfte des Reiches an Macht, Ansehen, Ausdehnung und Übermut wachsen, mit Behagen die alte deutsche Staatspartei an Einfluß und Spannkraft verlieren, zusammenschmelzen und schwinden, mit Wohlwollen die klerikale Internationale aus langer politischer Ohnmacht zu neuem Leben erwachen und die bekannte volksfreundliche Arbeit wieder aufnehmen.

Wir glauben nur an einen Lieblingsgedanken der Ära Taaffe-Gautsch-Schönborn, *das ist die Vernichtung des Liberalismus*. Insoweit dieses Prinzip der Gesetzgebung die Deutschen Österreichs zu seinen wärmsten Anhängern zählt, hat sich der Kampf um dies Staatsideal zu einem Kampfe gegen das Deutschtum zugespitzt, weil ja gerade die deutsche Oppo-

sition es ist, welche die Regierung hindert, den Parlamentarismus auf ein Niveau ihres Geschmackes herabzudrücken. Dazu kömmt nun der Slavismus ganz à propos.

Wir resümieren darum unsere Analogie des Systems Taaffe in dem Satze:

„Slavische Politik kultiviert das System Taaffe nur aus höherer Staatsraison mit Rücksicht auf die Orientmission Österreichs, das eigentliche Programm dieser Regierung steckt im Portefeuille des Prinzen Liechtenstein."

Der Effekt dieses Systems für das liberal denkende deutsche Volk in Österreich bleibt dabei derselbe. Ihm droht von dieser Ära nationaler und politischer Untergang zugleich. Mit erschreckender Zielbewußtheit hat der für das liberale Deutschtum Österreichs so verhängnisvolle Staatsmann dasselbe zwischen seinem unversöhnlichen Feinde, dem Slaventum, und seinen treulosen klerikalgesinnten Stammesgenossen der Alpenländer in fürchterlicher Enge eingekeilt. Jedes nationale Brudergefühl verleugnend in den Stunden der Not, stürmen deutsche Stammesgenossen, von römischen Mönchen geführt, von selbstsüchtigem Adel irregeleitet, auf einen bedrängten Bruderstamm ein, an der Seite von Rassenfeinden, welche in jedem Deutschen — den Deutschen hassen, gleichviel zu welchem Gott er beten mag.

Das ist ein Schauspiel tiefster Schmach für die ganze große deutsche Nation und bleibt nicht zurück hinter so mancher Schattenseite, mit der das deutsche Volk seine Geschichte befleckt hat. Nur diese traurige nationale Zerrissenheit der Deutschen Österreichs hat es ermöglicht, daß ein deklarirt antideutsches Regime sich in Österreich für längere Zeit behaupten konnte. Nur dieser traurigen Spaltung im eigenen Volke ist es zuzuschreiben, wenn man heute laut verkünden darf, das Deutschtum sei ein Hindernis für die Fortentwicklung Österreichs, welches um jeden Preis beseitigt werden müsse, wenn man es heute wagen darf, die Deutschen Österreichs vor die Alternative zu stellen, entweder die nationale Idee und den liberalen Staatsgedanken ganz aufzugeben oder der äußersten Bekämpfung mit allen Mitteln einer Regierungsgewalt sicher zu sein.

Eine politische Partei, die ihr Programm im Wesen aufgiebt, ist schon so viel wie — tot und thäte dies die deutsche Opposition, dann hätte sie, wie der Verfasser im Punkte IV seiner These behauptet, allerdings ihre Existenzberechtigung als politische Partei in Österreich eingebüßt.

Man muß aber seiner Sache in maßgebenden Regierungskreisen schon sehr sicher sein, wenn man, wie es mit der Broschüre „Neue Bahnen" geschah, die Zeit für gekommen erachtet, den Deutschen Österreichs einen letzten wohlmeinenden Wink zukommen zu lassen, entweder ihrem weiteren Widerstande gegen die Bildung eines slavisch-katholischen Österreich zu entsagen oder einer Behandlung als Reichspreisgeber gewärtig zu sein.

Das historische Österreich, in dem Deutsche nicht nur möglich waren, sondern jahrhundertelang das staatserhaltende Element zu bilden von auch österreichischen Regierungen berufen wurden, ist also bereits nicht mehr.

Der Vorhang fällt bereits vor der Verwandlung, welche ein Österreich mit neuer Devise der erstaunten Mitwelt enthüllt. Das also wäre nach zehnjährigen Parlamentskämpfen und beharrlicher Leugnung der Grundabsicht glücklich herausgeschaukelt worden.

So wenigstens treten die gegenwärtigen Herren der Situation auf, als ob dies alles schon zur Thatsache geworden wäre.

Was haben nun alle die von tiefer Bekümmernis um des Reiches Zukunft beseelten Bitten und Beschwörungen, alle die Aufschreie patriotischer Besorgnis aus dem Munde der um das Reich hochverdientesten Staatsmänner, der illustresten Geister auf dem Gebiete österreichischer Politik und bewährtesten einstigen Ratgeber der Krone genützt? Nichts.

Was fruchtet eben alle noch so aufrichtig gefühlte und geäußerte patriotische Betrübnis um eine gefährdete alte, ehrwürdige Staatsidee, wenn letztere an maßgebendster Stelle aufgegeben ist? Die Unterthanentreue fordert, sie mitaufzugeben, ja sogar sich selbst mitaufzugeben, weil es die neue Staatsform so verlangt.

Dies ist der Schlüssel zur Situation, vor

welcher die Deutschen Österreichs im Zeichen der Taaffeschen Ära stehen.

Die Lage der Deutschen Österreichs in diesem trostlosen Bilde gezeigt zu haben, ist das Verdienst des geheimnisvollen Verfassers der „Neuen Bahnen" und in diesem Sinne darf man auch dem bedenklichen Ratgeber dankbar sein.

III. Die Rechnungsfehler des Systems.

Dem leitenden Staatsmanne des gegenwärtigen Systems österreichischer Regierungskunst mag es, das wollen wir gerne glauben, anfangs nicht so sehr darum zu thun gewesen sein, alle politischen Gegensätze des Reiches mit Vehemenz auf die Spitze zu treiben. Seinen Intentionen würde gewiß ein Schaukelsystem, wie wir es darzustellen versuchten, mehr behagt haben, ein System, — wobei es dem Regime gelungen wäre, alle nationalen Regungen zu neutralisieren, dieselben durch ein national geschlechtloses Österreichertum zu ersetzen, die sprachliche Trennung der verschiedenen Völker des Reiches höchstens zu deren politischer Lahmlegung zu verwerten und — was die Hauptsache bleibt — dazwischen durch ein bischen in Reaktion zu machen.

Wir glauben damit dem Herrn Grafen Taaffe aus dem Herzen gesprochen zu haben.

Leider ist nur der genannte Staatsmann trotz aller seiner Begabung für solch ein Geschäft doch nicht im Stande, alle diese gewaltigen auseinanderstrebenden Volksmassen seinen Zwecken vollkommen dienstbar zu machen, sie gewissermaßen in bloße Schachfiguren seines ingeniösen politischen Spielplanes zu verwandeln, die man nach Belieben verschieben kann. Diese Schachfiguren haben Leben und gehen trotz der gouvernementalen Zwangsmaßregeln jedes seine eigenen Wege. In Folge dessen wird das Gleichgewichtsverhältnis der österreichischen Parlaments-

wage je länger, je ärger alteriert und der ausgleichende Faktor für dies immer ernster gestörte Gleichgewicht im Staatsleben verliert allmälig die Kraft, die immer mächtiger ausgreifenden Schwingungen zu paralysieren.

Dasselbe Prinzip, welches erst eine angenehme Unterstützung des Systems war, wird successive eine Quelle der Gefahr. Die bewegende Kraft überträgt sich zusehends vom Schaukler auf die Geschaukelten, d. h. die Slaven sind nicht auf die Dauer für eine Politik der Brosamenerfolge zu gewinnen und fordern ihre vermeinten historischen Rechte, fordern endlich den Lohn, um dessentwillen sie dem Rufe ihres Meisters gefolgt. Die klerikalen Söldlinge des Systems begehren endlich mit Ungestüm ihren Judaslohn für den Verrat am eigenen Blute, jenes Reichselement aber, welches sonst die Richtgleiche des Staatssystems zu besorgen hatte, das freisinnige deutsche Volk, hat die Regierung schon viel zu sehr geschwächt, als daß es jenes Gegengewicht bilden könnte, wie in früherer Zeit.

Die „schiefe Ebene" ist fertig, auf welcher das System selbst ins Rutschen kommen muß.

Graf Taaffe hat sich offenbar eine slavische Mission Österreichs ganz anders vorgestellt, als sie sich jetzt gegen seinen Willen und seine Macht entwickelt; er rechnete dabei mit den Prämissen einer von dem Fortschritte der Zeiten längst überwundenen Staatskunst. Graf Taaffe dachte sich, es werde genügen, dem nationalen Chauvinismus der Czechen und Slovenen etwas freieren Spielraum zu gewähren, um diese slavischen Bevölkerungsschichten in die selbstvergessensten österreichischen und blinddreingehendsten Zentralisten Taaffeschen Stiles zu verwandeln. Es schwebten offenbar der Phantasie der Regierungskreise solche Musterslaven vor, wie die Kroaten der 1848er Revolutionsepoche, auf deren ritterliche Tugenden man bei jeder Gelegenheit hinweist. Wir wissen aber auch so beiläufig, warum die ehrenwerten Kroaten von damals so fanatische Austromanen gewesen sind. Gings doch gegen die verhaßten rebellischen Schwaben in Wien und die ebenso verhaßten Magyaren in Ungarn. Die Austroslaven von heute sind aber keine Kroaten von anno dazumal. Die Austroslaven der Gegen-

wart sind sehr selbstbewußt gewordene, nur ihr Volksinteresse ins Auge fassende Reichsangehörige. Die Monroe-Doctrin ist ein Gemeingut aller Nationen der Erde geworden, jedes Volk setzt den eigenen Namen an die betreffende Stelle dieses Weltlehrsatzes. Wenn es dort heißt „Amerika den Amerikanern", sagt man hier „Böhmen, Mähren, Schlesien und, wenns geht, noch etwas mehr — den Czechen; Krain, Görz, Istrien, Kärnten und Steiermark den Slovenen" u. s. w. Es ist nun allerdings trotz dieser ins Slavische transferierten Monroe-Doctrin dem System Taaffe zehn Jahre lang gelungen, den staatsrechtlichen Fieberwahn der Austroslaven mit homöopathischen Dosen autonomischer Konzessionen zu kalmieren. Dies dankt Graf Taaffe, was die Czechen angeht, lediglich dem Einflusse der gegenwärtig noch die parlamentarische Majorität des czechischen Volkes repräsentierenden sogen. Martinitz-Riegerschen Partei, welche ihre ultra-nationalen Tendenzen unter dem Deckmantel scheinbarer Rücksichten auf das Reichsganze vorzüglich zu bergen weiß. Diese Partei hat überdies das Gute, daß sie auch im Punkte konstitutioneller Freiheiten zu Konzessionen an ihren sogen. historischen Adel und den für nationale Propaganda unentbehrlichen Klerus geneigt ist. Auch von Seiten der Slovenen drohen dem System vorläufig noch keine die Reichseinheit in Frage stellende Begehren. So weit sind die Slovenen noch nicht. Das gleiche gilt von den gegen den Italianismus ins Feld geschickten Küstenslaven. Die ganze südslavische Vorstoßbewegung, welche es mit zwei nationalen Gegnern, den Deutschen und Italienern, zu thun hat, ist trotz aller staatlichen Förderung noch nicht soweit fortgeschritten, daß dieselbe staatsrechtliche Formen annehmen kann. Nun, das kann ja noch kommen. Die „Polen" bilden auch im Taaffeschen System einen zwar durch seine unaufhörlichen finanziellen Querelen lästigen, aber sonst im Sinne der Reichsintegrität ungefährlichen ministeriellen Hausfreund. Die Polen machen seit Jahren bei allen Systemen und Regierungen die besten Geschäfte, und wenn nur jede für das Reich wichtige Abstimmung im Abgeordnetenhause irgend ein kleines oder noch besser großes Profitchen dem teuren polnischen Reichslande einträgt, so lebt dies Völkchen ohne Sorgen.

Die Polen waren bisher in jedem Ministerium vertreten. Die hohe Bureaukratie zählt ihre polnischen Namen nach respektabler Ziffer, die polnische „Delegation" zwingt dem ganzen Reiche unbequeme Gesetze auf, von denen sie ihr Land ausnimmt, und empfängt für diese reichsbrüderliche Liebe jede materielle Unterstützung auf Regimentsunkosten, deren das ewig passive Land immer vonnöten hat. Dies Polen steuert zum Reiche weder in ökonomischer, noch kultureller, noch legislativer, noch politischer Richtung etwas Ersprießliches bei. Aber seine Reichsratspartei dominirt die Lage, mißbraucht und vergewaltigt alle anderen Völker Österreichs — denn keine Regierung kann ohne die Polen regieren, so lange Polen eben einen österreichischen Reichsrat zu beschicken hat.

Daß diese Polen mit jeder österreichischen Regierung gehen, die diese beschriebene Stellung respektiert und dem zivilisatorisch und finanziell am tiefsten stehenden Lande des Reiches die günstigste politische Position zum Nachteile aller anderen einräumt, ist begreiflich. Wo in der Welt erfreuten sich Polen einer so exceptionell vorteilhaften politischen Lage wie in Österreich? Die österreichischen Polen leben von der Verlegenheit jeder österreichischen Regierung und dem Zwiste der anderen Nationen des Reichs. Diese Konstellation verstehen sie meisterlich zum eigenen Vorteile auszubeuten und selbst in einem eigenen Jagellonen-Königreiche könnten sie nicht so glücklich sein. Denn da müßten sie für die Bedürfnisse ihres Staatswesens selber aufkommen.

Soweit stände also alles noch ganz vortrefflich für das bestehende Regierungssystem. Denn wenn auch Recht und Gunst bei diesem Systeme sich durch eine sehr ungleiche Verteilung auszeichnen, so ist doch die das System stützende Majorität mit ihren bereits befriedigten oder noch befriedigungsbedürftigen Interessen an das System angewiesen, da keine Aussicht vorhanden ist, daß sich eine zweite Regierung finden wird, welche in dem Ausmaße politischer Zugeständnisse einen mit der historischen, politischen, kulturellen und nationalökonomischen Stellung der Begünstigten so im Widerspruche stehenden Weg gehen wird. Die Polen haben alles, die Czechen und Slovenen sehr

vieles, die Klerikalen so manches diesem System zu verdanken. Es wundert uns darum gar nicht, daß diese seltsame Allianz der österreichischen Majoritätsgruppen bisher so verständnisinnig zusammenhielt.

Der Rechnungsfehler des Taaffeschen Regime's liegt eben nicht in den Zuständen, wie sie momentan sich ergeben, sondern in den Folgen seiner Regierungsmethode, die unausbleiblich sind.

Graf Taaffe hat bei seinem sehr verwegen angelegten Plane ein Moment völlig außer Acht gelassen, das ist — die große nationale Bewegung ganz Europas. Diese mächtige Bewegung der Geister, von der heute der politisch so überaus regsame, weltgeschichtlich bedeutendste Kontinent des Erdballes ergriffen ist, hat der gegenwärtige Staatsmann des polyglottesten Reiches Europas in verhängnisvoller Weise unterschätzt. In einer solchen Zeit regt man nicht in einem vielsprachigen alten Staate von oben herab den tollsten Nationalkampf an. In einer solchen Zeit regiert man nicht so, daß alle nationalen Elemente den Mangel nationalstaatlicher Einheit empfinden lernen.

Der ärgste Feind Österreichs könnte dieser Monarchie kein sichereres Zersetzungsgift einimpfen als gerade dieses.

Man müßte uns erst beweisen, daß alles, was an staatsumwälzenden Begebenheiten in Europa sich im Laufe der letzten Jahrhunderte vollzogen hat, nur irrtümlicherweise auf nationale Motive zurückgeführt wird, ehe wir bereit wären zu dem Bekenntnisse, daß unsere Beurteilung der Taaffeschen Ära eine falsche sei.

Unserer Überzeugung nach spielt der gegenwärtige österreichische Staatsmann mit Feuerbränden. Sehen wir uns doch das politische Verhalten der durch die Taaffesche Ära urplötzlich zu solcher Bedeutung gelangten österreichischen Slaven etwas näher an.

Man muß ja diesen slavischen Nationalgruppen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, zuzugeben, daß sie aus dem Endziele ihrer politischen Bestrebungen bei aller opportunistischen

Haltung gar kein Geheimnis machen, daß sie auch in der Verfolgung ihrer letzten Ziele sich durchaus weder von Rücksichten auf andersprachige Bewohner des Reiches noch auf die österreichische Staatseinheit stören lassen.

Ihre staatsrechtlichen Ziele unverrückt im Auge, streben sie alle gemeinsam und jede Gruppe für sich einer solchen Umgestaltung der Monarchie zu, welche die Bildung einzelner slavischer Nationalstaaten auf Kosten der Reichseinheit ermöglicht. Es ist dies ein gesunder nationaler Egoismus, der sich an jeden Vorteil klammert, wie ihn die jeweilige innere und äußere Lage des Reiches bieten mag, ein Egoismus, der auch keine Skrupeln kennen würde, irgend eine gegebene Situation ohne Rücksicht auf das Reich zum eigenen Vorteile gierig aufzugreifen.

Vorläufig trachtet diese slavische Union ihre Bestrebungen dadurch mit der österreichischen Staatsidee im Rapport zu erhalten, daß sie die dynastische Loyalität als das reichsverbindende Moment hinstellt.

Das sind billige Zugeständnisse unserem Ermessen nach. Genug an dem, die Czecho-Slaven betraten den Boden der Reichsvertretung an der Hand ihrer Rechtsverwahrung, sozusagen als Stände eines historischen Königreichs, die nur gekommen sind, sich vom Reichstische ihre Landeskrone zu holen. Zeithammer, der geborene Steyrer und heute der Melanchton der czechischen Nation, nennt dies das „logische Resultat einer tausendjährigen Geschichte". Die Annahme eines solches Standpunktes seitens der die Geschicke Österreichs übernehmenden Regierung bezeichneten wir ja darum als Verfassungsbruch. Denn entweder giebt es ein Kaisertum Österreich oder so und so viel Königreiche, Markgrafschaften, Herzogtümer u. s. w.

Mit der Acceptirung dieses staatsrechtlichen Standpunktes war die Reichsvertretung als solche nicht mehr zu Recht bestehend, sie war eine neue österreichische Konstituante geworden, in welcher jede nationale Partei, ohne sich dem Reichsgedanken gegenüber irgendwie verpflichtet fühlen zu müssen, nur Länder-

politik auf Reichskosten betreiben konnte. Und so geschah es auch. Ein Glück für das Taaffesche System war es nur, daß alle diese Länder nationale Minoritäten hatten, welche den staatsrechtlichen Bestrebungen der Ländermajoritäten mit allen Kräften sich entgegenstemmten. In Böhmen führte dieser Kampf bis zum Austritte der Deutschen aus dem böhmischen Landtage. Die sprachliche Gemischtheit der mit historischen Staatsrechten ausgestatteten Länder kam dem System Taaffe zu gute, welches sonst kaum so lange den Erfolg an seine alle Leidenschaften aufreizende und keinen befriedigende Regierungstaktik hätte fesseln können.

Allerdings macht sich in den letzten zwei Jahren der Taaffeschen Ära, wie es bei solchem Stand der Dinge nicht anders kommen kann, in allen Lagern eine radikalere Strömung bemerkbar. Ein System, das sich der Welt als Erlöser von allen politischen Schmerzen laut verkündete, das sich den Beruf der Versöhnung aller Gegensätze beimaß, ist heute bereits glücklich dabei angelangt, alte Schmerzen nicht gestillt, aber neue geschaffen zu haben, keinen Gegensatz gelöst, aber alle ins Extreme verschärft zu haben.

Ein Zug „schärferer Tonart" weht durch alle Lager des Reiches. Alle Parteien haben Ursache, einem Kabinette zu grollen, das von den vielen politischen Wünschen nicht einen ganz befriedigt hat, alle Völker haben Ursache, ihren Vertretern im Reichsrate schlechten Dank zu wissen für die erfolglose Sachwaltung ihrer Interessen. Eine allgemeine höchste Mißvergnügtheit, verbunden mit dem unwilligen Drange nach irgend einer Entscheidung, hat sich des ganzen Reiches in allen seinen Teilen bemächtigt.

Diese Unzufriedenheit der Völker Österreichs mit dem eigenen Lose würde ganz gut zu den Plänen des Regime's passen, wenn sich die Wucht des Unwillens gegen den Parlamentarismus als solchen richten wollte. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Die Völker Österreichs, gleichviel welcher Zunge, wissen recht wohl, daß nicht das parlamentarische System der Vorwurf der Nichtbefriedigung so vieler legislativer, handelspolitischer und anderer Volksbedürfnisse trifft, daß nicht der

Parlamentarismus an der reaktionären Richtung der ganzen Staatsverwaltung schuld ist. Die Beeinträchtigung der Volksrechte stammt ganz wo anders her und darum richtet sich auch der Unwille der einzelnen Parlamentswahlkreise nicht gegen das Prinzip der Volksvertretung, sondern gegen den Mißbrauch der Volksvertretung.

Bezeichnend für das Taaffesche System bleibt es, daß diese „schärfere Tonart" nicht etwa bei der Opposition nur als Notwendigkeit gefühlt wird, sondern daß fast jede Partei der regierungsfreundlichen Majorität des Abgeordnetenhauses heute unter dem Drucke einer aus ihren Wählerkreisen immer mächtiger hervorquellenden Bewegung zur „Verschärfung des Parteigedankens" steht.

Die jungczechische Bewegung, schon heute der Ausdruck des wahren czechischen Volkswillens, ist ebenso ein Symptom des wachsenden Radikalismus aller Parteien, wie die schärfere Tonart, zu welcher nun sogar ein Teil des klerikalen Lagers greift. An seinen Früchten kennt man das System.

Man ersieht aus dieser Erscheinung radikaler Strömung in allen Lagern, daß es eigentlich keine Regierungspartei giebt, d. h. eine mit dem Programme der Regierung und den von ihr geschaffenen Zuständen einverstandene Majorität der Reichsvertretung.

Überall nur Begehrende, keine Befriedigten, und selbst die, welche das System unterstützen, thun dies nur in der Hoffnung, dasselbe durch die beständige Zwangslage, in welche sie das Kabinett versetzen, zu beseitigen und ein Staatenföderativsystem an dessen Statt einstellen zu können.

Darin besteht eben der eine Rechnungsfehler des „Versöhnungsministeriums", daß es aus seiner eingebildeten Stellung über den Parteien im Verlaufe der Begebenheiten immer mehr zum Vollzugsorgan jener Parteien wird, die es zu seinen Zwecken mißbrauchen wollte. So wird vielleicht Graf Taaffe wider Willen ein österreichischer Aksakoff werden. Die Klerikalen werden ihm aus diesem Dilemma kaum helfen, denn die machen nur römische Geschäfte.

Der andere Rechnungsfehler des gegenwärtigen Regime's

besteht in der falschen Beurteilung des slavischen Charakters, der Folgen des politisch erstarkenden Slavismus.

Wie es mit den Fortschritten des Slaventums in der cisleithanischen Reichshälfte bestellt ist und welches die weiteren noch zu erreichenden Ziele der Slaven Österreichs sind, darüber geben uns zwei Reden der letzten Zeit genügenden Aufschluß. Die eine hielt ein deutscher Parteimann im Reichsrate, Baron Dumreicher, die andere ein slavischer Parteimann, Dr. Zeithammer, in einem czechisch-politischen Verein.

Der eine Redner weist nach, wie erschreckende Fortschritte die Ausbreitung des slavischen Machtbereiches unter dem neuen Systeme bereits erzielt hat, und illustriert mit seinen Enthüllungen in überzeugendster Weise die Verluste, die desolate Lage des Deutschtums in Österreich.

Der andere Redner findet zwar, daß die Czechoslaven während der letzten zehn Jahre manche nationale Errungenschaft zu verzeichnen haben, besonders das bedeutend entwickelte nationale Schulwesen sei eine solche unleugbare Errungenschaft, indes bleibe insolange alles zu wünschen übrig, als der böhmische Landtag nicht über die ihm zukommende legislatorische Kompetenz verfüge. Darum hält Zeithammer das Aufgeben der Abstinenzpolitik für voreilig, das Betreten des Bodens der Reichsverfassung für einen Fehler. Man hätte den staatsrechtlichen Protest aufs äußerste treiben sollen, sagt er, bis die ganze österreichische Regierung und behördliche Verwaltung lahmgelegt worden wäre.

Das sind jüngste Worte aus dem Munde des Spiritus familiaris jenes Exekutivkomités der Rechten, welches mit der Taaffeschen Regierung die Haltung der Reichsratsmajorität bei Regierungsvorlagen feststellt.

Wie kärglich die nationalen Fortschritte der Slaven beschaffen sind, hören wir aber von einem Kenner österreichischer innerer Zustände, zugleich dem gewandtesten Verfechter der deutschen Sache in Österreich, etwas genauer, und dies ist der Abgeordnete Baron von Dumreicher.

Aus seinen statistischen Darstellungen ersehen wir, daß alle Klagen der Slaven über noch zu geringe Berücksichtigung

ihrer Interessen nur ebensoviele Beweise ihrer nationalen Unersättlichkeit und Herrschsucht sind. Leider hat diese Art „politischen Bauernfanges" noch ihre Erfolge, zwar nicht in Österreich, wo man nur zu fühlbar von der Unwahrheit dieser Angaben überzeugt wird, sondern im Auslande, wo man noch immer an eine Defensive der Slaven gegen deutsche Hegemoniegelüste glaubt, während heute thatsächlich die Deutschen Österreichs kaum besser daran sind, als ihre Konnationalen in den russischen Ostseeprovinzen.

Das Prinzip „Quod fecisti nega" scheint eben nicht nur in der kriminalistischen Praxis sich zu bewähren, wenn man nur konsequent bei der Lüge bleibt.

Baron Dumreicher weist an der Hand von unbestreitbaren Thatsachen nach, daß heute bereits ganz Südösterreich (Krain, Istrien, Görz, ein Teil Kärntens und Steiermarks) der Slovenisirung verfallen ist. Ja sogar in slovenische Landesteile, deren Bevölkerung aber mit ihren deutschen Landesleuten in Frieden leben will, werden südslavisch-nationale Agitatoren unter behördlichem Schutze entsendet, um aus ruhigen Staatsbürgern ein national aggressives Element zu machen. Man sieht daraus, daß dem Regime daran liegt, das deutsche Volkstum überhaupt überall, wo es geht, zu verdrängen und auszumerzen, daß es gewissermaßen von den Slaven die Verdrängung der deutschen Mitbürger als eine Art staatsbürgerlicher Pflicht verlangt. Die slovenische Nation mußte sogar zu diesem Zwecke erst aus dem Zustande des Unbewußten zu politischem Dasein geweckt werden. Die Regierung erfand über Hals und Kopf eine neue slovenische Amtssprache zu diesem Zwecke. Als die von der Regierung in Fluß gebrachte südösterreichische slavische Bewegung einigermaßen erstarkt war und sich selbständig zu rühren begann, stellte sich die Regierung als die Überraschte und versicherte die plötzlich einem nationalen Feinde gegenüberstehende deutsche Ureinwohnerschaft jener Länder, nun seien die Slovenen eben da, die Gerechtigkeit erfordere, daß man dem slavischen Mitbewohner gleiches Recht in Amt und Schule gebe, d. h. Amt und Schule slavisiere. So macht man aus deutschen Ländern slavische Länder.

Es geht eben alles, wenn man Regierung ist. Die raschere Slavisierung erzielt die Regierung dadurch, daß sie in alle öffentliche Ämter und Behörden entschiedene Slovenen, resp. Czechen einsetzt. Ebenso wird in dem Priester-, Advokaten-, Ärzte-, Notar- und Lehrerstande das slovenische- resp. czechische Element bevorzugt. Dumreicher brachte dem Reichsrate die unglaubliche Thatsache zur Kenntnis, daß sogar der einzige Inspektor für deutsche Schulen der Gottscheeer Sprachinsel ein fanatischer Slovene ist. Der wird dafür sorgen, daß die letzte Sprachinsel verschwindet. Der Staat scheint überhaupt nur noch auf slavische Verwaltungsorgane zu reflektiren. Der deutschen Jugend wird dadurch ihre Zukunft einfach verkümmert, der Weg zu öffentlicher Wirksamkeit im Staate bleibend verlegt und so die Versklavung der nächsten Generation vorbereitet. Das Deutschtum ist nur noch im Handelsstande, Bauernstande, Handwerkerstande haltbar. Der Adel, die Geistlichkeit, die Behörden und deren Beamtenkörper (Gerichts-, Steuer-, Post-, Telegraphen-, Eisenbahn-, Schulbehörden bis hinauf zu den Statthaltereien und Landesbehörden) alles steht im Dienste der slavisch-nationalen Sache und dieser Zustand ist die Signatur der Ära Taaffe geworden.

So wälzt sich denn wie ein versengender Erdbrand die Versklavung der Reichsbürger von Stadt zu Stadt, von Land zu Land. Von Amtswegen erscheinen die fanatischen slavischen Hetzkapläne, Beamte, Notare, Advokaten, Ärzte ꝛc. ꝛc. in deutschen Gauen und Gemeinden, sammeln dort alles einheimische slavische Element, das da jahrhundertelang friedlich und zufrieden unter seinen deutschen Mitbürgern lebte, zu einem nationalen Agitationsherde gegen die deutsche Ureinwohnerschaft. Bald erheben sich daselbst slavische Volkshäuser, Vereine, Schulen. Diesen folgen slavische Feste, Aufzüge mit gewohnter Reklame inscenirt, und bald kann man urbi et orbi verkünden, daß wieder ein deutscher Gau dem slavischen Nationalkörper soviel als erobert ist.

Auf diese Art wurde das Deutschtum aus ganz Krain hinausmanöveriert, heute erhebt das Slaventum sein Haupt

im ganzen Süden Österreichs, greift gegen Norden zu bereits bis in die Gegenden von Marburg und über die Karawanken hinweg ins Kärntnerland, im Westen langt die Slavenbewegung bereits mit gierigen Händen nach dem Görzer Gebiete, im Süden reibt sie sich an den istrischen Italienern. Erst vor wenigen Wochen sahen wir die alte Stadt Cilli Steiermarks in die Hände der Slovenen fallen. Überall sind noch starke deutsche Ansiedelungen vorhanden und die Verwaltung dieser deutschen Gaue wird immer auf Umwegen mit Hilfe der staatlichen Ingerenz in slavische Hände hinübergespielt. Aber so wird eben das slavische Sprachgebiet offiziell um Meilen vorgeschoben, indem man die Existenz jeder künstlich fabrizierten Slavenkolonie in deutschen Landen als Beweis sprachlicher Gemischtheit ausgiebt und daran die Staatspflicht knüpft, deutsches Land slavisch verwalten zu müssen.

Nicht besser geht es im Norden der Monarchie zu. In Böhmen, Mähren und Schlesien wütet ein ebensolcher nationaler Kampf zum kontinuierlichen Nachteile der Deutschen dieser Länder. Der deutsche Grenzwall, welcher das eigentliche slavische Sprachgebiet von der deutschen Reichsgrenze trennt, ist das Objekt der slavischen Vorstoßbewegung. Im Böhmerwaldgebiete, der Domäne des überaus deutschfeindlichen Fürsten Schwarzenberg — die Familie ist baierischer Herkunft — ist dank den Bemühungen und der an die Frohndienstzeiten erinnernden Allmacht dieses Böhmerwaldherzogs der Slavismus nahezu an der baierischen Grenze angelangt.

In den Elbeniederungen rückt das Slaventum beständig von Dorf zu Dorf vorwärts. Die Gegend von Lobositz bezeichnet da den nationalen Kampfplatz. Das Reichenberger Gebiet ist nicht mehr frei von einer eifrig schürenden slavischen Einwanderung. Gegen Osten hin ist der Slavismus gleichfalls in der Nähe des Grenzpfahles angelangt. Das ganze deutsche Sprachgebiet Böhmens, Mährens und Schlesiens ist slavisch durchsetzt und durchwühlt; daß die deutschen kleinen Sprachinseln in dem eigentlichen slavischen Gebiete ganz verschwunden sind, ist selbstverständlich. Der Fanatismus der Einwohnerschaften slavischer Orte läßt selbst die bescheidenste

Existenzform eines Deutschen nicht zu. Es giebt im ganzen Böhmenlande nur noch zwei slavische Städte, wo deutsche Minoritäten ihr wenig beneidenswertes Dasein fristen: Prag und Pilsen. In Prag hat die Ära Taaffe das Deutschtum von zirka 80 tausend auf 30 tausend Seelen sinken gemacht.*) Auswanderung und Entnationalisierung werden das Ihrige thun, auch diesen Rest zum Schwinden zu bringen, dagegen giebt es eine deutsche Stadt „Budweis", welche eine slavische Minorität besitzt. Diese wird beständig mächtiger und wir halten diese deutsche Stadt ebenso wie das benachbarte ehemals deutsche Neuhaus für verloren in der nächsten Generation. Die Vorgänge in Budweis bei der letzten Landtagswahl, das parteiische Verhalten des mit dem czechischen Kandidaten verwandten k. k. Bezirkshauptmannes und der Geistlichkeit — Alumnen wurden als Agitatoren verwendet — spotten jeder Beschreibung. Der Beispiele könnten wir noch unzählige anführen, wenn wir die Absicht einer detaillierten Abhandlung der Slavenbewegung vorhätten, für unseren Zweck mögen diese Stichproben genügen. Solche, die es interessieren mag, das Bild deutsch-nationaler Verluste genauer zu studieren, verweisen wir auf die statistischen Arbeiten des deutsch-historischen Vereines in Prag. Am erfolgreichsten hat bisher der kernhafte, pfälzische Stamm des alten Egerlandes der slavischen Einwanderung widerstanden. Sonst hat fast jede deutsche Stadt Böhmens und Mährens slavische Agitationsherde und kann sich derselben nicht erwehren, weil sie den Schutz der Behörden genießen. Aber nicht nur in den Ländern des sogenannten historischen Staatsrechtes der Wenzelskrone, auch über deren Grenzen hinaus begegnen wir der slavischen Propaganda auf dem Wege zur Herrschaft in Österreich. Selbst in der Residenzstadt des Reiches sehen wir das Slaventum sich in Gefechtsstellung formieren und als Bevölkerungsfaktor auftreten. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Vertretung der Residenzstadt

*) Am „Wetterhäuschen" vor dem Prager Rathause ließ der Stadtrat die statistische Note verzeichnen: Bewohner Prags 82% Slaven, 18% Deutsche.

selbst und das flache Land der Erzherzogtümer Angriffsobjekte dieser ins Ungeheuerliche sich steigernden panslavistischen Bewegung würden. Denn diese Bewegung steht ja erst in ihren Anfängen und bei deren überaus agressivem Charakter sind in der Folge noch sehr merkwürdige Dinge zu erwarten. Heute ist dem slavischen Chauvinismus in Österreich kein Ziel mehr zu hoch gesteckt, daß es derselbe bei kecker Forcierung nicht für erreichbar hielte.

Graf Taaffe mag sich vielleicht heute selbst wie der Goethe'sche Zauberlehrling vorkommen, welcher die Geister, die er rief, nicht mehr zu bannen vermag.

Rastlos fließen die slavischen Gewässer und drohen mehr als das Deutschtum, das Reich selbst mit zu ersäufen. Aus dienstbaren Geistern werden unheimliche Dämone.

„Ein den bürgerlichen Wolstand, die Existenz von Hunderttausenden bedrohender, den Reichsfrieden auf das Tiefste störender, jede gedeihliche gesetzgebende, verwaltende, Handel und Wandel, Gewerbe und Industrie, Kunst und Wissenschaft in ihrer fortschreitenden Entwicklung fördernde öffentliche Thätigkeit untergraben der Kampf aller Reichsbürger gegen einander ist das Resultat dieser bedauerlichsten Epoche des österreichischen Staatslebens."

Wie lange noch, fragen wir, soll das währen? Bis der letzte deutsche Bauer von Haus und Hof verjagt ist, oder bis man endlich einsehen gelernt hat, daß die politische Kaltstellung eines nach Millionen zählenden Volkstums von der Qualität des deutschen denn doch nicht so leicht geht, oder bis ganz Österreich aus Rand und Band regiert ist?

Nationen sterben nicht so rasch als es Graf Taaffe für seinen Fall braucht, am allerwenigsten der starke Zweig eines nationalen Riesenstammes von dem natürlichen Schwergewichte und der Weltstellung des deutschen Volkes.

Beabsichtigt Graf Taaffe aber trotzdem den politischen und nationalen Ruin der Deutschen Österreichs, dann würde er mehr als halbe Maßregeln hiezu aufbieten müssen, dann würde er auf das vermittelnde Element, zu dem ihm die deutsche Sprache doch noch gut ist, aus Prinzip verzichten müssen. Dann

müßte er vor allem einen slavischen Hofstaat, eine slavische Armeesprache, slavische oberste Behörden und Ministerien einführen. Dann hätte er doch wenigstens die Slaven des Reiches ganz auf seiner Seite und vermöchte mit den hiezu gekommenen Balkanslaven sein Ideal eines „slavischen Österreichs" zu verwirklichen. Das muß aber offen und ehrlich angefaßt werden. Ein System, das keinen verpflichtet, hat endlich gar keine Freunde.

Ob der alte Staatskörper das große Experiment vertragen wird, darüber nachzudenken ist nicht unsere Sache. Mit dem Systeme der Halbheiten aber kommt wol das Reich aus seinen alten Bahnen heraus, aber in keine neuen hinein, wie ja auch die Thatsachen bisher bewiesen haben.

Die ganze Taaffesche Kombination krankt an zwei falschen Prämissen. Nur ein infernalisches Genie konnte sie einem österreichischen Staatslenker plausibel machen. Daß es gelang, könnte uns zum Fatalismus bekehren.

Die beiden falschen Prämissen bestehen:

I. in der Annahme, daß eine Orientmission Österreichs nicht möglich sei ohne Befriedigung der politischen Forderungen der Austroslaven;

II. in der Annahme, daß das patriotische Gefühl der Deutsch-Österreicher notwendig unter der Bildung eines deutschen Nationalstaates gelitten haben müsse.

Aus diesen beiden Prämissen leitete der gegenwärtige Staatsmann sein bekanntes System ab. Sie sind aber beide unrichtig.

Die Loyalität und Reichstreue der Deutsch-Österreicher ist noch heute über jeden Zweifel erhaben, wenn man von einigen exzentrischen Köpfen absehen will. Dazu ist deutsches Volk zu ehrlich und zu — schamhaft. Die fatale Opposition gegen den bosnischen Okkupationsfeldzug entsprang dem Gegenteil von Gleichgiltigkeit für Krone und Reich. Die ganze Haltung der Deutschen Österreichs hat auch nie einen haltbaren Anlaß zu solchem Verdachte gegeben. Noch heute ist im Gegenteile der österreichische Staatsgedanke in keines Volkes dieser Monarchie innerstem Wesen so festgewurzelt als in dem Deutschen,

gleichviel ob konservativer oder liberaler Parteistellung. In dieser Frage denken alle gleich. Nichts hat im deutschen Oppositionslager größeren Zwiespalt, größere Erregung wachgerufen, als der Versuch, der deutschen Partei einen rein nationalen Charakter zu geben, als ob dies schon mit Illoyalität identisch wäre. Wie man eine so gewissenhafte Haltung noch verdächtigen kann, begreift man nur nach Kenntnis der Quelle, von welcher sie stammt. Es war der verhängnisvollste Einfall, der Krone einen Zweifel in die Ergebenheit der biederen Deutsch-Österreicher beizubringen, und der dies zuerst gewagt, verdiente vor allem selbst die Strafe für begangenen Hochverrat.

Es wird sich in der Zeit auch die Frage selber lösen, ob die Verdächtiger oder die Verdächtigten die ergebeneren Stützen des österreichischen Staatsgedankens waren. Manche Erfahrung kommt für manchen Mann allerdings manchmal zu spät.

Die zweite irrige Prämisse des Systems Taaffe betrifft die Slaven.

Man wollte sich der Slaven für einen Krieg mit Rußland versichern durch einiges Entgegenkommen. Man traute also auch der Loyalität dieses Teiles der österreichischen Bevölkerung nicht, was ja ganz lehrreich ist. Hiebei ging die Regierung von der auf völliger Unkenntnis des slavischen Volkscharakters beruhenden Meinung aus, es werde dies mit einigen slavophilen Verordnungen und autonomistischen Zugeständnissen abgethan sein, die Slaven werden nach so langer Zurücksetzung über ihr gebessertes Loos die höchste Genugthung empfinden. Das war nun wieder ein böser Rechnungsfehler. Das Gegenteil des Erwarteten trat ein, wie auch Baron Dumreicher hervorhebt.

Der Slavismus in Österreich verfolgt nämlich zwei mächtige Pläne:

I. Die Bildung selbständiger Slavenstaaten nach dem Muster der Balkanstaaten, und hiezu glaubt sich das österreichische Slavenvolk um so eher berechtigt, weil seine Kultur, Dank der genossenen deutschen Zivilisationsthätigkeit, bei weitem höher steht, als die der heute selbständigen südslavischen Brüder.

II. Die möglichst vollkommene Verdrängung des Deutschtums aus allen Staatsgebieten Österreichs, die slavischem Einflusse überhaupt zugänglich sind.

Die slavische Auffassung von den inneren Aufgaben einer österreichischen Regierung weicht natürlich bei solchen Plänen gewaltig von jenen Prinzipien ab, die ein österreichischer Kronratgeber, wie wir meinen, trotz aller Rücksicht auf provinzielle Eigentümlichkeiten festzuhalten versuchen muß.

Darum traut auch die Regierung den Slaven nicht, diese ihrerseits ebenso wenig der Regierung.

Sehr richtig sagt Dumreicher bezüglich dieses Punktes der viel verschlungenen österreichischen Frage, daß bei allen verbündeten Faktoren des gegenwärtigen Regimes das Gefühl vorherrsche, die organische Möglichkeit für eine so ungeheuerliche Umwandlungsprocedur eines alten Staatswesens sei nicht vorhanden. Man glaubt also *selbst* nicht an die Durchführbarkeit dieses Experimentes.

Wir sind überzeugt, daß die einsichtigeren Politiker unter den Slaven sich darüber klar sind, daß die Bildung selbständiger Slavenstaaten in Österreich ein größeres Machtaufgebot erfordert, als etliche behördliche Verordnungen.

Am Ende könnte ja die eiserne Geduld des deutschen Michel doch einmal reißen. Darum scheint mans auch mit der Verslavung der Länder so eilig zu haben, weil man damit früher fertig sein will, ehe Umstellungen der europäischen Lage diesem Treiben ein Ende machen, *ehe die schönen Tage gefahrloser Deutschenhetze für immer vorüber sind.*

Die gegenwärtige Regierung fördert indeß nur den zweiten, gegen die Deutschen gerichteten Programmpunkt ihrer slavischen Anhänger. Dieser korrespondirt mit dem anti-liberalen Interesse des Regimes. Man kann auch eine Verfassung sterilisieren, wenn man seine Leute dazu hat und hiefür sind die Slaven und Klerikalen wie geschaffen; das Weitere besorgen dann schon die Taaffe, Schönborn, Lobkowitz, Schwarzenberg, Bloome und Konsorten. An solchen Staatsmännern hat es Österreich nie gefehlt. *Deren Staatskunst führte zwar immer zu einer erschütternden Katastrophe, sie führte den*

Kaiserstaat nach Solferino und Königgrätz und wird auch diesmal dem Reiche verhängnisvoll werden.

Aber der Genuß, einige Jahre die Kulturgeschichte der Menschheit an einer Stelle des Erdballes in ihrer naturgemäßen Vorwärtsbewegung aufgehalten zu haben, ist ja eventuell ein Kaisertum wert.

Um dieser verlockenden Aussicht willen nimmt man auch slavische Volksinteressen in den Kauf, braut man gerne das Linsengericht, um welches der servile slavische Jakob seinen widerhaarigen, freiheitsdürstenden germanischen Landesbruder verrät.

Die Bildung österreichischer Serbien und Bulgarien — das Hauptziel der Czechen und Slovenen — liegt vielleicht doch nicht im Plane Taaffescher Politik.

Föderalismus und Reaktion vertragen sich nicht gut. Doch dies ficht den leichten Sinn des gegenwärtigen feschen österreichischen Ministerpräsidenten nicht an, wie er um diese Klippe dereinst segeln wird.

Wahre Regierungskunst nutzt geschickt alle Regungen der Massen zu eigenem Vorteil aus und konzentriert die Macht in einer Hand. Vorläufig waren diesem Prinzipe die Deutschen störender im Wege als die Slaven. Wird erst die Niederwerfung des deutschen Staatsliberalismus — vollendete Thatsache sein, und diesem Ziele steht man näher als je, dann wird sich ja unter den sprachlich differenten, politisch getrennten Slaven auch ein Erisapfel finden lassen, mit dessen Hilfe man aller Herr werden kann. Sollte das nicht der Hintergedanke sein, welchen Baron Dumreicher dem österreichischen Staatsminister unterschiebt?

Wenn die Slaven ihrem ganzen Typus, ihrer politischen Vergangenheit, ihrer nationalen Kampfweise nach den Deutschen nur entfernt ähnlich wären — dann — ja dann wäre das Taaffesche System vom dynastischen wie konservativen Gesichtspunkte aus — ein Meisterwerk der Staatskunst. Man hätte gar nicht geschickter operieren können, um eine liberale Staatsform, die im polyglotten Staate zur Entfesselung aller frei gewordenen, auseinander strebenden Elemente führen muß, ad absurdum zu führen.

Aber die Slaven sind nicht der himmelstürmende, wahnwitzig zur Gewalt greifende, sich aber dann selbst dem Henker übergebende Karl Moor — die Slaven sind der Franz Moor, der sich nicht mit Kleinigkeiten abgeben will, der heimlich nach Mitteln brütet, das Erbe an sich zu reißen, dem es aber auch nicht darauf ankommt, wenns ungefährlich geht, den alten Moor in den Turm zu schleudern, um Herren des Ahnenschlosses zu werden.

Die Slaven muß man eben kennen. Ihnen handelt sichs heute in Österreich weder um Freiheit, noch um Verfassung, noch um das Reich selbst, sondern nur um Eines — die Erweiterung ihres nationalen Besitzstandes. Zur Erreichung dieses Zieles ist ihnen jeder Bundesgenosse willkommen, ob Regierung, Adel, Klerisei, Bureaukratie, Anti- oder Philosemitismus, Wiener Straßenpolitik oder was sonst ein Interesse haben mag, das Ihrige zu fördern.

Mitten in dem Wirbel politischer Verlogenheiten und Konfusionen steht das slavische Programm — diese Gerechtigkeit ist man ihm schuldig — als ein von einer einzigen gewaltigen Idee beherrschtes, mit fanatischer Energie festgehaltenes Parteiziel da. Diesem einen Ziele unterordnen sich freudig und freiwillig alle Individualitäten des gesamten österreichisch-slavischen Volkstums ohne Ausnahme. Würde die Regierung es nicht gar so eilig mit der Befriedigung ihrer reaktionären Gelüste haben, selbst das liberale Element des Slaventums hätte noch nicht so viel oder wenig Boden gewonnen, als es bisher der Fall ist. Dieses Jungczechentum unterscheidet sich nämlich in der nationalen und staatsrechtlichen Frage durch gar nichts von der regierungsfähigen altczechischen Parteileitung. Sein Protest gilt nur der reaktionären Schildträgerei, welche der Altczechenklub betreibt und die zu den Traditionen des heute noch im Volke lebendigen Hussitentums schlecht passen will.

Im Übrigen herrscht — da ja auch die Altczechen die Ministrantenrolle nicht aus Glaubenseifer spielen — Klarheit, Einheit und Volkstümlichkeit im slavischen Parteiprogramm und der Zerfahrenheit seiner Gegnerschaften entspricht denn auch der überraschend vorschreitende Erfolg der slavisierenden Bewegung.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß diese Bewegung ihr weitestes Ziel — die Bildung selbständiger Slavenstaaten — in absehbarer Zeit erreichen wird, wenn nicht äußere Conflagrationen den Gang dieses Prozesses aufhalten. Das Deutschtum Österreichs wird diesem rollenden Rade kaum in die Speichen fallen, dazu war es im Stande der Macht nicht geeignet.

Die Slaven Österreichs sind auch nicht mehr das harmlose Volkstum vormärzlicher Zeit, als welches sie die Regierung nimmt. Auch in dieses Element ist der moderne Zeitgeist eingedrungen und wirkt in demselben nach seiner Art. Auch im österreichischen Slaventum ist ein mächtiger National- und Freiheitstrieb erwacht, der nach Befriedigung drängt.

Czechen wie Slovenen, Slovenen wie Polen werden, fühlen sie sich erst als Herren der Situation in Österreich, wahrhaftig vom „System Taaffe" sich in der Erfüllung ihrer Programme nicht stören lassen, und wenn sie ihr Ziel, wie wir glauben, doch nicht erreichen, wird es nicht das Werk jenes Staatsmannes sein, dessen Verdienst es ist, Aspirationen aus Unkenntnis der betreffenden Elemente großgezogen zu haben, deren Niederwerfung dereinst viel Opfer kosten kann.

Daß wir uns bei der Darstellung dieser Endziele der austroslavischen Politiker nicht irren, dafür sprechen alle Erscheinungen des slavisch politischen Lebens selbst. Man muß nur nicht absichtlich die Augen vor den Erscheinungen schließen.

Zwischen den von slavischen Parteimännern im Parlamente abgegebenen offiziellen Versicherungen und Interpretationen ihrer politischen Wünsche und deren Sprache zum eigenen Volke bestand von je der krasseste Widerspruch. Derselbe Dr. Rieger, dessen Mund im Abgeordnetenhause oder Landtage von Loyalitätsphrasen überquillt, gibt irgend einem russischen oder französischen Interviewer zu verstehen, daß er an dem panslavistischen Ideale treu festhalte, trotz der befremdenden Haltung, die er äußerlich aus noch waltenden Rücksichten annehmen müsse, daß er die Absichten dieses Programmes hinsichtlich seiner

europäischen Mission vollkommen teile. Noch viel ungenierter sprechen sich in diesem Sinne Jungczechen und Südslaven aus. Alle diese das offizielle Programm lügenstrafenden Kundgebungen, Reden in politischen Parteiversammlungen, vertrauliche Mitteilungen an Politiker des Auslandes erscheinen dann fettgedruckt in den Organen der slavischen Parteipresse, gewissermaßen um das eigene Volk über die Doppelzüngigkeit seiner Führer zu beruhigen. Alle Welt kennt nur zu genau den Inhalt des panslavistischen Programmes und die Staatswesen, gegen deren Existenz sich dasselbe feindselig richtet. Alle Welt weiß, warum der Panslavismus sich so sehr nach einem Bündnisse mit dem rachebrütenden Frankreich sehnt.

Alle diese Absichten teilt also das slavische Volk Österreichs und unterhält eifrig Verbindungen mit den Repräsentanten einer Politik, die der des eigenen Vaterlandes schnurstracks zuwiderläuft, gegen welche sich dasselbe mit starken, verläßlichen Freunden verbunden hat.

Wenn Graf Taaffe die Austroslaven zu einem Kriege mit Rußland zu präparieren die Aufgabe hatte, dann ist er gründlich mit diesem Pensum hereingefallen.

Jede Schlappe, welche die äußere Politik Österreichs in den letzten Jahren erlitten hat, gereichte den Austroslaven zur größten Befriedigung, wenn dabei die panslavistische Sache einen Gewinn zu notiren hatte. Man lese doch die Emanationen der österreichischen Slavenpresse bei Ereignissen, wie die Vertreibung des Battenbergers, die Abdankung Milans, u. dgl. m. Alle bedeutsamen Vorgänge auf dem Kontinente werden stets nur von dem Gesichtspunkte beleuchtet und abgeschätzt, was der Panslavismus dabei gewinnt, niemals wird das Interesse des österreichischen Kaiserstaates auch nur ventiliert. Dies Verhalten illustriert am besten, in welchem Lager die Herzen dieser Neuösterreicher zu suchen sind. Dieser Gegensatz zwischen dem austroslavischen Programme und der äußeren Politik der Monarchie transpiriert sogar bis in die Reichsvertretung hinein und wird nur mühsam übertüncht. Neben der offiziellen Vertretung Österreichs als Großmacht

bei den südslavischen Höfen wandelt einher ein austroslavisches Winkeldiplomatentum, welches russische Geschäfte besorgt.

Diese Slavenloyalität ist eben bereits bis auf die Krone und deren Träger eingeengt, eine Reichstreue existiert nicht in dem politischen Katechismus eines Volkes, welches sich von je als Staat im Staate gefühlt hat und dem Reiche nur Pflichten, aber keine Rechte auf das Kronland zuerkennen will.

Für diese Slavenart ist der Reichsgedanke nur ein notwendiges Übel, für das man sich nicht begeistert, das man ohne Bedenken opfern würde, fände sich eine stärkere Hand, die Träume historischer Länderherrlichkeit verwirklichen zu helfen. Darum ist auch ihr dynastisches Gefühl nicht hoch anzuschlagen, da auch dieses nur der egoistischen Befürchtung entspringt, ihre staatsrechtlichen Zukunftspläne würden unter anderem Szepter kaum solche Hoffnung auf Erfüllung haben.

Man kann für mehrere Kronen zu gleicher Zeit nicht schwärmen. Die Deutschen Österreichs haben stets nur die Kaiserkrone gekannt, und dieser in guter und drangvoller Zeit ihre Treue bewahrt. Im Rahmen eines Kaisertums Österreich aber haben staatsrechtlich anerkannte Königreiche nicht Platz. Das haben wir bei der Wiederherstellung des Königreichs Ungarn gesehen.

Graf Taaffe hat es glücklicherweise mit diesen äußersten Postulaten seiner staatsrechtlichen Freunde noch nicht zu thun, das ist vorläufig noch außeroffizielles Parteiprogramm, das man am besten ignoriert.

Indessen setzen die Slaven ihre Deutschenhetze ungehindert fort. Von allen Kanzeln, in allen Gemeindestuben, Vereins- und Volksversammlungen, ja selbst den Kindern in der Schule predigt die entfesselte Parteiwut den grimmigsten Nationalhaß gegen alles Deutsche.

Die Massenüberfälle von Kuchelbad und Königinhof haben gezeigt, welches Los der Deutschen harrt, wenn erst der aufs äußerste geschärfte Rassenhaß seine Zügel schießen lassen kann. Vorläufig haben nur Opportunitätsgründe die brutalste Methode der Deutschenverfolgung von der Tagesordnung wieder abgesetzt.

Und dieser Deutschenhaß kennt nicht nur keine Grenzen, sondern auch keine Grenze mehr. Die feindselige Aktion beschränkt sich nicht auf die deutschen Landsleute des engeren Vaterlandes, sie greift hinaus über die Landes-, über die Reichsgrenze. Dieser Nationalhaß trifft mit gleicher Intensität das Deutschtum allerorten und wagt sich sogar schon an den deutschen Nationalstaat selbst heran.

In der Hauptstadt der Czechen war vor einiger Zeit im Schaufenster einer nationalen Buchhandlung eine Landkarte zu schauen, die das Reich der Premisliden in seinem ehemaligen Glanze, seiner Größe und Ausdehnung veranschaulichte. Das Land der Wenden, die obere und niedere Lausitz, Böhmen, Mähren, Schlesien, die Slovakei — das alles bis tief ins deutsche Reich hinein figurierte da symbolisch als Zukunftsreich der Wenzelskrone. Es ist lächerlicher Größenwahn, aber bezeichnend.

Man läßt keine Gelegenheit vorübergehen und wäre sie noch so läppisch, dem feindseligen Zuge gegen die deutsche Nation lauten Ausdruck zu geben. Wer kennt nicht die prahlerischen Verbrüderungsversuche czechischer Größen mit Frankreich, die nur auf der Gemeinsamkeit des Deutschenhasses basieren; wer kennt nicht das berüchtigte Memorandum des Führers der czechischen Nation, Dr. Rieger, an Napoleon III., worin er diesem Böhmen als Stützpunkt zu einem Einfalle ins deutsche Reich anbot; wer erinnert sich nicht an das czechische Banderium im Leichenzuge des großen Revanchehelden Gambetta; wem wäre nicht noch im Gedächtnisse der so überaus lächerliche Prager Jubeleinzug einer französischen Schauspielerin, an die man pomphafte Schutz- und Trutzreden hielt? Wer gedächte nicht auch der stürmischen Ovationen, welche dieselbe Metropole des slavischen Westens dem russischen Freischärlergeneral Tschernajeff seiner Zeit bereitete? Und ist nicht der czechische Turnerzug nach Paris, Dr. Podlipnys Ansprache an die Franzosen, eine ebenso kühne Demonstration gegen das deutsch-österreichische Bündnis?

Alles dies trägt nun freilich den Stempel des Groteskkomischen an der Stirne, aber es beweist doch den bösen Willen

dem es nur an Macht fehlt, sich empfindlicher bemerkbar zu machen.

Als anläßlich der ersten Dumreicherschen Enthüllungen über den antideutschen Charakter der Taaffeschen Politik und deren besorgniserregende Fortschritte die reichsdeutsche Presse plötzlich mit Bedenken über die Verläßlichkeit des austro-deutschen Bündnisses auftrat, verstieg sich eines dieser Organe zu der allerdings starken Phrase: „Österreich wird unser Bundesgenosse sein, oder es wird überhaupt nicht sein.“ Damals beantwortete das Hauptorgan der czechischen Nation diese Drohung mit einem Aufrufe an ganz Europa, es möge sich erheben gegen das deutsche Reich und dessen unerträglicher Suprematie ein Ende machen.

Ist das die Sprache eines bundesgenössigen Volkes?

Das sind die Elemente in näherer Beleuchtung, welchen das mit Deutschland verbündete Österreich ausgeliefert werden soll, halb und halb schon ausgeliefert ist.

Solchen Elementen die Führung des Staates in die Hand spielen, heißt das etwa die innere Politik Österreichs mit seiner äußeren, mit den Interessen seines Verbündeten in Einklang bringen?

Das alles setzt entweder schwere Rechnungsfehler im Taaffeschen Systeme voraus oder giebt zu der Vermutung Anlaß, daß die Absichten des Systems überhaupt ganz andere sind.

Auch die reichsdeutschen Kolonisten in Österreich bleiben von slavischen Vexationen natürlich nicht verschont, wenn sie auch verhältnismäßig weniger betroffen werden.

So wurde uns auf vertraulichem Wege mitgeteilt, daß in der böhmischen Landeshauptstadt das evangelische Kirchenamt der meist aus deutschen Reichsangehörigen bestehenden Religionsgenossenschaft vom slavischen Magistrate der Stadt die Weisung erhielt, mit der autonomen Behörde nur in slavischer Sprache amtlich zu verkehren. So sieht es in der Praxis mit der deutschen Staatssprache in Österreich aus. Solcher Beispiele giebts unzählige. Wir sind übrigens, was das deutsch-evangelische Kirchenamt angeht, überzeugt, daß dieser vexatorische Ton der slavischen Stadtbehörde nur ihrem Deutschenhasse

entspringt. Gegenüber einer französischen oder englischen oder russischen Kolonie würde sich die Stadt der gegen Fremde üblichen Höflichkeit befleißen. Es ergiebt sich aus diesem Beispiele, daß die Ehre der deutschen Flagge nicht nur in Ostafrika oder Samoa Insulten ausgesetzt ist, daß man Konsulate zum Schutze deutscher Reichsangehöriger auch anderswo nötig hätte. Warum in die Ferne schweifen, wenn das Böse so nahe liegt. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß der Deutsche — außerhalb des deutschen Nationalstaates natürlich — zu keiner Zeit solchen Anfeindungen ausgesetzt gewesen ist als seit Bildung eben dieses Nationalstaates. Es scheint, als ob alle anderen Staaten nichts eiligeres zu thun hätten, als die vielen verstreuten deutschen Kulturstätten rasch zum Verschwinden zu bringen, damit sie nicht organisch verbunden Brücken der deutschen Weltmacht dereinst bilden können.

Unter diesem Gesichtswinkel versteht man, was in Österreich vorgeht. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu sehen, daß es sich hier um die breite Kulturstraße handelt, welche das alte deutsche Reich auf seinen Römerzügen mitten durch romanisches und slavisches Element bis ans Mittelmeer geschlagen hat. Diese breite deutsche Kulturstraße soll abgebrochen, die deutsche Nation vom Mittelmeer abgedrängt werden.

In einem viel verständlicheren Lichte erscheint dann der Versuch — einen großslovenischen Staat im Süden Österreichs zu konstruieren, welcher über ein national sterilisiertes Wien hinweg dem czechischen Nordslavenstaate die Hände reichen könnte. Damit wäre das Problem gelöst und die deutsche Heerstraße nach dem Süden abgebrochen, ja mehr als das, der blutige Keil im deutschen Fleische, von dem Dr. Rieger gelegentlich schwärmt, wäre kein Traum mehr. Das umfassende Programm der vereinigten slavischen Völkerfamilie — der Massenvorstoß des Slavismus nach dem Westen — wäre auf halbem Wege zum Ziele. Österreich hätte freilich dabei nur die Rolle eines passiven Operationsfeldes zu spielen. Wie anders sieht doch die österreichische Orientmission bei Kenntnis aller Faktoren aus, die da mitzuhandeln berufen sind.

Der Kernpunkt der ganzen österreichischen Orientfrage dreht sich nach allen diesen Darstellungen also darum, ob das System Taaffe bewußt oder von einem ominösen Irrtum befangen geschehen läßt, was geschieht. Im letzteren Falle waren wir berechtigt, dem System die schweren Rechnungsfehler vorzuhalten, welche geeignet sind, das Reich einer unberechenbaren Krise entgegenzutreiben.

Ist alles, was sich in Österreich im Laufe der zehnjährigen Ära Taaffe vollzogen hat, und in dem Sinne noch weiter vollziehen wird, Wille der Regierung, dann eröffnet sich dem in die Zukunft blickenden Auge eine Perspektive mit eigentümlichen Schlaglichtern.

Dann würde sich die Bedrohung deutschen Interesses nicht auf die Deutschösterreicher allein beschränken. Denn ein Österreich, dargestellt durch etliche slavische Königreiche mit den Tendenzen von Czechen, Polen und Slovenen gegen die deutsche Nation, wäre eine Gefahr für — Mitteleuropa. Und Graf Taaffe handelt ja im Interesse des deutsch-österreichischen Bündnisses. Für so kurzsichtig halten wir die äußere Politik des deutschen Reiches aus guten Gründen nicht, daß sie, wenn auch indirekt, aber doch eine ihr selbst in der Zukunft einen neuen sicheren Feind schaffende innere Politik des verbündeten Staates fördern würde. Indeß wer sieht in das Getriebe der gar oft sehr dunkle Pfade wandelnden großen Politik? Wer vermöchte oder wollte aussprechen, was jeder der kontrahierenden Teile einer solchen auf ewige Zeiten geschlossenen Freundschaft dabei denkt?

Ein naseweiser Czeche frug bereits im Parlamente an, wann denn das ewige Bündnis abgelaufen sei. Wer weiß, ob man nicht an maßgebendster Stelle das Überwuchern der deutschfeindlichen Elemente in Österreich mit Befriedigung sieht? Wer weiß, wie viel Eisen der andere im Feuer hat?

Hohe Politik windet sich oft auf seltsamen Umwegen ihren Zielen entgegen.

Nur die Völker denken und fühlen nach eingeborenen Instinkten. Darum werden die Slaven Österreichs die Feinde Deutschlands sein und bleiben, auch wenn sie Schulter an

Schulter mit deutschen Grenadieren marschieren müßten, und sie werden diesen ihr ganzes Wesen erfüllenden Nationalhaß, wenn die Würfel des Kriegsglückes dem günstig sind, bethätigen. Daß Deutschland solche Schwertgenossen heute haben muß, glauben wir in Gottes Namen, aber wir beneiden es wahrhaftig nicht um diese unheimliche Notwendigkeit.

Wenn wir nun nicht annehmen dürfen, daß Graf Taaffe eine — wie sagen wir doch — zweideutige Politik nach außen hin betreibt, bleibt als letzte Kombination nur die Annahme übrig, daß seine ganze slavophile Taktik nur Spiegelfechterei ist, daß er entschlossen ist, die slavische Bewegung über eine gewisse Grenze nicht hinaus zu lassen, welche die Rückkehr zur altösterreichischen Staatsraison im gegebenen Zeitpunkte ermöglicht. Baron Dumreicher hält diese Grenze bereits für überschritten. Der Slavismus werde kein Verweilen bei seinen bisherigen Errungenschaften mehr kennen, sondern, naturnotwendig vorwärtstreibend, die etwa ihm den Weg vertretende Regierung wie eine Flocke hinwegfegen.

Darüber ließe sich streiten, ob das jetzt schon so leicht ginge. Es ist nicht zu vergessen, daß in der Monarchie noch ein sehr mächtiger Faktor vorhanden ist, der eventuell entscheidend eintreten kann, und das ist der „ungarische Staat".

Dieser würde wegen seiner eigenen Slaven gegen eine slavische Neuorganisation Cisleithaniens sein müssen. Die bisherigen Erfolge der Slaven waren noch nicht darnach angethan, die Seelenruhe der Magyaren zu stören. Aber wir sind überzeugt, Ungarn wird seinen Standpunkt in der ihm eigenen nachdrucksvollen Weise sofort zur Geltung bringen, wenn es erst seine Interessen von den Vorgängen Cisleithaniens gefährdet fühlen wird, und in diesem Punkte kann man sich auf die Empfindlichkeit der ungarischen Politik verlassen.

Vielleicht ist es diese beruhigende Zuversicht, welche den Grafen Taaffe die slavischen Fortschritte an politischem Einfluße und territorialer Ausbreitung minder bedenklich erscheinen läßt. Diesen Staatsmann charakterisiert ja ein sonst bei diesem Metier selten vorkommender Zug von — politischer Nonchalance. Trotz dieser Charaktereigenthümlichkeit scheint ihn aber doch hie und da

ein Grauen anzuwandeln vor seiner eigenen großartigen Staatskunst. Er sucht doch noch Brücken vor der Demolierung zu bewahren, die ihm den Rückzug decken sollen, wenn es einmal zum Entscheidungsschlage käme. Solch eine Brücke ist die deutsche Armeesprache, auf deren Erhaltung er bedacht war. Indeß zeigt sich auch auf diesem Felde der innere Widerspruch seines Systems, das endlich seinen eigenen Schöpfer im Stiche lassen wird. Heute schon kämpft die Einheit der Armeesprache mit dem Mangel an deutscher Sprachkenntnis. Aus Völkern, welche bis in die Hochschulen hinauf national getrennten Unterricht nehmen, kann man kein schlagfertiges gemeinsames Heer ausheben.

So muß der bürgerlichen Trennung der Nationalitäten naturnotwendig die militärische mit der Zeit folgen.

So muß naturnotwendig eine Zeit kommen, wo dieses ganze auf Halbheit und Widerspruch in sich selbst aufgebaute System an der Unvereinbarkeit seiner perversen Grundsätze zu Grunde geht.

Graf Taaffe scheint trotz aller Unklarheit seines Regierungsprogrammes doch einen — wenn auch sehr idealistischen — Grundgedanken als Leitmotiv gehabt zu haben. Derselbe entspricht wenigstens seiner bureaukratischen Vergangenheit.

Er wollte national geschlechtslose, reine, schlackenfreie, womöglich konservative Österreicher züchten — ein Millionenvolk schwarzgelber Mezzofantis (Justizminister Schönborn sprach diese Idee offen aus), eine herrliche, aber leider zu — unzeitgemäße Idee.

Sein Resultat war diesem Ideale etwas unähnlich. Die Czechen machten jüngst den russophilen Erzbischof Stroßmayer zum Ehrenbürger ihrer Hauptstadt, die Slovenen verlangen die slavische Liturgie und schwärmen von der russischen Bibel. Taaffe hat sogar die Deutschen ein bischen deutscher gemacht. Das sind die Rechnungsfehler des Systems Taaffe.

Ob sich nicht die Deutschen Österreichs ebenfalls stark verrechnet haben mit der von ihnen *diesem* Systeme gegenüber befolgten Politik, soll uns nunmehr beschäftigen.

IV. Die Deutschen Österreichs.

Es läßt sich nicht leugnen, daß kaum jemals irgend eine politische Partei eines Staates in einer peinlicheren Lage sich befand, als dies bei der deutschen nationalliberalen Partei des österreichischen Abgeordnetenhauses der Fall ist. Sie leidet unter einem vielfachen Widerstreit ihrer heiligsten Überzeugungen.

An der langsamen Entnationalisierung des deutschen Volkes in den sprachlich gemischten Ländern verfassungsmäßig mitzuwirken — wie der Verfasser des „Neue Bahnen" der deutsch-liberalen Partei verblümt zumutet — verbietet ihr die nationale Ehre und das Pflichtgefühl gegenüber den ihrer politischen Führung anvertrauten deutschen Wahlbezirken.

Eine rein nationale Partei zu werden, die ohne Rücksicht, was daraus entstehen kann, nur noch in der Verteidigung des Deutschtums gegen eine feindliche Regierung und noch feindseligere fremde Nationen ihre Aufgabe erblickt, verträgt sich nicht mit ihrer vermeintlichen Kulturmission in Österreich, verträgt sich nicht mit der vermeintlichen Pflicht, für die Staatseinheit bis zur Selbstaufopferung einzustehen.

Aber auch auf ihre liberalen Grundsätze vermag sie nicht zu verzichten. Sie liefert sich lieber ihren nationalen Verderbern aus, ehe sie mit ihren klerikalen deutschen Stammesgenossen einen auf Kosten der Freiheit erkauften Bund gegen das Slaventum schließen würde.

Es liegt etwas erhabenes, rührendes, aber auch unglaublich naives in dieser Haltung der deutsch-liberalen Partei Österreichs. Festhaltend an dem ganzen Umfange ihres abgewirtschafteten politischen Programmes von anno dazumal mit der Zähigkeit eines Zeloten, verteidigt sie dasselbe mit mehr Ausdauer als Erfolg gegen eine auf „neuen Bahnen" wandelnde Regierungsgewalt und einen ebenso übermächtigen als heimtückischen nationalen Feind, giebt keine ihrer theoretischen Positionen auf, verliert aber praktisch nach und nach Halt und

Boden, Land und Leute. Ruhigen Blutes und kalten Herzens sieht die Regierung ihren Gegner sich matt und matter ringen, freut sich der loyalen, harmlosen Kampfweise ihrer politischen Widersacher, ohne dieselbe durch gleich ritterliche Behandlung und Berücksichtigung wett machen zu wollen. Der Regierung zur Seite stehen hilfreiche Gesellen, der eine mit dem Morgenstern bewehrt, der andere mit der Sense, der dritte mit dem Gewaffe des Südslaven, alle nach dem Augenblick gierig, dem blondhaarigen Cherusker hinterrücks beizukommen und, mit diesen im Bunde, des Cheruskers feindlicher älterer Bruder mit dem Rosenkranze in der Hand seinen Spießgesellen die Blöße seines Bruders weisend und für deren Waffenerfolg betend.

So beiläufig könnte ein Maler die politische Situation der Deutschen Österreichs allegorisch versinnbildlichen.

Die deutsch-liberale Opposition ging anfänglich von der ihre eigene politische Machtstellung entschieden überschätzenden Voraussetzung aus, es sei gar nicht möglich, lange gegen eine über die illustresten Geister der parlamentarischen Arena, die bewährtesten Kräfte im Staatsdienste verfügende Partei zu regieren. Sie verließ sich zu sehr auf die Thatsache, daß ja gerade die Deutschen von jeher die Staatsmaschine in Gang zu erhalten berufen gewesen waren, daß ja auch die bestehende Verfassung ihr Werk ist, zu dessen Verteidigung sie sich für verpflichtet ansieht. Sie hielt es darum für unmöglich, daß man „ohne sie" regieren könne. Die deutsche Opposition rechnete weiter mit der historischen Thatsache, daß das deutsche Element jahrhundertelang den staatserhaltenden Kitt zwischen den verschiedenen Reichselementen gebildet hatte, daß es Tradition im deutschen Herrscherhause Habsburg war, Österreich den Charakter einer deutschen Monarchie zu bewahren. Sie wollte trotz der handgreiflichsten Gegenbeweise nicht daran glauben, daß man eine 600jährige dynastische Überlieferung, die historische Grundlage eines Reiches so ohne weiteres verleugnen werde. Einige ältere Politiker der deutschen Partei glauben dies vielleicht heute noch nicht. Man traute eben keiner österreichischen Regierung einen solchen völligen Bruch mit der ganzen politischen Vergangenheit des Reiches, ein solch verwegenes unberechenbares, aus den Bahnen staats-

männischer Reserve ins Ungewisse und Unbekannte beherzt hineinspringendes Spiel zu. In Österreich soll man aber alles für möglich halten. In der irrigen Beurteilung der Regierungsabsichten wurde übrigens die deutsche Partei noch bestärkt durch die beständig wiederholten Versicherungen versöhnlicher Tendenz, womit die anfangs sehr unsicher auftretende, nur vorsichtig den neuen unbekannten Weg beschreitende Regierung Zeit zu gewinnen suchte. Was hätte damals eine „schneidige" deutsche Opposition wol gethan? Das System Taaffe würde kein längeres Dasein gefristet haben, als die rasch verblühte Hohenwartsche Ära. Die Fundamentalartikelhelden der slavischen Partei hatten aus dieser Ära eine Lehre gezogen, die Deutschen nicht. System und Opposition waren einander würdig.

Langsam aber sicher ward nun allmälig die Slavisierungsschraube angezogen; mit welchem Erfolge haben wir ja gezeigt. Trotz aller Proteste, Verwahrungen und sonstigen Kundgebungen aus deutschem Sprachgebiete brachte jeder parlamentarische Abschnitt der Ära Taaffe irgend eine neue Konzession an die Slaven, alles aber wolweislich im Rahmen der Verfassung, im Sinne des famosen von den Deutschen selbst geschaffenen § 19 der Staatsgrundgesetze, im bequemen Verordnungswege. Der Widerstand beschränkte sich bei einer so verfassungsstrengen Opposition natürlich auf Parteiresolutionen, parlamentarische Interpellationen und sonstige verfassungsmäßige Stipulationen des verletzten nationalen Interesses. Alle diese Verwahrungen wurden auf demselben unschädlichen Wege durch beschwichtigende Erklärungen der Regierung erledigt. Im übrigen wurde ungestört weiter slavisiert. Der neue Herr Ministerpräsident entpuppte sich gegenüber den Heroen des Parlamentarismus als ihr Meister. Er besiegte sie nicht durch seine Rednerkunst, aber er machte sie nach allen Regeln des Parlamentarismus unschädlich. Die deutsche Opposition hat auch in der That die ganzen Jahre her dem System Taaffe mehr genützt als geschadet. Sie nützte dem Regime als parlamentarisches Gegengewicht, wenn ein solches gegen allzu weitgehende Forderungen der Regierungsmajorität nötig war, und störte nicht im geringsten die Verfolgung der eigentlichen Regierungspläne. Viel

mehr Kopfzerbrechen mag manchmal schon der Regierung die minder bescheidene, nur allzu begehrliche eigene Majorität verursacht haben. Wie es unter solchen Umständen gehen konnte, kam es auch. Nach einem Windmühlenkampfe von mehreren Jahren hatte sich das System eingelebt. Man sah nun, daß es wirklich mit der deutschen Opposition nicht gar so gefährlich sei, als man sich eingebildet hatte. Das Regieren mit den Slaven gegen die Deutschen ging über alle Erwartung gut. Dies hob zusehends das Bewußtsein der Regierung und nun hätte man auch den Mut gefunden, einem energischen Angriffe von deutscher Seite zu begegnen. Fürst Bismarck hat einmal die Deutschen Österreichs die „Herbstzeitlosen" genannt, wir möchten sie nach ihrer bisherigen politischen Haltung die „Rückenmarklosen" nennen. Diese politische Haltung der deutschen Opposition Österreichs hat nämlich eine gewisse Ähnlichkeit mit der krankhaft schwankenden, kraftlosen, zu jedem festen Auftreten unfähigen Gangart eines rückenmarkkranken Menschen. Nicht umsonst mag der stramme Achtundvierziger, der in anderen, gefährlicheren Zeiten seinen Mann gestellt hat, der schlichte deutsche Volksmann Hans Kudlich bei seinen zahlreichen Ansprachen an deutsche Parteiversammlungen in Österreich denselben immer das stereotype „Haltet den Nacken steif, ihr Deutschen Österreichs" zugerufen haben. Was sich der wackere Volksheld wohl so in seinem Innern über die sonderbare Nackensteifheit der gegenwärtigen Volksmänner gedacht haben mag!

In der That kann man nur einem entmarkten Volkstum einen solchen Vorschlag bieten, wie ihn der Verfasser des „Neue Bahnen" für die Deutschen Österreichs in Bereitschaft hat, dahingehend, dieselben mögen sich mit dem neuen Systeme befreunden und sich, da jeder Widerstand aussichtslos sei, in ihr Schicksal ergeben. Das kennzeichnet am besten die schmeichelhafte Meinung, welche man maßgebenden Ortes von der deutschen Opposition hegt.

Diese Opposition versteht freilich das Opponieren ebensowenig, als sie seinerzeit das Regieren verstanden hat. Damals schuf sie Gesetze, welche ihren Feinden das Eisen in die Hand

drückte, daraus Waffen gegen sie zu schmieden, dagegen sorgte sie sich weniger um die gesetzliche Sicherung der politischen Zukunft des österreichischen Deutschtums, als vielmehr darum, der eigenen Regierung nach oben und unten das Dasein zu verleiden.

Fürst Adolf Auersperg wüßte, lebte er noch, ein Liedchen davon zu singen. Als diese Opposition durch eigene Schuld in die Minorität geriet, benahm sie sich noch jahrelang so, als ob sie eigentlich noch die regierende Partei wäre.

Unbekümmert darum, daß ihr die Regierung Schritt für Schritt das Terrain entzog, daß jede Neuwahl sie geschwächter auf das parlamentarische Kampffeld zurückführte; unbekümmert darum, daß mit dem neuen Systeme eine irreparable Neukonstituierung des Reiches sich inauguriert hatte, daß die bestehende Verfassung eigentlich nur noch als Verhandlungssubstrat diente, daß die ganze Reichsvertretung eigentlich einer politischen Verlassenschaftsabhandlungstagfahrt ähnlicher sieht, als einem verfassungsgemäß funktionierenden gesetzgebenden Körper; unbekümmert um eine solche definitive, unaufhaltbare Metamorphose des Gesamtstaates, indem eben darin für ein politisch maßgebendes Deutschtum kein Platz mehr ist, glaubt diese naiveste aller Oppositionen, ihre einzige Aufgabe sei es, etwas unrettbar Verlorenes zu vertheidigen, — das ist die so viel wie aufgegebene Verfassung. Der Buchstabe ist geduldig, auch der von Staatsgrundgesetzen, nicht auf diesen kommt es an, sondern auf den Geist derselben. Letzterer aber war mit dem System Taaffe zu Grabe getragen. Weder der liberale Gedanke derselben noch der deutsche Charakter der Monarchie ist mit dem jetzigen Systeme vereinbar. Von dieser Staatsurkunde wird bald nichts mehr übrig sein, als die allerhöchste Unterschrift, über welcher die herrschenden Slaven und Klerikalen ihre Staatsgedanken als künftige Ordnung der Dinge eintragen werden.

Wie dieses Neuösterreich aussehen wird, wissen wir freilich noch nicht, aber daß eine zweite Ära 1867—1879 zu den Unmöglichkeiten gehört, das könnten die Herren der ehemaligen Verfassungspartei füglich schon einsehen gelernt haben.

Sie glauben aber noch immer nicht an ihre endgiltige Abwirtschaftung und vergeuden die kostbare Zeit, die zu einer den total veränderten inneren Verhältnissen entsprechenden analogen Neugestaltung der deutschen Partei hätte längst verwendet werden müssen, mit doktrinärer Vertheidigung einer untergegangenen Epoche. Ein deutsch-liberales Österreich kömmt nicht mehr wieder.

Dieses Sichanklammern an einen von der Zeit und dem Gange der Weltereignisse überholten Standpunkt beweist die Richtigkeit des politischen Lehrsatzes, daß eine neue Zeit neue Männer fordert.

Was nützt es, wenn die getreuen Partisane einer längst verschwundenen stolzen Zeit von Bürgerherrlichkeit, geistigen und wirtschaftlichen Aufschwunges an dem in schwerer Stunde abgerungenen Freiheitsbriefe noch festhalten, als hätte das Siegel kein Loch bekommen. Habent sua fata libelli!

Die Freiheit war ja keine Freiheit, höhnen die Slaven, denn es war eine von Deutschen gegebene. Die Freiheit, dieses Teufelswerk, hat den Staat zu Grunde gerichtet, rufen sich bekreuzigend die Klerikalen; mit der Freiheit ist ein böses Regieren, denkt sich die Regierung und freut sich, daß alles so einig ist, sie wieder zu begraben.

Die Zither ist entzwei, an der ist nichts zu halten! Nun gehts an ein Parteizerspalten!

In letzterem haben die Deutschen Österreichs während ihrer zehnjährigen Leidensepoche wahrhaft Denkwürdiges geleistet.

Daß beständige politische Mißerfolge, ein täglich sinkender Einfluß im Staatsleben nicht gerade die Stellung einer Partei befestigen, ist ebenso begreiflich wie die wachsende Unzufriedenheit und Unruhe, von welcher schließlich das durch eine solche Partei vertretene Volk ergriffen werden muß, wenn es noch nicht völlig politischer Apathie verfallen ist. Unzufriedenheit führt zu Meinungsverschiedenheiten darüber, wie mans besser machen könnte; diese führen zu Parteispaltungen dann, wenn es nicht gelingt, für ein neues, einheitliches Programm die gesamte Wählermasse zu gewinnen.

Je gröber die Fehler der abgewirtschafteten Partei, je empfindlicher der durch sie angerichtete Schaden war, desto weiter wird sich das neue Parteiprogramm vom alten entfernen müssen. Alle diese Axiome trafen auch bei unserer verflossenen Verfassungspartei Österreichs zu.

Der Glaube an die Unfehlbarkeit des verfassungstreuen Parteiprinzipes, an die Unerschütterlichkeit dieses Rechtsbodens sank mit jedem Regierungsakte, der eine neue Schwächung dieser Reichsgrundlage bedeutete. Man verteidigt umsonst einen verlassenen Staatsgedanken, wenn man nicht mehr selbst regiert, und eine neue Regierung das gerade Gegenteil des früher geltenden Reichsgedankens sich zum Prinzip genommen hat; man verteidigt denselben um so fruchtloser, wenn der höchste staatliche Faktor auf immer mit diesem einst so hochgehaltenen Systeme gebrochen hat.

Für eine deutsch-liberale Minorität war unter solchen Verhältnissen gegenüber einer slavisch-klerikalen Majorität auf Erfolg niemals zu rechnen, weil derselbe nur dann denkbar wäre, wenn an maßgebendster Stelle die Überzeugung Platz griffe, mit Slaven und Klerikalen sei der Staat auf die Dauer weniger konstituierbar. Zu dieser Überzeugung aber auf kurzem Wege zu verhelfen, hat die deutsche Opposition bisher gar nicht versucht. Es geht im Gegenteil ja gerade, Dank den Deutschen, sehr gut. Die deutsch-liberale Partei hätte auch auf dem Wege einer Kompromißpolitik den Einfluß auf die Staatsverwaltung wieder zurückzugewinnen versuchen können. Sie hätte sich zu diesem Zwecke entweder mit dem liberalen Teile der Slaven oder dem konservativen Teile ihrer eigenen Konnationalen verständigen müssen. Man verschmähte auch diesen Versuch der Selbstbefreiung aus einer desperaten politischen Lage.

Heute kommen Slaven und Klerikale ohne, ja gegen die Deutschen ihren Zielen näher.

„Treu dem altgewordenen Prinzip bis zur Bewußtlosigkeit" ist nun einmal die Losung dieser Partei.

Daß dabei der liberale Staatsgedanke aller geharnischtesten Verwahrungen ungeachtet doch nicht zu schützen ist, daß wir heute

trotz der wuchtigsten Entrüstungsreden doch vor einer Wiedergeburt der Konkordatsschule stehen, daß dagegen über der nutzlosen Verteidigung des Liberalismus samt diesem auch das Deutschtum des Reiches flöten geht, hat ja weiter nichts zu sagen, wenn nur das Prinzip gewahrt bleibt. Diese Verfechter bürgerlicher Freiheit haben eine fatale Ähnlichkeit mit den Gladiatoren der römischen Cäsaren, welche ihrem Imperator begeistert zuriefen: „Morituri te salutant.“ Das mag recht erhaben und romantisch klingen im Munde einer unfreien Fechterkaste, aber die Haltung eines beleidigten, aufs äußerste bedrohten Volkes vom Range des deutschen stellen wir uns anders vor.

Was hat denn eigentlich die deutsche Parteileitung bisher zum Schutze und zur Erhaltung der deutschen Nationalität an bedrohten Punkten praktisch Nützliches gethan? Sie gründete den deutschen Schulverein, das einzige wirklich nationale und anerkennenswerte Werk, welches auch der Erhaltung deutscher Sprachinseln großen Nutzen bringen könnte, wenn die ganze übrige Taktik des deutschen Parteilagers mit diesem Unternehmen sich im Einklang befände. Dies ist aber nicht der Fall, wie wir gleich beweisen wollen. Dem deutschen Schulverein stehen gleiche slavische Vereine gegenüber. Letztere begegnen aber der einheitlichen Mitarbeiterschaft aller anderen politischen Faktoren des slavischen Standpunktes. Der slavische Schulverein kann mit viel sichererem Erfolge in deutschen Gauen slavisieren, als der deutsche in slavischen germanisieren. Die slavische Bevölkerung, woldisziplinier und von oben her beständig angefeuert, sorgt schon dafür, daß der deutsche Schulverein keinen großen Schaden anrichten kann. Im besten Falle lernen etliche slavische Kinder auf deutsche Kosten Deutsch, bleiben aber Slaven. Trotz des deutschen Schulvereines verkünden die Slaven mit Stolz, daß sie *ihre* geschlossenen Sprachgebiete vom germanischen Elemente gründlich gesäubert haben. Ganz anders steht es mit den entgegengesetzten Bemühungen. Die deutsche Bevölkerung läßt noch heute das feindliche slavische Element in ihren Sprachgebieten immer mehr überhandnehmen, ja fördert selbst diese Einwanderung, weil ja die eigene Parteileitung zu solchen

Kleinigkeiten wie Belehrung des deutschen Volkes über seine Gefahren wegen höherer Staatsgeschäfte keine Zeit hat.

Man staunt, wenn man angesichts einer so zweifellos feindseligen Einwanderung in vielfältigen Anstellungen, welche die autonome Gemeinde zu vergeben hat, enragierte Slaven mitten im deutschen Lande antrifft. Das deutsche Landvolk Österreichs ist noch heute national so viel wie nicht erzogen und daran trägt jener Teil der Parteileitung die Schuld, welcher die nationale Kraftentwicklung des deutschen Volkstums in ihrem Beginne unterdrückt hat. Wenn nicht das ganze Aktionsprogramm auf nationalem Boden ruht, kann darum eine einseitige Unternehmung nationaler Tendenz nicht jene erfolgreiche Thätigkeit entfalten, welche beim Zusammenwirken aller Faktoren auf ein Ziel möglich wäre. Wenn man Schulen erhalten will, muß man auch das Volkstum für diese Schulen zu erhalten trachten. In diesem Sinne aber geschieht so gut wie gar nichts, es geschieht wie gesagt sogar das Gegenteil. Besonders das deutsche Großkapital ist es, welches die Einwanderung slavischer Arbeitermassen in deutsches Sprachgebiet vermittelt und geradezu fördert. Dieses Menschenmaterial dient dort überall slavisch-nationalen Zwecken. Dasselbe Großkapital ist es aber wieder, welches auf die deutsche Parteileitung den entscheidendsten Einfluß übt.

Was hat denn, fragen wir nun weiter, diese deutsche Parteiführung dazu gethan, um ihrem schwindenden Einflusse im Staatsleben durch Zufuhr neuer Kräfte, Errichtung neuer Dämme des politischen Widerstandes entgegenzuwirken? Was hat sie gethan, um dem sinkenden Selbstvertrauen, der weichenden Zuversicht im eigenen Volke durch eine die Massen mächtig ergreifende, zündende Idee neues, frisch pulsierendes politisches Leben einzuhauchen, den allgemeinen Widerstand gegen ein gefährliches Regime zu organisieren? Nichts hat sie gethan, das Gegenteil davon ist ihr Werk. Während bereits einige Rufer im Streite für das Deutschtum Österreichs die zwölfte Stunde ansagen, beweisen die gelehrten Herren der „vereinigten deutschen Opposition" überaus staatsmännisch, warum man noch dieses zehnte Mal dem Ministerium Taaffe die Mittel zur

weiteren Entdeutschung des Reiches bewilligen, warum man dem System gegen seine eigenen Freunde hilfreich beispringen müsse. Das verstehe, wer da kann. Fürwahr, gäbe es lauter solche Oppositionen auf der Welt, ein Kind könnte sie regieren.

Es liegt ein gewaltiger Unterschied zwischen einer Opposition, welche innerhalb einer einheitlichen Nation um die Verwirklichung freiheitlicher Ideale ringt oder umgekehrt den fortschrittlichen Gang der Gesetzgebung zu hemmen strebt, und zwischen einer Opposition, welche die Existenz einer Nationalität gegen deren Widersacher und Verderber zu verteidigen hat. Dort ist es ein Kampf um die Art des Lebens, hier ist es ein Kampf um das Leben selbst. Der erstere kann in der beliebten akademischen Form geführt werden, der letztere erfordert stärkere Mittel. Der deutschen Opposition kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie den ganzen Ernst der Lage bisher verkannt hat infolge eines — — Parteidünkels, den sie aus der Zeit ihrer Herrschaft herübergenommen und der es auch verschuldet hat, daß sie sich über das wahre Ausmaß ihrer politischen Macht in einem kontinuierlichen Irrtume befand. Dieser Parteidünkel hat ja so weit geführt, daß sie es sogar unter ihrer Würde fand, die natürliche Verbindung mit den eigenen Wählerkreisen rege zu erhalten, die Stimmung und die politischen Wünsche des eigenen Volkstums kennen zu lernen, daß sie sich zu einer parlamentarischen Prätorianercohorte hinaufblähte, die nach oben alles verlieren, nach unten alles verderben mußte. Zur Verteidigung der bedrohten nationalen Existenz hätte die deutsche Opposition der ganzen, vollen, begeisterten Nachfolge der gesamten deutschen Nation in Österreich bedurft, um von der slavophilen Regierung respektiert zu werden. Wie ein Mann hätte sich das deutsche Volk gegen den ihm angethanen Schimpf erheben müssen, man hätte das Feuer nationaler Begeisterung zur hellen Lohe anfachen müssen. Bedrohte Nationalität wird nur durch erhöhtes Nationalgefühl geschützt und erhalten.

Die natürliche Reaktion im deutschen Volke gegenüber einer Verfolgung des Deutschtums von Reichswegen ließ auch nicht auf sich warten, sobald sich erst die Folgen des neuen

Systems in allen deutschen Gauen bemerkbar machten. Es kam zu einer stürmischen deutsch-nationalen Bewegung besonders in Böhmen und Steiermark.

Wie verhielt sich nun da die ehemalige deutsche Verfassungspartei?

Mit allen Mitteln des Parteieinflusses trachtete sie diese elementare Regung des sich bedroht fühlenden eigenen Volkstums zu beschwichtigen, eine natürliche Bewegung der Notwehr, welche instinktiv nach dem rechten Mittel griff, aus Gründen opportunistischer Herkunft zu ersticken. Vergebens erhoben sich zahlreiche Stimmen im eigenen Parteilager, die Notwendigkeit eines den neuen Verhältnissen Rechnung tragenden neuen Aktionsprogrammes zu betonen. Man trug lieber den Parteikrieg ins eigene Lager und bot lieber das traurige Bild deutscher Uneinigkeit in drangvollster Zeit den darob mit Recht höchst befriedigten Slaven und ihrer Parteiregierung. Jeder Versuch einer Einigung über die künftig einzuhaltende Stellung der Deutschen Österreichs scheiterte an der sogenannten Herbstschen Gruppe. Diese Gruppe nimmt zwischen der Regierung, deren Opposition sie sich nennt und zu deren Gunsten sie Politik macht, und dem deutschösterreichischen Volke, dessen Interessen zu vertreten eigentlich ihr Beruf wäre, einen seltsamen Standpunkt ein. Ihr Handwerk ist es, um Verlorenes unverdrossen fortzuperorieren und das verloren Gehende zu ignorieren. Der Ausgang des Parteikrieges im deutschen Lager selbst bestätigt am meisten unsere Behauptung über die verhängnisvolle Trennung der deutschen Parteileitung von ihrer Berufsaufgabe. Bei diesem Kampfe um die deutschnationale Idee zeigte sich, wie weit der Parteigeist der deutschen Abgeordneten sich im Laufe der Zeiten von seinem Urquell, dem Volke, von dessen Gefühlen und Überzeugungen entfernt hat. Dies aber ist der folgenschwerste Fehler einer Volksvertretung, wenn sie sich jenem Elemente entfremdet, das ihr allein Kraft und Nachdruck verleihen kann. Diesem überlebten Parteistandpunkte hat es das deutsche Volk Österreichs zu danken, daß es von den Sudeten bis zur Adria nirgends mehr seiner nationalen Existenz sicher ist.

Die deutschnationale Bewegung wäre, wenn, statt von der eigenen Partei unterdrückt, in richtige Bahnen geleitet und ausgenützt, ein ebenso mächtiger Faktor im Staate geworden wie die slavische. Die Regierung hätte mit diesem Faktor seiner Gefährlichkeit wegen rechnen müssen. In der That war auch dieselbe von dem plötzlich auftauchenden neuen Geiste, der sich im deutschen Volke Österreichs zu regen begann, mehr beunruhigt als von den oratorischen Leistungen der berühmten Verfassungsgarde. Gerade diese alte Garde war es aber, welche der Regierung zur rechten Zeit hilfreich beisprang. Die Herbstsche Richtung war es, welche die deutschnationale Bewegung als etwas Unpatriotisches perhorreszierte zum Jubel der geängsteten Slaven, welche befürchteten, den Deutschen sei endlich etwas Vernünftiges eingefallen; diese Richtung war es, welche den Lehrsatz aufstellte, was jeder nationalen Partei in Österreich erlaubt sei, werde bei den Deutschen zum Reichsverrat.

Wenn eine Volksvertretung zum Gaudium ihrer unversöhnlichen Gegner einer Regierung Vorschub leistet, die ihre feindliche Absicht gar nicht mehr zu bemänteln vermag, sollte man glauben, daß einer solchen Parteiführung das letzte Stündlein geschlagen habe.

Dem war nicht so. Im Gegenteile mußte sich schließlich die deutschnationale Vertreterschaft dem verfassungstreuen Parteiregime unterwerfen, und sie that es. Jedenfalls hat diese deutschnationale Gruppe der Opposition mehr staatsmännische Selbstbeherrschung bewiesen, indem sie dem Frieden im deutschen Lager ihre bessere Überzeugung opferte, als jene, welche hartnäckig auf Festhaltung eines von der Reichsentwicklung überholten Parteiprogrammes bestanden, mit dem sie endlich doch sicheren Schiffbruch leiden werden.

Bei dem Systeme österreichischer Interessenvertretung und parlamentarischer Clubherrschaft nimmt uns dies übrigens nicht Wunder. Dies System macht es leicht, die Überzeugung der Massen an ihrer gesetzlichen Geltendmachung zu hindern. Dies gilt für alle Parteien des österreichischen Reichsrates in gleichem Maße.

Sowie das deutsche freisinnige Volk Österreichs heute ganz anders denkt, fühlt und strebt als die erbgesessenen Interpreten des deutschen Volkswillens, ebenso bringt auch die slavische Volksvertretung nicht jene Intentionen zum Ausdrucke, wie sie die slavische Volksseele erfüllen. Das ist auch so ein spezifisches Merkmal österreichischen Parlamentarismus.

Man weiß da wahrhaftig mitunter nicht, wen man mehr bewundern soll, die Volksvertretung oder die, welche sie wählen. Das eigentümliche Statut der österreichischen Wahlordnung verlegt den Schwerpunkt des parlamentarischen Lebens in Kreise, welche durchaus nicht immer und überall den Willen der überwiegenden Mehrheit irgend eines zu vertretenden Volkstums zum Ausdrucke zu bringen geneigt sind. Die verschiedenen parlamentarischen Machthaber vertreten nicht selten wesentlich andere Interessen, als man sich in einem Mandate gelegen vorstellt. Das Prinzip der Interessenvertretung hat zur natürlichen Folge, daß die Wahrnehmung der Vorteile gewisser bevorzugter Stände eigentlich die Hauptsache einer solchen soi-disant Volksvertretung bildet. So etwas nennt man eben Konstitution. Mit Hilfe solcher Interessenvertretung, die an den Egoismus gewisser reich begüterter Gesellschaftsklassen appelliert, ist man auch im Stande, die Majorität einer solchen Volksvertretung nach Belieben zu verschieben, was bei einem aus dem Volke hervorgegangenen, auf allgemeinem Stimmrechte beruhenden Parlamente nicht möglich wäre. Die Interessen des Großgrundbesitzes, des Großkapitales decken sich mit denen fast jeder Regierung, wenn sie nur nicht streng demokratisch ist.

So gibt es denn auch im Schoße der wieder vereinigten deutschen Opposition sehr einflußreiche Elemente, welche mit ihren politischen Sympathien jedenfalls einem Lienbacher oder Hohenwart näher stehen als z. B. einem Dumreicher, Pernerstorfer u. s. w. Das sind die Interessengruppen der großkapitalistischen Kreise, welche, beiläufig gesagt, ebenso eine vom Volkstum sich abscheidende Kaste bilden wie der blaublütige Geburtsadel oder die schwarzblütige Clerisei. Da gibt es sehr starke Parteischattirungen, welche, in ihrer Idee eines nationallosen Großösterreich alt geworden, sich in den veränderten Stand

der Dinge nach oben und unten absolut nicht zu finden wissen und das Rad der Zeit mit derselben Hartnäckigkeit zurückdrehen möchten wie die würdigen Herren Patres societatis Jesu.

An allen diesen Elementen scheitert ein gesunder nationaler Widerstand der Deutschen Österreichs, denn dieser würde der Regierung wirklich unbequem und das darf nicht sein. Man hat ja noch so tausendfältige kleine Rücksichten zu nehmen auf ein Regime, das Nordbahnvorlagen und andere nützliche Dinge in seinen Portefeuillen stecken hat, es laufen zwischen den sogenannten deutschen Kreisen der haute finance und der Regierung noch zu viele Vielliebchen hinüber und herüber. Darum mußte die deutschnationale Bewegung geopfert werden.

Und sie ist es geworden nicht etwa, weil man selbst an die abgeschmackte Unterstellung glaubt, diese Bewegung sei unpatriotisch und dagegen die slavische Nationalbewegung höchst loyal, sondern darum, weil einem großen Teile der deutschen Abgeordneten, besonders der Großgrundbesitz- und mährischen Manchesterpartei, ein Anschluß an die deutschnationale Bewegung aus Gründen großkapitalistischen Interesses nicht genehm war.

Auf diese Art ward die große, herrliche, volkstümliche Bewegung von den eigenen Führern umgebracht.

Derlei Bewegungen ergreifen die Volksseele wie ein Fieber. Ein solcher Zustand bedeutet nun freilich eine Abnormität und kann auch bedenkliche Erscheinungen wachrufen, aber es ist auch die Heilung bringende Reaktion eines gesunden Organismus gegen ein in ihn gelangtes Gift. Der deutsche Nationalkörper Österreichs ist in Gefahr, einer sehr verkehrten Behandlung zu erliegen, die das Fieber bekämpft und das Gift im Leibe läßt. Allerdings sieht man auch Kranke trotz falscher Therapie genesen und wir wollen dies auch von unseren Patienten hoffen, aber das hindert nicht, daß eine solche Methode das Leiden verlängert und dafür wird sich einst das deutsche Volk bei seinen politischen Sanitätsräten zu bedanken haben.

Nichts beweist überzeugender die Unklarheit der politischen Ziele innerhalb des deutschen Oppositionslagers, von welcher

der Verfasser des „Neue Bahnen“ leider mit Recht sprechen kann, als der häufige Wechsel der Parteibezeichnung, das Zerreißen der geschlossenen Oppositionsphalanx in getrennt manövrierende Gruppen.

Erst nach mehrjährigen Kämpfen gewann die vormalige Verfassungspartei die Erkenntnis, daß alle maßgebenden Faktoren des Staatslebens in Österreich sich in einem unaufhaltsamen Verländerungsprozesse der Reichsprärogative bewegen, daß die zwar noch nominell geltende Verfassung im Abbau begriffen sei, daß man selbst zu schwach sei, diesem Prozesse Einhalt zu gebieten. Nun bequemte man sich zu einer Änderung der taktischen Aufstellung. In welcher Weise aber vollzog die alte Verfassungspartei diesen notwendig gewordenen Wandel ihrer Parteirichtung?

Die ideale Verfassungsidee liberaler Konzeption war durch die aufgewühlten, in der Sonnenwärme der Freiheit emporgeschossenen nationalen Rassengegensätze entwürdigt und in diesem Reiche für immer vernichtet. Wo die Freiheit nur dazu dient, seinem verhaßten Gegner besser an den Leib zu können, ist eine weiteste ausgemessene Freiheit nicht am Platze.

Die deutsche Verfassungspartei hätte nun ihrem Volkstum für das verunglückte Ideal ein neues gleich mächtig die Massen begeisterndes bieten müssen. Hiezu kam auch die mächtigste Anregung aus dem Schoße des deutschen Volkes selbst und man hätte nur zuzugreifen brauchen. Instinktiv, wie die Volksseele stets aus sich heraus die selbsterhaltenden Triebe weckt, that sie es auch in diesem Falle. Stürmisch begehrte man die Bildung einer deutschen „Nationalpartei“ im österreichischen Parlamente.

Und die „Herbstzeitlosen“?

Wir haben geschildert, was sie thaten. Das Resultat war eine Scheidung der deutschen Opposition in eine „deutsche“ schlechtweg und eine „deutsch-österreichische“ Partei. Wer hatte den Nutzen davon? Die Regierung und ihr slavischer Anhang.

Mit Recht konnte die Regierung nun die Behauptung aufstellen, daß es unter den Deutschen Österreichs eine Richtung geben müsse, welche den österreichischen Staatsgedanken

als solchen in Frage stellt, und wem konnte eine solche Unterstellung willkommener sein, als dem Staatsmanne, welcher sich schon so viel Mühe gegeben hat, die Reichstreue der Deutschen in Frage zu stellen, als den Slaven, deren eigene die Staatseinheit bedrohende Politik nun in einem milderen Lichte erschien.

Die Entgegenstellung eines Deutschösterreichertums gegen die deutschnationale Bewegung bleibt der abominabelste unter den vielen politischen Fehlern, welche die gewesene Verfassungspartei begangen hat. Das war ein Akt von Kalfakterei nach oben, der nicht einmal bei den gegebenen Verhältnissen Aussicht auf Anerkennung hatte, gegenüber dem eigenen Volke aber ein gar nicht näher zu bezeichnender Vorgang.

Mit diesem Akte hat die dermalige deutsche Parteileitung — natürlich meinen wir damit nicht die deutschnationalen Elemente derselben — einen unheilvollen Bruch ins eigene Lager getragen und der deutschen Nationalität in Österreich einen schlimmeren Schlag versetzt, als alle slavischen Agitatoren in deutschen Gauen vermögen. Sie hat dem deutschen Volke Österreichs die einzige Waffe aus der Hand gewunden, womit es seine nationale Existenz verteidigen kann. Sie selbst drückte dem deutschnationalen Gedanken die Signatur irredentistischer Tendenz auf und zwang so dies gut österreichische Element zur Preisgebung seines besten Kampfmittels wider die Slaven.

Das war kein Meisterstück, Octavio!

Man glaubte durch Verleugnung der heiligsten Gefühle und Interessen eines in seiner dynastischen und Reichstreue tief gekränkten Volkes, durch beharrliche Beweise selbstlosester Ergebenheit und Mäßigung, durch loyalste Unterstützung einer die deutschen Interessen so schwer schädigenden Regierung an maßgebendster Stelle das Urteil über die patriotische Gesinnung ihrer allergetreuesten Opposition korrigieren und so die eigene Lage bessern zu können.

Bittere Täuschung! Man will keine deutsche Treue

mehr. So scheint es wenigstens. Welcher Unsegen der deutschen Sache aus der wahnwitzigen Spaltung unter so blosstellendem Einteilungspunkte erwuchs, haben wir mit tiefer Wehmut miterlebt.

Nicht genug daran, daß dieser Zwiespalt die deutsche Widerstandskraft völlig lähmte und den Slaven kostbare Zeit ließ, ihre Machtsphäre weiter auszubreiten, gab derselbe auch noch das Signal zur Bildung heterogenster Parteirichtungen im deutschen Lager selbst. Die gewaltsame Unterdrückung einer naturgemäßen Volksbewegung hinterließ eine tiefe Erbitterung in allen Schichten des deutschen Volkstums. Man hatte ja nur unter dem gebieterischen Zwange des endlich doch höher stehenden Bedürfnisses nach Einigkeit in schwer bedrohter Lage, aber nicht aus Überzeugung sich verständigt. Im Volke selbst blieb der Stachel des Schmerzes über ein ihm geraubtes Palladium zurück. Jeder glaubte sich nun berechtigt, Doktrinen der Volksrettung aufstellen zu können. Jeder sah in irgend einem anderen Umstande die Ursache des Übels. Ein Teil wollte gefunden haben, daß das dem Deutschtum beigemengte und politisch sehr einflußreiche Judentum an der Hemmung des Nationalwillens schuld sei und so entstand die antisemitische Bewegung, der degenerierte, unähnliche Nachfolger und Stiefbruder der deutschnationalen Massenbewegung. Das deutsche Volk im Gefühle seiner Not griff nach der alten Unglückswalze und leiert nun die volkstümliche Jammermelodei: „An allem Unglück ist der Jude schuld."

In jenem verblendeten Selbsterhaltungstriebe, in welchem wir Menschen und Thiere die verkehrtesten Handlungen begehen sehen, stürzt es wütend zu den Wahlurnen, um jenen sein Schicksal anzuvertrauen, welche ihm versichern, daß sie Judenfeinde sind.

Darüber denkt heute niemand mehr nach, daß an der slavischen Bewegung und deren Folgen für das Deutschtum der Jude sehr unschuldig ist, daß selbst mit dem letzten vertriebenen Juden sich gar nichts ändern würde im Schicksale der Deutschen Österreichs, welches ihnen die Slaven zu bereiten gedenken.

Man kann ja über die Judenfrage so seine besonderen Gedanken haben, das aber steht fest, daß sie mit dem jetzigen Völkerstreite in Österreich gar nichts zu schaffen hat und daß deren Hereinzerrung ins deutsche Lager zu so bedenklicher Zeit ein Symptom der Auflösung der deutschen parlamentarischen Schlachtordnung bedeutet.

Ein dem antisemitischen Lager verwandter Bruchteil deutscher Bevölkerung erblickt sein Heil sogar nur noch in einer reuigen Rückkehr zur alleinseligmachenden Kirche und wirft sich demagogischen Patres in die Arme. So sehen wir selbst die dem Liberalismus entgegengesetzte Strömung hie und da bereits Boden in dem nach Rettung ausschauenden deutschen Volke suchen.

Welch klägliches Bild politischer und geistiger Verarmung! Gerade so, als ob noch nie die stolzen Ideale bürgerlicher Freiheit die Volksseele durchdrungen, als ob es nicht noch jüngst eine hohe Zeit politischer und geistiger Erhebung gegeben. „Alles weggeschrumpft" könnte man mit Hamlet sagen. Not macht eben blöde — auch die politische.

Heute müssen sich die ersten Staatsmänner einer einst mächtigen Partei, deren Politik es glücklich fertig gebracht hat, ein großes Kulturvolk aus dem regierenden Faktor eines Großstaates bis zur Rolle einer nach innen und außen diskreditierten, in sich zerfallenen ohnmächtigen Parlamentsminderheit herabzuwirtschaften, von politischen Grünschnäbeln schulmeistern und mit unflätigem Hohne geißeln lassen.

Das ist der Fluch der Katheder*weisheit* im politischen Leben. *Wo nicht Gründe, sondern Machtmittel entscheiden, ist Prinzipienreiterei vom Übel.* Wie oft hat nicht der mächtigste Staatsmann unserer Zeit, dem gewaltigere Mittel zur Erreichung eines politischen Zieles zu Gebote stehen als einer parlamentarischen Minorität, aus praktischen, taktischen Gründen sein nächstes Ziel modifiziert und den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Das Parlament ist eben kein juridischer Hörsaal, sondern eine politische Börse, auf welcher zwar auch viel doziert wird, das Handeln aber doch der Hauptzweck bleibt. Wer da statt in lebendigen Interessen in der Lancierung nicht mehr kursfähiger toter Werte macht, der zahlt

schließlich die Differenzen für alle. Diese undankbare Rolle übernahm die deutsche Opposition und muß sichs nun gefallen lassen, wenn die Lueger, Türk, Fiegl und Konsorten Männer mit wegwerfendem Tone traktieren, deren staatsmännische Begabung, hohes Wissen und über jeden Zweifel erhabener Charakter von unserem Tadel völlig unberührt bleibt.

Ihre Parteiführung litt nur unter einem Irrtume, der freilich in seinen Konsequenzen bedenklich werden sollte, nämlich unter der Vermessenheit, die Obhut des österreichischen Staatsgedankens als das Monopol ihrer Partei anzusehen, welcher darum keine Regierung auf die Dauer entraten könne. In diesem Sinne drängte sie sich als unberufener Kronhüter auf und vermaß sich, mit ihrem Staatsdoktrinarismus jene pädagogisieren zu wollen, in deren Macht die Gestaltung des Reiches endlich doch gelegt bleibt und denen gerade darum eine Partei immer lästiger werden mußte, die in rücksichtsloser Pedanterie sich als Staatshofmeister aufwarf. Hier spielte sich ein Kompetenzstreit um die Macht im Staate ab, bei dem es begreiflich war, daß die Verfassungspartei den kürzeren ziehen mußte, daß der mächtigere Staatsfaktor endlich parlamentarischen Übermut in jene Grenzen verwies, über die sich derselbe auch in einem Rechtsstaate nicht hinauswagen darf.

Eine so hervorragende Stellung, wie sie die deutsche Parlamentsmajorität Österreichs vom Jahre 1867 an einnahm, verpflichtete deren Träger im Interesse der Erhaltung der führenden Rolle im Staate zu etwas mehr als einer blind zugreifenden Aufrollung eines durch Dick und Dünn gejagten Freiheitsideales. So lange es in einem Staate mehr als einen entscheidenden Faktor der Gesetzgebung giebt, müssen die vitalen Interessen der übrigen Faktoren — ob vermeintliche oder faktische — respektiert werden.

Hier liegt der Schlüssel zu allen früheren und späteren Mißgriffen der deutschliberalen Parteileitung. Unter solchen Umständen mußte endlich die notwendige Übereinstimmung verloren gehen, welche die gesetzgebenden Faktoren im Staate zu gemeinsamer Arbeit verbindet. Die Krone wäre endlich selbst dann, wenn die Überzeugungen und Sympathien des Trägers

derselben rückhaltlos der liberalen Staatsidee zugeneigt hätten, aus Gründen der höheren Staatsraison genötigt gewesen, eine parlamentarische Kombination zu finden, die einen ruhigen, gesicherten Gang der Staatsmaschine gewährleistet. Mit einer Partei, welche ihre eigenen Ministerien im Stiche läßt, ist nicht zu regieren. Die bosnische Episode halten wir darum nur für den letzten Anlaß, eine Partei von der Führung abzusetzen, die sich nachgerade selbst regierungsunfähig gemacht hatte.

Daß die Haltung der depossedierten österreichischen Verfassungspartei eine nicht minder widerspruchsvolle und über das eigene Vermögen eitel hinausgreifende war, haben wir vorher schon gezeigt.

In dem Irrtume, welcher die Ursache aller ihrer Mißgriffe wurde, ist sie heute noch befangen. Sie glaubt heute noch, die Regierung werde endlich vor ihr kapitulieren müssen. Dazu ist das System viel zu weit vorgeschritten, um noch eine Umkehr zu ermöglichen. Selbst wenn die Krone die Überzeugung gewänne, daß die slavisch staatsrechtliche Bewegung auf ihrem weiteren Entwicklungsgange für den einheitlichen Reichsgedanken, für die Prärogative der österreichischen Kaiserkrone, für die Erhaltung der staatlichen und bürgerlichen Ordnung noch größere Gefahren heraufzubeschwören geeignet sei, als die seinerzeitige deutschliberale Richtung der Regierungsform, selbst dann, wenn die Krone auf Grund einer solchen gewonnenen Einsicht die Um- und Rückkehr zu den altösterreichischen Traditionen versuchen wollte, könnte dies heute nicht mehr geschehen, ohne eine noch gewaltigere Kraftanstrengung und Erschütterung des ganzen Staatsgebäudes, als es gekostet hat, das Reich seiner traditionellen Basis zu entreißen und das slavische Element statt des deutschen zum Stützpunkte der inneren Politik zu erheben. Wir halten sogar einen derartigen Versuch heute schon für derart gewagt, daß sich kein Staatsmann finden ließe, der dazu den nötigen Mut besäße. Die Austroslaven würden bei der heutigen Erstarkung der panslavistischen Idee, bei der beträchtlichen Konsolidation ihrer politischen Stellung im Reiche sich nicht mehr ohne Sang und Klang bei Seite schieben lassen.

In der slavischen Rasse liegt ein viel realistischerer Zug, der sich nicht viel mit politisch-moralischen Skrupeln plagt, sondern nach dem Grundsatze „zwar nicht ehrenhaft, aber gesund" ihr politisches Thun regelt.

Die Slaven verstanden es ja zu Zeiten, welche ihren Bestrebungen viel ungünstiger als heute lagen, jeder österreichischen Regierung durch ihre rücksichtslose Konsequenz zu imponieren, sie würden dies heute noch besser verstehen, wenn man mit ihnen wieder brechen wollte. Der Austroslaven politisches Programm übersetzt sich in gemeinverständliches Deutsch mit dem Satze: „Ein Königreich Böhmen, Polen, Slovenien 2c. steht uns höher als ein Kaisertum Österreich". Das leugnen sie zwar jetzt noch. Dem ist aber doch so. An Verstellung hat es den Slaven bekanntlich nie gefehlt.

Sie werden sich darum ein Kommando nach rückwärts nicht ohne den Versuch gefallen lassen, ihre wahre Natur zu zeigen, jetzt wo sie bereits nahe daran zu sein glauben, an die Bildung von Föderativstaaten schreiten zu können. Dazu hat es freilich noch seine guten Wege, aber ein tüchtig Stück Weges hat der Slavismus bereits hinter sich und je weiter vorwärts auf der Bahn desto leichter wird die Durchbruchsarbeit.

All dies heute ungeschehen zu machen, alle Vorteile wieder zu entreißen, die man den Erzfeinden und Leugnern der großösterreichischen Staatsidee eingeräumt, ihnen das gewonnene Territorium wieder abzujagen, wird wol kein einsichtiger Kenner der Lage für so leicht möglich halten.

Daran denkt darum auch unseres Bedünkens die gegenwärtige österreichische Regierung nicht mehr. Nur die deutsche Opposition hält sich noch immer an diese eitle Hoffnung, hält sich noch immer für unüberwindlich, unentbehrlich.

Dies beweisen am besten Dr. von Plener's Worte in seiner jüngsten Budgetrede über die unerschütterliche Widerstandskraft des Deutschtums in Österreich. Diese mangelhafte Besorgnis um die doch so sehr bedrohte nationale Existenz des Deutschtums in Österreich, dies durch nichts berechtigte Sicherheitsgefühl ist ebenso unbegreiflich als verhängnisvoll, weil es

die Parteileitung von einer energischeren Abwehr des ins deutsche Sprachgebiet eindringenden Slaventums zurückhält.

Dr. von Plener, der gegenwärtige Führer der vereinigten deutschen Opposition, steht mit seinen Anschauungen über die Sachlage übrigens dem nationalen Standpunkte näher als die übrigen Parteigenossen seines verfassungstreuen Lagers.

Von ihm stammt der von richtigem Geiste getragene Zweiteilungsantrag Böhmens. Der Antrag hat nur den Fehler, daß er um 15 Jahre zu spät kömmt. Damals hätte man sich von den Czechen für immer befreien können, heute lassen sie ihre lieben deutschen Landsleute nicht mehr aus ihren Fingern. Man sieht aber aus dem Antrage das Verständnis der Situation. Die politische und administrative Befreiung deutscher Bürger des Staates aus den Händen der chauvinistischen Slaven ist ein der deutschen Opposition würdiger Standpunkt. Herr von Plener stünde heute schon vollständig im deutschnationalen Lager oder besser gesagt, seiner hervorragenden Stellung wäre es gelungen, die ganze Partei unter diesem Gesichtspunkt zu ralliiren, wenn er selbst nicht auch von dem alten Irrtum befangen wäre. Er hofft noch. Dieser hervorragendste, begabteste deutsche Staatsmann Österreichs wäre sonst dazu berufen gewesen, der Organisator des deutschnationalen Widerstandes, der vom begeisterten Vertrauen Aller getragene Führer der deutschen Nation in Österreich zu werden, eine Aufgabe, welche den höchsten Ehrgeiz zu befriedigen vermag, da sie eine geschichtliche Rolle in sich faßt. Aber er hofft noch.

Dr. von Plener scheint uns ferner die Widerstandskraft des österreichischen Deutschtums darum zu überschätzen, weil er dabei die deutsche Bevölkerung der gesamten cisleithanischen Reichshälfte im Auge hat. Bei der Beurteilung der nationalen Widerstandskraft und Sicherheit ist jedoch nicht zu vergessen, daß ja die eigentliche nationale Bedrohung nur Ländergebiete betrifft, wo das Deutschtum numerisch in der Minorität ist, daß ferner die Qualität des nationalen Widerstandes zu der des Angriffes in einem sehr unvorteilhaften Verhältnisse steht.

Letzteres beruht wieder darauf, daß der Angriff ein wol-

organisierter eine die Verteidigung, von der Parteileitung bisher vernachlässigte, planlose ist. Fast die gesamte deutsche Opposition des Reichsrates rekrutiert sich aus national bedrohten Reichsgebieten.

Die national gesicherten deutschen Sprachgebiete, die Alpenländer, kommen aber bei Bemessung der oppositionellen Widerstandskraft gar nicht in Betracht, denn diese deutschen Stammesbrüder befinden sich zumeist im Lager des nationalen Feindes und helfen diesem den deutschen Charakter des Reiches zerstören. Mit der Siegesbewußtheit der Opposition sieht es also bei näherer Beleuchtung etwas windig aus. Jenes deutsche Volkselement, welches bei der Frage der Erhaltung des geographischen Machtbereiches deutscher Zunge überhaupt in Anschlag gebracht werden kann, ist provinziell unter slavische Mehrheiten verteilt, territorial fast zusammenhanglos oder mit slavischen Minoritäten stark vermengt, welche letzteren aller Förderung durch die Regierungsgewalt sicher sind.

All das weiß nun doch Herr von Plener so gut wie wir, er weiß, daß z. B. in Böhmen selbst bald keine deutsche Stadt mehr existieren wird, die nicht ihren slavischen Agitationsherd beherbergen muß, ob sie nun will oder nicht. Dasselbe gilt in noch ärgerem Maße von Mähren, Schlesien, und andern sprachlich gemischten Ländern. Wie es im Süden der Monarchie aussieht, hat doch Baron Dumreicher beweglich genug geschildert. Woher nun diese Zuversicht? Es macht dies den Eindruck, als wäre Herrn von Plener irgend eine geheime, für uns in Dunkel gehüllte Macht bewußt, welche den naturnotwendigen Verlauf der Dinge zu rechter Zeit hemmen werde. Wer befindet sich nun da im Gebiete spekulativer Träumereien?

Wir rechnen mit dem, was wirklich geschieht, auf das, was daraus resultieren muß. So utopisch denkt ein Plener nicht, daß er die Rettung des österreichischen Deutschtums von irgend welchen unabsehbaren äußeren Zwischenfällen erwarten sollte. Derlei Calcul paßt nicht in die Erwägungen eines verantwortlichen, mitten in der politischen Aktion stehenden, ernsten Parteiführers. Folglich müßte Herrn von Plener irgend ein Moment der inneren Politik bekannt sein, welches ihn zur An-

nahme eines Systemwechsels vor dem völligen Verderbnisse seiner Partei ermutigt.

Einer solchen Zuversicht entspricht aber weder Ton und Haltung der eigenen Partei, noch die Stimmung der deutschen Bevölkerung, in welcher sich die Spuren beginnender Desorganisation mehren, einer solchen Zuversicht entspricht auch nicht das beständig tiefer in das Staatsgefüge eingreifende gesetzgeberische Wirken der regierenden slavischklerikalen Majorität.

Gar seltsam wird solche Zuversicht auch durch die Worte des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Pichler illustriert, welcher die Situation der Deutschösterreicher mit dem Satze kennzeichnete: „Unser Los ist nur — Versöhnung oder Auswanderung." Das Wort Versöhnung ist aber in der Chiffrirsprache des Taaffeschen Systems als „Entnationalisierung" zu lesen. Da hätten wir ja den famosen Rat des Verfassers der „Neuen Bahnen" wieder.

Wie man angesichts einer solchen Lage der Dinge noch optimistischen Anschauungen über die nächste Zukunft des österreichischen Deutschtums huldigen kann, bleibt eben ein Rätsel.

Die Lage des österreichischen Deutschtums ist nichts weniger als eine zu übermäßigem Vertrauen herausfordernde, sie ist eine geradezu desparate.

Der Ernst derselben wird durch die eigentümliche äußere Lage noch erhöht. Solche schwere Zeiten verlangen eine intensivere politische Rührigkeit, um dem Lose zu entrinnen, das Einem zugedacht ist.

Jetzt ist wahrlich nicht die Zeit, sich um Parteibezeichnungen mit Stammes- und Leidensgenossen herumzubalgen, subtile Differentialprogramme aufzustellen und alles Brennende im eigenen Lager aufzustöbern. Jetzt ist nicht die Zeit, mit einer Regierung zu kokettieren, deren Absicht keinem Zweifel mehr unterliegen kann, an Standpunkten obstinat festzuhalten, die heute überlebter sind als — das böhmische Staatsrecht. Jetzt ist nicht die Zeit, mit Slaven um das bessere Österreichertum zu buhlen und sich Gesinnungsprämien von einer Regierung zu holen, die die Germania irredenta in eigenem Interesse erfun-

den hat. Jetzt ist nicht die Zeit, von einer staatserhaltenden Mission des Deutschtums in Österreich zu träumen, während diese Mission durch höheren Willen den Slaven überantwortet ist; jetzt ist nicht die Zeit zu Insinuationsversuchen nach oben und Verleugnung der nationalen Defensivbewegung des eigenen Volkstums. Die Regierung, welche nichts Verdächtiges darin erblickt, daß sich ihre eigene Parlamentsmajorität aus lauter nationalen Lagern zusammensetzt, welche es ganz natürlich findet, daß Czechen, Polen u. s. w. die nationalen Klubbezeichnungen führen, diese Regierung hätte sichs gefallen lassen müssen, wenn auch die Opposition diesem Beispiele gefolgt wäre. Hat doch gerade diese Regierung die deutsche Opposition stets als eine nationale aufgefaßt, obwol dieselbe zum eigenen Schaden den Standpunkt einer Nationalpartei im eigentlichen Sinne aufzunehmen bisher beharrlich verschmäht hat. Der Realpolitiker Taaffe kann offenbar gar nicht begreifen, warum die Deutschen von ihrer Stärke keinen Gebrauch machen. Es ist auch nicht zu begreifen.

Es würde darum die Stellung der deutschen Opposition in Nichts verschlechtert haben, wenn dies überhaupt noch möglich wäre, hätte sie die Kraft des Widerstandes in der nationalen Erhebung ihres mächtigen Volkstums gegen die Vergewaltigung durch eine fremde Rasse gesucht. Die Gefahren, welche dem Deutschtum allerwärts von der panslavistischen Propaganda drohen, erregen ja heute sogar schon die Aufmerksamkeit des deutschen Reiches selbst. Die Rede des Polen v. Koscielski im preußischen Herrenhause hat auch den Deutschen des Reiches die Augen über die Solidarität des gesamten Slaventums geöffnet. Gegenüber einer solchen Propaganda ist Duldung das verkehrteste Mittel, denn es erzeugt im feindlichen Lager nur den Eindruck — der Schwäche. Deutschland scheint heute zu wissen, wie es mit dem Westslaventum daran ist. Die Deutschösterreicher sind vorläufig viel empfindlicher von dem Vorstoße des Westslaventums getroffen als das sich wegen der preußischen Polen beunruhigende deutsche Reich. Sie haben demnach um so mehr Ursache, auf ihrer Hut zu sein.

Warum sind sie nun dieser natürlichen nationalen Mission

bisher nicht in jener Weise nachgekommen, wie man es von den Söhnen eines machtvollen Vaterlandes — so nennt die Kölnische Zeitung die mutvoll sich zur Wehre setzenden baltischen Deutschen — zu erwarten gewesen wäre? Ein Rückblick in die Geschichte der ehemaligen Verfassungspartei bringt Licht in dieses absonderliche Parteispiel.

Die Verfassungspartei seligen Andenkens war, obwol fast nur aus Deutschen bestehend, doch nie — was man heute unter einer nationalen Partei versteht.

Im Gegenteile — hervorgegangen aus dem Unglücksjahre 1866, welches ein vergrößertes Preußen und ein gedemütigtes Österreich mit sich brachte, hatte diese Partei nicht nur keine rechte Empfindung für den nationalen Charakter der in den Ländern des ehemaligen deutschen Bundes sich vollziehenden Bewegung, sondern ihr Gefühl war nur erfüllt von der für sie noch nicht für abgeschlossen geltenden Rivalität Österreichs und Preußens um die Hegemonie in Mitteleuropa. Aufgewachsen in Traditionen, für die freilich das veränderte Staatenbild Europas heute keinen Raum mehr hat, war sie der verkörperte österreichische Staatsgedanke alter Ausgabe. Eine österreichischere Regierungspartei hat das Parlament nie besessen. Es werden Zeiten kommen, wo man sich in gewissen Kreisen mit Wehmut an diese Schweizergarde des Hauses Habsburg erinnern wird. Diese Zeit wird durch den Namen Beust genügend charakterisiert. Die Einsicht, daß es mit der österreichischen Mission im deutschen Reiche endgiltig vorüber sei, brachte erst der in seinen Folgen alle Voraussicht übertreffende französische Krieg. Hier hätte der Wendepunkt in der Stellungnahme der Deutschen Österreichs eintreten müssen. Die Verfassungspartei setzte indeß ihr Werk der Wiedergeburt eines josephinischen Staatsidealismus unbekümmert fort. Während bereits ringsum in allen Völkern das nationale Bewußtsein sich zu regen begann, und nach Neugestaltung der Staatsform drängte, träumte sie den Traum eines internationalen Völkerfrühlings und versäumte die Zeit zum Schutze und zur Sicherung ihres eigenen Volkstums. Dieser liberale Doctrinarismus fand aber trotzdem wenig An-

erkennung bei den Slaven, welche nicht erröteten, ein so merkwürdiges System auch noch unterdrückender Tendenz zu zeihen. Es kam die südslavische Erhebung, der russisch-türkische Krieg, der Berliner Congreß und sein Resultat — die österreichische Orientmission. Die Verfassungspartei stand noch immer auf demselben Standpunkte wie anno 1867, als ob in Europa, als ob mit Österreich gar nichts geschehen wäre. Sie stünde heute noch dort, wenn sie der Kaiser hätte stehen lassen. Die Krone machte endlich dem grausamen Spiele ein Ende und that, was sie mußte. Thron und Parteiinteressen sind eben zweierlei Ding, auch dann, wenn eine Partei manchmal besser zu wissen sich einbildet, was dem Throne frommt. Solche Parteien führen in der Sprache der Mächtigen der Erde den Namen „Faktiöse".

Als Fürst Bismarck im Interesse seiner eigenen äußeren Politik um dieselbe Zeit, wo die inzwischen faktiös gewordene Verfassungspartei bereits am Hungertuche politischer Kaltstellung nagte, das Bündnis mit dem neuesten Orientstaate Österreich schloß, da jubelte dieselbe deutschliberale Partei auf, als ob dies Bündnis für die Deutschen Österreichs Gott weiß was für ein Glück wäre. Das war dreifach ungeschickt. Denn erstens war das gar kein Glück für die Deutschen Österreichs, da mit dem Bündnisse die slavische Mission, mit dieser wieder die Unterdrückung des Deutschtums ihren Einzug in Österreich hielt, zweitens nährte diese deutschösterreichische Anjubelung des Bündnisses nur den Verdacht reichsdeutscher Sympathieen, die man trotz des Bündnisses im österreichischen Volke nicht zu goutiren scheint, drittens endlich bestimmt dies die reichsdeutsche Politik zu einer um so vorsichtigeren Reserve in Behandlung der deutschösterreichischen Notstandsfrage, um ja nicht den Schein reciproquer nationaler Sympathieen auf sich zu ziehen. Die Freude über das Bündnis deutschösterreichischerseits ist also zum mindesten eine sehr verfrühte. Vorläufig genießen die Segnungen desselben nur die Austroslaven, ohne sich deswegen so zu echauffieren wie die unklugen Deutschliberalen. Da sind die klerikalen Deutschen Österreichs schon ganz andere Politiker. Sie machen aus ihrem Hasse gegen das protestantische Kaiserreich kein Hehl, sie predigen die Zertrümmerung

des ebenfalls im Bunde stehenden Königreiches Italien, und die Wiederherstellung des Kirchenstaates, sie arbeiten emsig im Vereine mit den Katholiken Deutschlands, Spaniens und anderer Staaten an der Rückbildung Europas, an der Zerstörung aller Staatengebilde, welche die letzte große Zeit geschaffen. Man hat aber noch nicht gehört, daß Fürst Bismarck je diese wackeren auchdeutschen Stammesbrüder so vernichtend beurteilt hätte, als er sich über die „Herbstzeitlosen" aussprach. Nun, der Schöpfer des deutschen Nationalstaates muß doch wissen, welche von den beiden deutschen Parteien Österreichs mehr im Interesse des deutschen Reiches — handelt.

So ist es denn gekommen, daß die deutsche Opposition des österreichischen Reichsrates es schließlich gar Niemandem mehr recht machen kann, daß sie vor lauter Bestreben nach höchster Gerechtigkeit, höchster Freiheit, höchster Staatsweisheit endlich hinter dem allerhöchsten Ziele hinunterkollern mußte in den Abgrund des Gegenteils. Mit der höchsten Gerechtigkeit fütterte sie die Slaven groß, die höchste Freiheit förderte die Rückkehr zur konservativen Staatsmaxime, mit der höchsten Staatsweisheit schützte sie sich nicht vor der allerhöchsten Ungnade.

Vulgär gesprochen könnte man sagen, das größte Unglück der Deutschen Österreichs war, daß sie zu hochbegabte Staatsmänner hatten. Etwas weniger wäre mehr gewesen.

Die einfacheren hausbackeneren slavischen Politiker kommen nicht in die Gefahr, solche staatsmännische saltos mortales zu begehen. Nach einem erschöpfenden politischen Kampfe von 10 Jahren sieht sich das deutsche Volk Österreichs vor die Thatsache gestellt, seine alte politische Stellung völlig eingebüßt und keine neue errungen zu haben. Es ist vor einem politischen Nirwana glücklich angelangt, wo es keine Sorgen mehr giebt, weil man nichts mehr zu verlieren oder zu gewinnen hat. Denn das noch zu verlierende ist schon so gut wie verloren, wenns so fortgeht.

V. Neue Bahnen.

So traurig und trostlos die Lage der Deutschen Österreichs sich in dem geschilderten Bilde nationaler Bedrängnis und inneren Parteihaders darstellen mag, liegt doch in diesem Volkstume Dank seiner eigenen kulturellen Bedeutung und seiner Stammesangehörigkeit zu einem der mächtigsten Kulturvölker der Erde noch ein reicher Schatz von Mitteln der Abwehr geborgen, der nur gehoben zu werden braucht, um das Los des österreichischen Deutschtums mit einem kräftigen Schlage zu bessern. Dieser Schatz ist — sein Nationalgefühl.

Könnte sich die deutsche Opposition Österreichs in ihrer Gesamtheit zu dem Entschlusse aufschwingen, fürderhin ihre Aufgabe nur in einer sich jeder weiteren Rücksicht entschlagenden Vertretung spezifisch deutscher Interessen, und in der Verteidigung des nationalen Besitzstandes zu erblicken und sich diesem Ziele mit der ganzen Wucht der deutschen Volkskraft, mit dem ganzen Aufwande gesetzlicher Mittel und parlamentarischer reichlich vorhandener Routine zu weihen, es wäre noch heute zur Umkehr nicht zu spät. Dieselben Meister der parlamentarischen Arena, welche ihre beste Kraft fruchtlos im Kampfe um eine der Geschichte angehörende Ära vergeudeten, erstünden in national leuchtender Rüstung als neue gefährliche Phönixe aus der vom Sturm der Zeit verwehten altösterreichischen Asche.

Alle Bedenken, wie die Regierung eine solche Wendung der deutschen Oppositionstaktik aufnehmen werde, sind müssig. Das ist ihre Sache. Keine Regierung denkt gut über ihre Opposition, die Taaffesche am wenigsten. In Zeiten, wo sichs um Sein und Nichtsein handelt, hört jede andere Rücksicht auf, außer die um das eigene Wohl.

„Rettung des Deutschtums von Österreich" heiße die kurze, einfache, klare Losung. In diesem Programme haben alle Parteischattierungen Platz. Wer diese Losung nicht anerkennt, ist hochverdächtig undeutscher Bestrebungen.

Man wende nicht zum Verderben des eigenen Volkes ein, daß ein nationales Programm der Deutschen sich mit österreichischem Patriotismus nicht vertrage. Das heißt einen politischen Kniff des Gegners ins eigene Lager als falsches Geld einschmuggeln. Das Deutschtum hat sich Jahrhunderte lang sehr gut mit der österreichischen Staatsidee vertragen, ja mehr als das, es war deren beste Stütze. Was die Majorität ungeniert betreibt, ohne Rücksicht auf den staatlichen Einheitsgedanken, muß die Minorität thun aus Gründen der Selbsterhaltung.

Ein und dasselbe kann nicht in dem einen Falle patriotische That, im anderen verräterisches Beginnen sein. Stellte man diese These wirklich auf, dann gestände man offen zu, daß in Österreich nur noch der Slavismus Vaterlandsrechte hat. Dies Geständnis wäre wertvoll und zu provocieren.

Man behaupte auch nicht vom eigenen Lager aus, daß eine auf den Boden der nationalen Idee gestellte Opposition dieselbe unbedingt auf irredentistische Bahnen führen müsse. Wenn das die Regierung sagt, thut sie es aus begreiflichen Gründen. Das hat sie ja schon gethan, bevor es überhaupt eine nationale Bewegung unter den Deutschen gab. Eine Selbstverdächtigung dagegen ist im politischen Leben geradezu abscheulich.

Wenn die Deutschen Österreichs im Stande nationaler Bedrohung von dem natürlichen Gegenmittel Gebrauch machen, begehen sie gar nichts, was nicht mit der österreichischen Staatsidee vollkommen vereinbar wäre. Die Deutschen Österreichs sind noch lange nicht auf so reichspreisgeberischen Wegen als jene Nationen des Reiches, welche eigene Staaten bilden wollen. Die Deutschen sind heute die einzigen Zentralisten der ganzen Monarchie. Sie machen von ihrem nationalen Standpunkte nur zum Zwecke der Notwehr Gebrauch.

Daß übrigens ein rückhaltloses nationales Programm in Österreich nicht nur möglich ist, sondern sogar am meisten Erfolg verspricht, lehrt ja das historische Beispiel am deutlichsten.

Auch in Österreich wie überall wird derjenige innere Gegner am meisten geachtet, welcher am meisten gefürchtet wird. Der geringe Respekt, welchen bisher die Taaffesche Regierung

gegenüber der deutschen Opposition bekundet hat, beruht vorwaltend auf deren — Harmlosigkeit. Wenn Graf Taaffe erst Ursache haben wird, die deutsche Opposition als für sein System gefährlich anzusehen, wird er mit ihr zu paktieren beginnen.

Wie kleinlich übrigens die Bedenken so mancher deutscher Parteihelden sind, sieht man am besten an dem Schicksalsgange österreichischer Staatsmänner. Ein Andrassy, dessen politische Vergangenheit ihm bis zur Auszeichnung eines Todesurteiles verhalf, dessen Vollstreckung auszuweichen er allerdings vorzog, ward der einflußreichste, bedeutendste Minister des Äußeren Österreichs und Schöpfer des Bündnisses mit Deutschland. Ein Rieger, dessen kühne Wendungen auf dem Gebiete der äußeren Politik bekannt sind, der bei Russen und Franzosen als Hilfesuchender gegen Österreich debutierte, ist heute Regierungsmann. Warum soll nun gerade eine gesunde, egoistische Politik der Deutschen Österreichs unmöglich sein? Vielleicht nur deswegen, damit irgend ein deutschliberaler Abgeordneter ministerfähig bleibt? Wir sind der bescheidenen Ansicht, daß die Abgeordneten des Volkes wegen da sind und nicht umgekehrt. Jedenfalls ist da etwas faul im Schoße der Partei.

Was die deutsche Partei nunmehr beginnen soll, wäre die Frage.

Wir glauben nicht, daß dieselbe in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung zu irgend einer einheitlichen Aktion befähigt ist. Sie wird, um uns eines parlamentfähigen Ausdruckes zu bedienen, fortwursteln, wie dies auch die Regierung thut.

Am deutschen Volke wird es sein zu handeln, bis die Zeit gekommen ist.

Man wähle Männer, welche nicht vergessen, daß sie auch in der Hofsonne Volksgesandte bleiben, deren heilige Pflicht es ist, dort keine anderen Geschäfte zu betreiben, als die vom Volksmandate umschriebenen.

Man wähle Männer, welche in ihrem Verständnisse den Bedürfnissen der großen nationalen Masse näher stehen, als den Interessen einzelner Wahlkurien. Heute ist der Millionär, der Latifundienbesitzer, der Großhändler, der Großindustrielle weit besser vertreten als Bürger und Bauer. Daß die Krösuse

der Welt nationale und politische Bedrängnis weniger bekümmert, ist selbstverständlich. Entscheidende Thaten hat auch stets nur das so viel geschmähte und gering geschätzte Volk vollbracht und nicht die, welche das Geschick zu vollen Schüsseln gesetzt hat.

Man wähle Männer, welche nicht die politische Thatkraft in nebensächlichen Dingen verzetteln und sich nicht vom geraden Heilswege durch listige Vorspiegelungen falscher Freunde auf Abwege locken lassen. Jetzt ist nicht Zeit zu Judenhetzen und sonstigen Wühlereien im eigenen Fleische. Im nationalen Programme können sich alle vereinen. Wenigstens dem gemeinsamen gefährlichsten Feinde, dem Slaven gegenüber, sollten alle Mann des deutschen Lagers zu nur einer Fahne schwören.

Man verscheuche aber auch nicht gute deutsche Männer, indem man die Politik anderer Rassen zu der seinen macht. Es kann nicht Aufgabe der deutschen Nation sein, die Interessen des Judentums beispielsweise zur eigenen Parteisache zu machen. So sehr wir die Unterstützung gerne anerkennen, welche das Judentum der deutschen Sache gewährt, so bereitwillig wir zugeben wollen, daß der aufgeklärtere Teil des jüdischen Anhanges ein ebenso aufrichtiger als opferwilliger Kampfgenosse im Streite um deutsches Recht ist, läßt sich doch nicht verkennen, daß die Pflicht der Erhaltung eigener Stammesart mitten unter gewaltigen arischen Völkermassen das semitische Element vielfach in unvermeidliche Kollisionen mit den Bestrebungen der Interessen des Deutschtums bringen muß. Besonders gilt dies auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Die Einheitlichkeit, mit welcher das israelitische Element auf dem Gebiete des Erwerbes seine eigene Wohlfahrt korporativ wahrnimmt und seine Zugehörigkeit zur deutschen Partei lediglich als Förderungsmittel spezifischer Stammesinteressen ausnützt, hat eben namentlich die an Kopfzahl größeren, mit der Not des Lebens kämpfenden, zu ewiger Armut verurteilten Schichten des deutschen Volkes auf ein System aufmerksam gemacht, das mit dem Prinzipe brüderlichen Hand-in-Hand-Gehens in Zeiten gemeinsamer nationaler Gefahr nicht in Einklang zu bringen ist. So ganz ohne jede sittliche Begründung ist also jene Bewegung nicht, die

wegen der rohen Form, wie sie auftritt, und der völkerrechtswidrigen Mittel, mit deren Hilfe sie ans Ziel zu gelangen strebt, den Abscheu der gebildeten Stände mit Recht hervorrufen muß. Diese Frage ist eine rein soziale und wird auch auf dem Felde dereinst ausgetragen werden mit weniger Leidenschaft, aber mit mehr Verständnis.

Sollte es aber, wie leider zu befürchten steht, wegen des dem Deutschtum beigemengten jüdischen Elementes zu ernsten Spaltungen im deutschen Lager kommen, könnte die Remedur nicht darin gesucht werden, daß man das ganze Deutschtum in zwei Lager zerreißt — ein jüdisches und ein christliches. Einer solchen Spaltung müßte die Ausscheidung jenes Elementes vorgezogen werden, welches den Bruderzwist im deutschen Hause verschuldet. So fordert es eine rationelle Parteipolitik. Denn die politische Trennung des deutschchristlichen Volkes ist ein großes Übel, das sehen wir am besten an den Folgen, welche dem deutschösterreichischen Volke die Teilung in ein liberales und klerikales, dann wieder die Teilung des liberalen Lagers in ein nationales und ein österreichisches Lager eingebracht hat. Soll sichs nun auch noch wegen einer fremden Volksart in weitere politisch sich befehdende Parteien zerspalten? Wenn das so fortgeht, wird endlich das deutsche Volk so viel Parteien als Abgeordnete besitzen. Das politische Geschäft, welches heute die schlauen Slaven mit der deutschklerikalen Gruppe machen, und dessen Folgen doch ebenso die deutschfreisinnigen Landesteile zu tragen haben werden, hätte am Ende der deutschfreisinnige Bruder mit dem deutschkonservativen Bruder auch abschließen und hiebei nationale Vorteile als Gegendienst einheimsen können. Man sagt im deutschen Volke, die Verständigung der deutschchristlichen Abgeordneten scheitere an dem Widerstande des einflußreichen israelitischen Elementes der deutschen Partei.

Wir glauben das nicht; soweit kann jüdischer Einfluß noch nicht reichen, soweit kann die deutschliberale Parteileitung in der Abgabe der schickfalentscheidenden Parlamentstaktik an ein fremdes Element nicht gegangen sein. Unglück macht eben mißtrauisch und die Rothschildgruppe ist mächtiger, als sich manche Sterbliche träumen lassen.

Die Bildung einer deutschen Nationalpartei mit einem möglichst einfachen, allen sekundären Parteiwünschen Raum gebenden, allgemeinen Aktionsprogramme wäre die erste und wichtigste Aufgabe bei der Sanierung der deutschpolitischen Lage. Mögen die einzelnen Gruppen des großen nationalen Lagers nach ihrer Façon selig werden, wenn sie sich nur alle für die nationale Befreiung in Dienst stellen.

Für eine wahre deutschnationale Partei Österreichs würde keines langen Bleibens in einer Reichsvertretung sein, deren Rechtsbestand ein Teil ganz negiert und alle Teile illusorisch zu machen sich anstrengen.

Die gesetzliche Handhabe zum Schutze nationaler Minderheiten — die Verfassung — ist kraftlos gemacht auf dem Umwege ministerieller Verordnungen; das deutsche Volk hat in dieser Reichsvertretung ebensowenig auf eine Würdigung seiner Interessen, auf eine Respektierung seiner nationalen Rechte zu hoffen, als in den slavisierten Landtagen. Sein Verbleiben in einer antideutschen gesetzgebenden Versammlung würde nur der gegnerischen Sache dienlich sein, insoferne dessen ohnmächtige Assistenz bei einem legislativen Entnationalisierungsprozesse das Regierungssystem vor dem Odium gouvernementaler Vergewaltigung eines ganzen Volksstammes schützt.

Deutschnationale Abgeordnete würden sich kaum dazu verstehen, an der Aufteilung deutscher Volksminderheiten an slavische Länderregierungen, an der organischen Zerreißung des ganzen österreichischen Deutschtums mitzuarbeiten. Der Austritt der gesamten deutschen Opposition müßte unter einem solennen Proteste gegen das gegenwärtige System erfolgen, zu dem es an sachlichen Gründen und Beweisen nicht mangelt.

Dieselben Waffen, mit denen das Slaventum frühere Systeme erfolgreich bekämpfte, müßten nun deutscherseits gegen ein System gekehrt werden, das an nationaler Verfolgung alle Regierungen, die ihm vorangingen, übertrifft. Sind doch die Slaven mit ihrer einstigen Abstinenzpolitik noch heute so zufrieden, daß einer ihrer Staatsmänner allen Ernstes das zu frühe Aufgeben derselben jüngst erst bedauerte und meinte, die Slaven würden in fortgesetztem staatsrechtlichem Kampfe dem Ziele früher

sich genähert haben, als durch ihre gegenwärtige Unterstützung einer unentschiedenen Regierung.

Durch den Austritt der Deutschen aus dem österreichischen Reichsrate würde endlich einmal der schnöden Illusion eines zu Stande gebrachten Vollparlamentes der Garaus gemacht, auf welche sich das Taaffesche System so viel zu gute thut.

„Mir ist es gelungen, alle Völker des Reiches auf dem Boden der Verfassung zu vereinigen," ruft der Schöpfer des neuen Systemes aus. Die Völker aber waren nie geschiedener, als seit dieser Vereinigung und stehen auf allen möglichen Rechtsböden, nur nicht auf dem der Verfassung Cisleithaniens. Gerade die deutsche Partei alter Ausgabe, die allein bestrebt ist, den Boden der Verfassung nicht zu verlieren, schwebt darum zwischen Himmel und Erde. Die Regierung selbst aber benützt die Verfassung als Weihnachtsbaum, von dem man nach Bedarf die kleinen Geschenke für ungeberdige Majoritätsgruppen abreißt.

Die Regierung hat eigentlich viel Glück bisher gehabt mit diesem Systeme des Ausspielens einer Partei gegen die andere. Sie hat die Folgen ihrer auf dem alten Lehrsatze „Divide et impera" basierenden Politik noch nicht zu fühlen bekommen.

Mit dem Austritte der Deutschen wäre der österreichische Reichsrat in ein Rumpfparlament verwandelt, in dem die staatsrechtlichen Parteien freies Spiel hätten. Während in diesem Rumpfparlamente ein Kampf um die Staatseinheit zwischen Kabinett und der sofort wieder zur Opposition werdenden Slavengruppe ausbräche, hätte das deutsche Volk nun freie Hand, Vergeltung an demselben Kabinette für alle zugefügte Unbill zu üben, indem es dasselbe seinen guten slavischen Freunden ausliefert. Graf Taaffe würde nun an sich erfahren, was es bedeutet, in die Hände der Slaven gegeben zu sein, er würde Gelegenheit erhalten, Bekanntschaft mit slavischer Auffassung des österreichischen Staatsgedankens zu machen.

Aber auch die klerikalen deutschen Stammesgenossen der Alpenländer würden über ihre slavischen Brüder sehr erstaunt sein. Mit Deutschen ist ein Slave nur so lange im Bunde, als er muß. Die Slaven haben ganz andere Dinge vor, als

für die schwarze Internationale Handlangerdienste zu leisten. Eine wolthuende Klarheit würde sich über die ganze Situation verbreiten. Das Gewebe gegenseitiger Heuchelei und Ausbeuterei wäre zerrissen. Nur müßte und würde jeder Complice dieser politischen Campagne, die jahrelang ein Spiel mit versteckten Karten treibt, Farbe bekennen.

Die kleinmütigen Alten vom Berge der Verfassungspartei werden dazu freilich kopfschüttelnd sagen: „Das kann auch anders kommen. Man wird sich völlig slavisch einrichten, das Verfassungsbollwerk abreißen, die Wahlordnung reformieren und noch etliche slavische Sitze dabei herausschlagen, man wird die Gesetzgebung verländern und den Deutschen wirds noch schlimmer ergehen."

Darauf erwidern wir: „Die Verfassung und alle Gesetze haben die Deutschen doch nicht geschützt vor einer langsamen Unterminierung der deutschpolitischen Stellung und einer immer stärkeren Abbröckelung ihres nationalen Territorialbereiches." Der Unterschied ist nur der, daß so langsam und gefahrlos geschieht, was dann mit einem wuchtigen Schlage rasch versucht werden würde. Das deutsche Volk zählt aber immer noch nach Millionen, da muß man mit wuchtigen Schlägen vorsichtiger sein, wogegen die Versöhnungshand getrost Nationalraub begehen kann.

Wir sind nicht der Anschauung, daß man ganz Deutschösterreich nach dem Rezepte der russischen Ostseeprovinzen behandeln kann. Dazu reicht die Macht der Regierung und ihrer Slaven nicht aus. Versucht man es aber doch, desto besser. Dem Deutschtum ist das langsame Anschleichen gefährlicher, als der offene Vernichtungskrieg. In letzterem Falle wird es Freunde und auch seine ganze nationale Stärke wiederfinden. Die erstere Methode bringt nur den Gegner in Vorteil. Darum haben wir uns ja die Freiheit genommen, die Vertreter der antinationalen Richtung des deutschen Lagers als Förderer der slavischen Politik zu bezeichnen.

Das Staatsgebäude und seine ganzen Rechtsverhältnisse werden gewiß durch den Austritt der Deutschen einem vollkommenen Umsturze verfallen. Das hat die Deutschen weiter

nicht zu kümmern, das ist Sache derer, welche die Dinge auf die Spitze getrieben haben. Die Deutschen werden um sich genug zu sorgen haben.

Mit der Konstruktion Cisleithaniens ohne Deutsche wird es doch nicht so leicht gehen, als man anzunehmen scheint. Alle Reichsprärogative stehen da mit einem Schlage auf dem Spiele. Es wird zu einem föderalistischen Staatensystem gegriffen werden müssen, das jede einheitliche Leitung absolut unmöglich macht. Es wird das ein dreieiniges Königreich Böhmen abgeben, in dem 5 Millionen Slaven 3 Millionen rücksichtslos nationale Deutsche zu bewältigen haben werden. Das wird dann schwerer gehen als jetzt, glauben wir, und haben unsere Gründe dafür; das wird ferner ein slovenisches Herzogtum oder Königreich abgeben, das mit noch mehr Deutschen fertig werden soll, und das deutsche Steirervolk ist zäher Natur. Das wird auch eine Art Alpenkirchenstaat abgegen, an dem das benachbarte Italien seine Freude erleben wird. Ein völlig autonomes Polen wird Deutschland und Rußland zur unsäglichen Beruhigung gereichen. Kurz — das neue Österreich wird sofort erstehen, nur wird es nach innen etwas an Cohäsion zu wünschen übrig lassen, weil man ja nicht wissen kann, wohin die Wege eines jeden selbstständigen Staates führen werden. Nach außen dagegen dürfte es etwas vom imposanten Eindrucke einer Großmacht einbüßen, abgesehen davon, daß gerade die Bundesmächte gar keine Ursache haben werden, von der neuesten österreichischen Überraschung sehr erbaut zu sein.

Aber auch mit dem ungarischen Staate würde ein slavisch föderalistisches Österreich resp. Cisleithanien bald in Konflikte gerathen müssen.

Die Czechen warten nämlich nur darauf, dem ungarischen Staate die wirtschaftlichen Vorteile entziehen zu können, welche der Dualismus geschaffen hat. Die Barosz-Wittek'schen Differenzen würden unter den Auspizien eines föderalistischen Cisleithaniens gar bald einen tragischen Charakter annehmen.

Vor allen diesen bösen Wirrnissen schützt das Taaffe'sche System nur — die von ihm bestgehaßte faktiöse Partei, indem sie bleibt. Dazu wären also die dummen Schwaben gerade gut

genug. Die deutsche Parteileitung entschuldigt ihre merkwürdige Schonung des Taaffe'schen Regime's mit Gründen sogenannter höherer Staatsraison.

Uns will bedünken, die höchste Pflicht der deutschen Abgeordneten besteht darin, ihr Volk vor dem nationalen und wirtschaftlichen Ruin zu retten. Wie dabei die Regierung und ihr Anhang wegkommt, geht sie nichts an. Eine Opposition ist dazu da, um ein herrschendes System unmöglich zu machen, nicht um ihm zu dienen. Darum muß man nicht gleich Revolution machen oder befürchten, wenn man sein Volk zum energischen Widerstande gegen eine unbequeme Regierung aufruft. Was haben sich nicht die Czechen beispielsweise in der Opposition für Freiheiten furchtlos herausgenommen. Wir erinnern nur an ihr demonstratives Fernbleiben bei Einweihung der Franz Josephsbrücke in Prag, zu welcher der Kaiser eigens erschienen war. Damals veranstaltete man in Prag ein czechisches Nationalfest an anderer Stelle. Das war also ein direkt dem Monarchen angethaner Affront. Wir erinnern an die geschmackvolle Behandlung des kaiserlichen Reskriptes an das böhmische Volk, eine in ihrer Art geradezu unerhörte Demonstration, welche die Feder nicht einmal wiedergeben kann; wir erinnern an den Ton der czechischen Presse jener Zeit, der in seiner Rohheit sich so weit verstieg, daß ein Blatt die kaiserlichen Beamten per k. k. Lumpe traktierte. Diese Herrschaften sind aber trotzdem regierungsfähig geblieben.

Was würden wohl die Czechen thun, wenn sie ceteris paribus in der Lage ihrer deutschen Landsleute wären?

Das Bild der deutschen großen Opposition bleibt eben von jedem Gesichtspunkte aus ein klägliches und darum muß da Wandel geschaffen werden, denn wir glauben nicht, daß das deutsche Volk selbst zu den „Rückenmarklosen" gehört.

Man sehe doch an den wenigen Beispielen von Entschiedenheit, wie sie das deutsche Parteileben bietet, dem Austritt der Deutschen aus dem böhmischen Landtage, der Ablehnung des Wahlkompromisses im Großgrundbesitze, welche Furcht eigentlich die ganze herrschende Parteiassociation vor der deutschen Opposition hat.

Heute ist sie noch mächtig genug, um, wenn sie von ihrer entfesselten nationalen Spannkraft Gebrauch macht, den berühmten „eisernen Ring" mit einem Ruck zu zerbrechen. Aber allzu lange darf sie nicht mehr das eigene Volkstum auf die Folter einer Resignation spannen, die alles über sich ergehen läßt. Graf Taaffe wünscht eben die deutsche Opposition nur noch so lange hinzuhalten, bis es ihm gelungen ist, sie zu einem kraftvollen Widerstande völlig unfähig zu machen.

Daß ein vollkommen aufgerollter Nationalkampf der Deutschen gegen die Slaven in Österreich ein anderes, die Begeisterung der Massen, auf die es ankömmt, mit sich fortreißendes, mut- und hoffnungsvolles Parteileben in allen deutschen Gauen entfesseln würde, ist selbstredend. Die slavische Invasion würde größeren Schwierigkeiten begegnen, das slavische Priester- und Beamtentum würde sich nicht mehr so kühn hervorwagen wie jetzt. Die Slaven würden erfahren, daß auch der Deutsche mit gleicher Münze zahlen kann.

Einer der bedenklichsten Übelstände besonders in Deutschböhmen besteht darin, daß fast der ganze niedere Klerus der deutschen Landpfarrer aus fanatischslavischen Priestern besteht, deren unabhängige Stellung und genügende freie Zeit ihnen gestattet, die Pionierrolle der Verslavung in deutschen Landen zu besorgen. Es wäre zu überlegen, ob nicht ein Massenübergang des deutschböhmischen Volkes zur evangelischen oder altkatholischen Kirche das beste Mittel wäre, das deutsche Volk von seinen aus slavischen Bistümern stammenden, als nationale Feinde ihrer Pfarrkinder erscheinenden slavischen Seelsorgern zu befreien. Dogmatische Bedenken werden doch heute Niemanden abhalten, ein nationales Christentum gegen ein entfremdetes einzutauschen.

Wahlspruch in jeder Einzelnfrage muß der Grundsatz bleiben, das Deutschtum der österreichischen Erblande muß um jeden Preis für immer sicher gestellt werden, damit sich ein so schmählicher nationaler Notstand nicht wieder ereigne.

Dem Verfasser der Broschüre „Neue Bahnen" haben wir nur noch eines zu sagen: Wenn es ihm mit seinem Rathe an die Deutschen Österreichs Ernst war, dann sind nur drei Fälle

möglich: entweder er versteht das System Taaffe nicht oder Taaffe versteht sein eigenes System nicht, oder der Verfasser hält die Deutschen Österreichs für noch naiver, als sie ohnedies sind. Das System Taaffe und die deutsche Sache in Österreich stehen einander gegenüber auf dem Standpunkte „Sein oder Nichtsein".

Wir aber rufen als Schlußwort dem Deutschtum Österreichs die Worte seines Dichterfürsten zu:

„Schaue nicht in die Sterne,
Rette dich, deutsches Volk."

Druckfehlerberichtigungen.

Seite 5, Zeile 8, von oben, lies statt: der Moment — „das religiöse Moment".
Seite 19, Zeile 11 von unten, lies statt: zu frommer — „zu frommen".
Seite 21, Zeile 6 von oben, lies statt: die Reichswahl — „die Reichsmacht".
Seite 26, Zeile 5 von unten, lies statt: Präsente — „Prätexte".
Seite 31, Zeile 4 von oben, lies statt: Analogie — „Analyse".

Im Verlags-Magazin (J. Schabelitz) in Zürich ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

SINE IRA. Der sogenannte Sprachenkampf in Oesterreich. — 1 Mk. 50 Pf. = 1 Fr. 80 Cts.

Die chronische Finanznoth in Oesterreich. Von Gustav von Pacher. — 1 Mk. 50 Pf. = 2 Fr.

Graf Taaffe. Rede des Reichsrathsabgeordneten Gustav von Pacher in der Generaldebatte des österr. Abgeordnetenhauses für den 1881er Staatsvoranschlag. Gehalten am 28. April 1881. — 50 Pf. = 60 Cts.

Ein kleines Heer! Oesterreichische Phantasien von Gustav von Pacher. — 1 Mk. 80 Pf. = 2 Fr. 20 Cts.

Armes Oesterreich! Ein Gedicht von Arminius. — 50 Pf. = 60 Cts.

Die Tripel-Allianz eine „Gefahr" für Oesterreich-Ungarn. — 80 Pf. = 1 Fr.

Zur Frage der Valuta-Regulirung in Oesterreich-Ungarn. Von Franz Perl. — 1 Mk. = Fr. 1. 25 Cts.

Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle. Drei Briefe an einen Volksmann als Antwort auf „Die Aussichtlosigkeit der Sozialdemokratie". Von Hermann Bahr. — 1 Mk. 20 Pf. = 1 Fr. 50 Cts.

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Reform der Jugend-Erziehung. Von Irma von Troll-Borostyáni. Mit einer Einführung von Prof. Dr. Ludwig Büchner. — 4 Mk. = 5 Fr.

Klapka, Georg, Aus meinen Erinnerungen. — 6 Mk. 50 Pf. = 8 Fr.

Parteien und Politik des modernen Rußland. Von S. L. Borkheim. — 75 Pf. = 90 Cts.

Entwurf einer Civilproceß- und Executionsordnung nebst einer Einleitung. Zugleich ein Beitrag zur Besitzlehre und zur Sprachenfrage. Von Dr. Ferdinand Zrodlowski, Professor an der Universität Lemberg. — 2 Mk. 40 Pf. = 3 Fr.

„Bietigheim", oder: Der Krieg von 1890—91. Seine Ursachen, Kosten und Folgen. Autorisirte Uebersetzung nach der amerikanischen Original-Ausgabe von Kenneth Mc Queen, I. O. O. F. — 2 Mk. 40 Pf. = 3 Fr.

Deutschlands Zukunft. Träumereien eines sonderbaren Schwärmers. Von Siegebert Salzig. — 60 Pf. = 75 Cts.

Mitregenten und fremde Hände in Deutschland. — 60 Pf. = 75 Cts.

Im Verlags-Magazin (J. Schabelitz)
erschienen und durch alle Buchhandlungen zu

Der wild Gaier. Bitterer Roman von F. von Kapff-
2 Bände. — 6 Mk. 40 Pf. = 8 Fr.

Pilatus. Roman von M. Kavitzky. — 5 Mk. = 5

Im Bann Bricher des Tantalus. Historien-Skizzen
Nürnberg. — 1 Mk. 60 Pf. = 2 Fr.

Die große Sünde. Ein bürgerliches Trauerspiel. Von
Basler. — 2 Mk. 40 Pf. = 3 Fr.

La marquesa d'Amaëgui. Eine Wanderei von
Basler. — 80 Pf. = 1 Fr.

Die neuen Menschen. Ein Schauspiel in 3 Akten.
neuen Basler. — 1 Mk. 20 Pf. = 1 Fr. 50 Cts.

Thorben. Gefammelt vom milden Manne (Richard
Zweite, stark vermehrte Auflage. — 5 Mk. = 6 Fr.

Das Buch von der Schwiegermutter. Eine kulturh
humoristische Untersuchung. Von Dr. Adolph Ko
80 Pf. = 1 Fr.

Heiden Blut. Roman aus der französischen Provinz. 2
Von Hermann Gosseck. — 5 Mk. = 6 Fr. 25 Cts.

Liebeskämpfe. Novellen von Hermann Friedrichs.
Das Kreuz der Liebe. — Das Mädchen von Antiochia. —
sonia. — Die schöne Unnahbare. — 5 Mk. = 6 Fr. 25

Vom Hudson bis zum goldenen Thor. Ernste und
Erzählungen aus dem amerikanischen Leben. Von J
Treumann. 2 Bände. — 5 Mk. = 6 Fr. 25 Cts.

Zwei Geschichten aus dem vollen Leben.
Bei Mondl. II. Morgenroth. — 1 Mk. = 2 Fr.
Neue Geschichten aus dem vollen Leben.
1 Mk. 60 Pf. = 2 Fr.

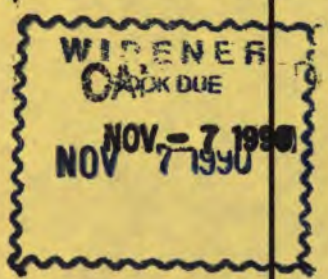
Weiß Herzensteftament. Novelletten von Karl Fritsch
1 auf. — 1 Fr. 25 Cts.

Strophen von Karl Henckell. — 1 Mk. 60 Pf. = 2 Fr.

Zurufe. Neue Strophen von Karl Henckell. — 2 Mk
2 Fr. 50 Cts.

Diorama. Von Karl Henckell. — 3 Mk. 60 Pf. = 4 Fr. 50 C

Lebensbilder. Neue Dichtungen von Hermann Friedric
— 2 Mk. 50 Pf. = 3 Fr. Gebdn. 3 Mk. 50 Pf. = 4 Fr. 50 C

An der Pforte der Zukunft. Allegorische Dichtung von He
mann Friedrichs. — 2 Mk. = 2 Fr. 50 Cts.

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.